

FEST UND GELASSEN

Die Spannungen und Komplikationen in der Welt dauern an. Besonders beunruhigend ist die Situation in Europa, wo die USA und die NATO bis Ende des Jahres zusätzlich Hunderte nukleare Mittelstreckenraketen stationieren wollen. Die Genfer Verhandlungen kommen nicht vom Fleck. Washington hat sein Propagandaspiel mit den "Null"-, Erst- und Zwischenlösungen angezettelt, um seine Raketen um jeden Preis nach Europa zu schaffen und die Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen. Dabei hofft das Pentagon, die USA aus dem Gegenschlag zu nehmen und ihn von seinen Verbündeten auffangen zu lassen. Für die meisten Länder Westeuropas, in denen die neuen Waffen aufgestellt werden, wäre der Gegenschlag natürlich auch der letzte — darüber darf es keinen Zweifel geben. Doch auch in den USA sollte man sich nicht irren: Bei einem Einsatz von Pershing und Marschflugkörpern wird nicht nur auf Ziele in Westeuropa zurückgeschossen, sondern auch auf die USA selbst. Die Vergeltung ist unabwendbar.

Die Sowjetunion will den Rüstungswettlauf nicht, muß aber die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Imperialisten keinen Vorteil zu überlassen, der es ihnen erlaubte, ihre Bedingungen zu diktieren. Die UdSSR wird niemals ihre Sicherheit und die ihrer Verbündeten auch nur um ein Jota schmälern lassen.

Der Ausweg aus der Spannungssituation liegt nicht im Anheizen des Wettrüstens. Das müßte allen real denkenden Menschen klar sein. Der Ausweg liegt im Dialog, in der Suche nach beiderseits annehmbaren Lösungen, die dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit entsprechen. Die sozialistischen Länder sind bereit, in konstruktivem Geist Vorschläge anderer Staaten zur Festigung des Friedens zu prüfen. Das wurde erneut auf der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten am

6. und 7. April in Prag erklärt, die die Einheit der dort repräsentierten Länder überzeugend demonstrierte.

Den bedrohlichen Gang der Ereignisse aufzuhalten, eine Lösung für die dringende Beschränkung und Reduzierung der Rüstungen, insbesondere der nuklearen, zu finden und eine friedliche Beilegung von Konfliktsituationen zu gewährleisten ist der allgemeine Wunsch der sozialistischen Länder. Die Warschauer Vertragsstaaten bestätigten ihren Willen, Europa von Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischen frei zu machen. Sie erinnerten dabei an ihre in der Prager Politischen Deklaration enthaltenen Vorschläge sowie an die Vorschläge der UdSSR, die Juri Andropow am 21. Dezember 1982 darlegte. Diese Vorschläge warten auf Antwort. Antwort aus dem Westen erwartet auch die wichtige gemeinsame Initiative aus der Prager Politischen Deklaration, einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrags und der NATO abzuschließen, der allen anderen Ländern offenstünde. Die Minister hatten einen Meinungsaustausch über die Mittel und Wege zur Durchsetzung der Vorschläge der Prager Politischen Deklaration, baldigst Direktverhandlungen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und den NATO-Ländern über die Nichterhöhung und spätere prozentuale oder absolute Senkung der Militärausgaben zu beginnen. Sie sprachen sich einhellig für das weltweite Verbot und die Vernichtung von C-Waffen, für ein Abkommen über den Abbau der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa bei den Wiener Verhandlungen, für den erfolgreichen Abschluß des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens aus. Ein wirksamer Faktor zur Befreiung des europäischen Kontinents von der nuklearen Bedrohung wäre die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Teilen des Kontinents, darunter in Nordeuropa und auf dem Balkan. In diese Richtung zielt auch der Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in jenem Teil Europas, in dem die Konzentration von Truppen und Rüstungen besonders hoch ist.

Wie man sieht, beweisen die sozialistischen Länder auch angesichts der jetzigen gespannten Weltlage Festigkeit und Ruhe, völliges Einvernehmen, Konsequenz im Friedenskampf sowie ihre Überzeugung, daß sich ein Krieg verhindern läßt. Ihr gemeinsamer Wille, ihre Vorschläge bilden eine realistische Alternative zur Kernkatastrophe, sind ein Aufruf, weltweit zusammenzuarbeiten, damit das Leben auf der Erde erhalten bleibe.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 16 APRIL 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Fest und gelassen	1
J. Shilin — Der Januskopf	5
W. Dolgow — Nikaragua. Abfuhr an die Interventen	8
D. Wolski — Mal Hinterhof — mal Fassade	9
An alle Wissenschaftler der Erde	10
L. Besymenski — Das Gespräch sollte weitergehen	11
D. Pogorshelski — UdSSR—Finnland. In Jahren bewährt	12
A. Tolpegin — BRD. „Nur gemeinsam werden wir es schaffen“	12
J. Tawrowski — Kraftprobe	13
J. Kusmitschow — Südostasien. Wer die Spannung aufheizt	14
G. Sidorowa — Frauen klagen an	15
Notizen ♦ Glossen	16
E. Bagramow — Klassenstandpunkt oder eklektische Faktoretheorie!	18
M. Podwigin — DDR. In seinem Geiste	20
A. Krassikow — Spanien. Erste Resultate, erste Probleme	22
M. Martynenko — James Connolly und das Ulster-Problem (Das politische Buch)	24
G. Wekschin — UdSSR—Afghanistan. Wirtschaftskontakte	26
W. Kopin — Naher Osten. Geraubte Heimat	26
A. Jewfarestow — „Superfuß“, „Monster“ und Pinochet	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Antikriegsbewegung in Westeuropa dehnt sich aus. An den diesjährigen Ostermärschen haben überall unter der Losung: „Keine neuen US-Raketen!“ Millionen teilgenommen. Wir berichten in diesem Heft über die Besonderheiten des Friedenskampfes in der BRD (S. 12)

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 9. April berichtete die sowjetische Presse über eine Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Debatte stand das aufgrund von Beschlüssen des XXVI. Parteitags der KPdSU und der nachfolgenden Plenartagungen des ZK der KPdSU aufgesetzte langfristige energie-wirtschaftliche Programm der UdSSR und andere innerpolitische Fragen.

Am 6. April jährte sich der Abschluß des sowjetisch-finnischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zum 35. Male. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Präsident Finnlands, Mauno Koivisto, sowie der Ministerrat der UdSSR und der Ministerpräsident Finnlands, Kalevi Sorsa, haben aus diesem Anlaß Gratulationen ausgetauscht. Den Festveranstaltungen in Moskau wohnte eine von Außenminister Pär Stenbäck geführte finnische Regierungsdelegation bei. Sie wurde im Kreml von Nikolai Tichonow empfangen; Pär Stenbäck außerdem von Andrej Gromyko. An den Festlichkeiten in Helsinki nahm eine von Grigori Romanow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, geführte sowjetische Regierungsdelegation teil. Der sowjetische Chefdelegierte wurde von Mauno Koivisto empfangen. Am 7. April traf Grigori Romanow mit der Führung der KP Finnlands zusammen (S. 12).

Am 6. April feierte das Volk des Sozialistischen Äthiopiens seinen Siegestag. An diesem Tag marschierten die äthiopischen Patrioten 1941 kämpfend in Addis Abeba ein und machten damit der Besetzung ihres Landes durch Truppen des faschistischen Italiens ein Ende. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR haben Mengistu Haile Mariam, dem Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrats und der Kommission für die Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens, herzliche Gratulationen und die besten Wünsche zugehen lassen.

Am 6. und 7. April tagten in Prag die Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags. Sie erörterten die Ausführung der Vorschläge und Initiativen, die die Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses formulierte, um einen Kernkrieg zu verhindern, den Entspannungsprozeß fortzusetzen und zu konsolidieren, die Abrüstungsprobleme zu lösen, die Sicherheit zu erhöhen und die Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt auszubauen.



Am 12. April beging das sowjetische Volk den Tag der Raumfahrt. An diesem Tag startete vor 22 Jahren zum ersten Mal ein Mensch in den Kosmos. Es war der Bürger der UdSSR Juri Gagarin, Mitglied der Kommunistischen Partei

Am 11. April wurde im Berliner Palast der Republik eine Internationale Wissenschaftliche Konferenz mit dem Thema "Karl Marx und unsere Zeit — der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt" eröffnet. Ihr wohnten Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien, revolutionär-demokratischen Parteien, nationalen Freiheitsbewegungen sowie sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aller Erdteile bei. Die Delegation der KPdSU war von Grigori Romanow geführt. Die Eröffnungsansprache hielt Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR. Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, sprach zum Thema "Die Lehre von Marx lebt und siegt".

Vom 10. bis zum 12. April weilte der belgische Außenminister Leo Tindemans zu einem kurzen Arbeitsbesuch in Moskau und verhandelte mit Andrej Gromyko.

Vom 7. bis zum 10. April fand in Montecorvo (Portugal) der XVI. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt, an dem rund 150 Delegierte aus mehr als 40 Ländern teilnahmen. Debattiert wurde über Fragen, die mit der Wirtschaftslage in der kapitalistischen Welt und in den Entwicklungsländern zusammenhängen; ebenso über Sicherheit, Abrüstung und Einstellung des Wettrüstens. Die neue Leitung der SI wurde gewählt — zum Vorsitzenden wieder Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD. Das ZK der KPdSU richtete an den Kongreß ein Schreiben, in

dem es heißt: "Not tun dringende, unaufschiebbare Maßnahmen dagegen, daß die Menschheit in eine nukleare Katastrophe hineinschlittert. Jetzt gibt es keine wichtigere Aufgabe und kann es auch keine wichtigere geben. Unser Standpunkt ist bekannt: Wir sind überzeugt, daß eine reale Möglichkeit besteht, eine weitere Verschlechterung der Lage zu verhüten und die jetzige gefährliche Entwicklung zum Rücklauf zu bringen. Auf dieses Ziel sind die konkreten Initiativen und Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder abgestellt."

Am 10. April erschien ein Appell an alle Wissenschaftler der Erde, der die Unterschriften einer großen Gruppe führender sowjetischer Wissenschaftler trägt. Sie weisen darauf hin, wie enorm friedensgefährdend der vom US-Präsidenten vorgebrachte Gedanke ist, einen neuen gigantischen Komplex von Raketenabwehrwaffen zu entwickeln und zu bauen (S. 10).

Die französischen Behörden haben ohne jeden Grund, mit unverkennbar fabrizierten, den Tatsachen ganz und gar nicht entsprechenden Vorwänden mehrere Beamte der Botschaft und anderer Institutionen der UdSSR in Frankreich aufgefordert, das Land zu verlassen. Laut TASS-Meldung ist in Eingaben des sowjetischen Außenministeriums sowie über die sowjetische Botschaft in Paris bei französischen Stellen entschiedener Protest gegen die absolut willkürliche Aktion eingelegt und betont worden, daß die volle Verantwortung für die Folgen, die sie für die sowjetisch-französischen Beziehungen haben muß, diejenigen trifft, die sie geplant und ausgeführt haben.

Am 9. April wurde auf das Generalkonsulat der UdSSR in Marseille ein Banditenüberfall verübt. Das Gebäude wurde beschossen. Opfer sind nicht zu beklagen, doch das Gebäude ist schwer beschädigt. Die Botschaft der UdSSR in Frankreich hat beim französischen Außenministerium entschiedenen Protest eingelegt. Beschossen wurde auch das Gebäude der Aeroflot-Vertretung in Marseille.

Am 5. April begann in New York die erste diesjährige Tagung des UNO-Sonderausschusses für eine Weltabrüstungskonferenz. Die Initiative zur Konferenz war von der UdSSR ausgegangen und hatte international weitgehende Zustimmung gefunden.

In Paris begann am 12. April eine zwischenstaatliche UNESCO-Konferenz für Erziehung im Geiste des Friedens. Der Ministerrat der UdSSR hat den Teilnehmern ein Begrüßungsschreiben übersandt.

Die Vaterländische Nationalfront der DR Afghanistan ließ in der UNO-Vollversammlung und im Sicherheitsrat ein Schreiben an den UN-Generalsekretär als offizielles Dokument verteilen. Darin macht sie ihn auf die massive Einmischung der US-Regierung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Afghanistans aufmerksam und fordert ihn auf, seine Autorität geltend zu machen, die USA zur Aufgabe ihrer aggressiven Absichten auf Afghanistan zu zwingen.

Am 11. April begannen im Beisein eines persönlichen Vertreters des UNO-Generalsekretärs, Diego Cordovez, in Genf Verhandlungen zwischen einer Delegation Afghanistans und einer solchen Pakistans, beide von den Außenministern geführt. Das ist das zweite afghanisch-pakistanische Treffen in Genf.

Am 9. April gab das Außenministerium Kampuchas die Erklärung heraus, daß die kampucheanischen Streitkräfte die Pol-Pot-Banden, die — gedeckt von thailändischer Artillerie — in Kampuchea einzudringen versuchten, vernichtend zurückgeschlagen haben. In der Erklärung heißt es weiter, daß sich die Behörden Thailands direkt an den bewaffneten Provokationen gegen Volkskampuchea beteiligen (S. 14).

Am 7. April erklärte ein Vertreter des chinesischen Kulturministeriums, daß die

Die israelischen Aggressoren forcieren ihre Vorbereitungen zu einem Überfall auf Syrien. Ins Bekaatal, das an die libanesisch-syrische Grenze stößt, werden große israelische Truppenverbände, Panzereinheiten und andere Kriegstechnik und Munition verlegt. Die israelische Artillerie beschießt Stellungen der syrischen Truppen, die zu den Arabischen Sicherheitsstreitkräften im Libanon gehören. TASS-Foto: Israelische Panzer im Libanon



chinesische Regierung die Ausführung sämtlicher Programme für den Kulturaustausch mit den USA, die für 1982 und 1983 vorgemerkt waren, einstellt, weil die US-Behörden der chinesischen Tennisspielerin Hu Na politisches Asyl gewährt haben. Der Gesamtchinesische Sportverband hat die Einstellung der sportlichen Verbindungen der VR China mit den USA bekanntgegeben.

In der vorvorigen Woche kämpften Einheiten der Sandinistischen Volksarmee weiter gegen die in Nicaragua eingebrachten konterrevolutionären Banden (S. 8).



Ku-Klux-Klan-Leute marschierten durch das Zentrum von Houston [USA]. Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit der Stadt versuchten, sich den Rassisten entgegenzustellen, wurden aber von der Polizei mit Knüppeln daran gehindert. UPI--TASS-Foto: Bei einer Zusammenrottung der Ku-Klux-Klan-Terroristen

Am 6. April wurde Frau Melida Anaya Montes, eine angesehene Leiterin der nationalen Freiheitsbewegung El Salvadors, in Managua bestialisch ermordet, wie der nikaraguanische Innenminister Tomas Borge erklärt hat, von professionellen Mördern, Agenten der CIA.

In Sao Paulo (Brasilien) kam es zu Unruhen unter Teilnahme Tausender Personen, größtenteils Arbeitsloser, die das garantierte Recht auf Arbeit gefordert haben. Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es Verwundete. Hunderte wurden festgenommen.

Am westlichen Jordanufer ist die Protestbewegung gegen die Terror- und Völkermordpolitik der israelischen Okkupanten angewachsen. Als Antwort darauf, daß diese Gifte zum Einsatz brachten, hat die Einwohnerschaft von Jerusalem, Nablus, Ramallah, El Khalil und anderen Städten und Flecken große Protestdemonstrationen durchgeführt (S. 26).

Der Haushaltsausschuß des US-Senats hat dafür Stellung genommen, daß die Aufwendungen des Pentagon im Rechnungsjahr 1984 statt, wie das Weiße Haus beantragt, um 10 nur um 5% erhöht werden. Die Stellungnahme des Senats mit seiner republikanischen Majorität kommt demnach derjenigen des Repräsentantenhauses nahe, in dem die Demokraten dominieren, die beantragt haben, die Erhöhung des Pentagon-Etats mit 4% zu begrenzen.

Am 9. April endete der fünftägige Flug des mit vier Astronauten bemannten wiederverwendbaren US-amerikanischen Raumschiffs "Challenger", das, ebenso wie vorher die "Columbia", vom Pentagon zur Militarisierung des Weltraums benutzt wird. Es gelang nicht, den von der "Challenger" ausgesetzten Nachrichtensatelliten auf die geplante Umlaufbahn zu bringen, weil er sich chaotisch zu drehen begann. Während des Fluges stiegen zwei Mitglieder der "Challenger"-Besatzung in den Kosmos aus.

Melo Egidio, der portugiesische Generalstabschef, erklärte Pressevertretern: "Portugal wird auf keinen Fall zulassen, daß Kernwaffen auf seinem Boden aufgestellt werden."

Am 10. April fand in Japan der erste Wahlgang der Regionalwahlen statt. Die regierende Liberal-Demokratische Partei brachte die meisten ihrer Kandidaten durch (S. 13).

Die portugiesische Nachrichtenagentur ANOP meldete am 10. April, daß der PLO-Vertreter Issam Sartawi, der dem XVI. Kongreß der Sozialistischen Internationale als Beobachter beiwohnte, in der Halle des Hotels, in dem der Kongreß tagte, ermordet wurde. Der Mörder konnte entkommen. Der Vorsitzende des PLO-Exekutivkomitees, Yasser Arafat, hat erklärt, daß der Mord vom israelischen Spionagedienst verübt worden sei.

Durch das beispiellose Wettrüsten suchen die USA die sowjetische Wirtschaft zu schwächen und sie vor die Wahl "Kanonen oder Butter" zu stellen. Die UdSSR aber gibt nur die notwendigen Mittel für die Verteidigung aus und setzt ihre immense Schaffensarbeit fort. Man sollte den amerikanischen Präsidenten fragen, ob er sich Gedanken darüber macht, welche Folgen die riesigen Militärausgaben für seine Landsleute haben werden? Der Präsident sollte den Abrüstungsforderungen mehr Gehör schenken und die für die Rüstung zu vergeudenden Mittel lieber Millionen von Armen und Arbeitslosen zugute kommen lassen.

Modesto SANTOS ALVAREZ
Ponferrada, Spanien

Die friedliebenden Kräfte unseres Landes fordern den Austritt Kanadas aus der NATO und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf seinem Territorium. Der "nukleare Schirm" kann uns nicht verteidigen. Er kann nur unsere Vernichtung heraufbeschwören.

Thena MURYN
Coquitlam, Kanada

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich den Bericht von A. Stepanow "Afghanistan. Mechanismus des nichterklärten Krieges" (Heft 13/83) gelesen. Der Autor beschreibt überzeugend Episoden des nichterklärten Krieges gegen das demokratische Afghanistan. Über Afghanistan bin ich gut unterrichtet, aber die angeführten Tatsachen empören mich. Man bedenke: Die von den ausländischen Instrukteuren ausgebildeten und mit den modernsten Waffen ausgerüsteten Banditen terrorisieren das afghanische Volk und begehen Morde an ihren Landsleuten! Ist es etwa den diesen Krieg antreibenden Politikern nicht klar, daß die Feudalherrschaft, die das Volk in Not und Elend hielt, nicht mehr in Frage kommt?

E. N. PETROWA
Moskau

DER JANUSKOPF

Juri SHILIN

Wie ein roter Faden zieht sich durch die vielerlei Reden Präsident Reagans das grundsätzliche Postulat seiner Außenpolitik: "Die Vorbereitung auf den Krieg ist das wirksamste Mittel zur Bewahrung des Friedens."

Dieses Postulat ist nicht neu. Sehr treffend und umfassend wurde es vor bereits 125 Jahren gekennzeichnet: "Von allen Dogmen der bigotten Politik unserer Tage hat keine mehr Unheil angerichtet, als die, daß um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muß. Diese große Wahrheit, die sich hauptsächlich dadurch auszeichnet, daß sie eine große Lüge enthält, ist der Schlachtruf, welcher ganz Europa zu den Waffen gerufen... hat." Das schrieb Marx. Und da sage noch einer, er sei veraltet!

Heute aber: "Bevor er bei seinem Vorschlag den Rüstungskontroll-Hut aufsetzte, hat der Präsident zweimal seine Kalte-Krieger-Rüstung angelegt", lesen wir in der "Washington Post".

Der wahre Hintergrund der Schaukelei zwischen militaristischer und Friedensrhetorik in den Reden des US-Präsidenten wird anhand klarer und offensichtlicher Tatsachen deutlich.

Die 1981 auf Initiative der Sowjetunion verabschiedete Erklärung der UNO-Vollversammlung bezeichnete die Handlungen jener Staatsmänner, die als erste zum Einsatz von Kernwaffen greifen, als schwerstes Verbrechen gegen die Menschheit. Haben nicht die USA und viele ihrer Verbündeten gegen sie gestimmt? Warum? Die Antwort lautet eindeutig: Was die Mehrheit der UNO-Mitglieder als Verbrechen ansieht, betrachten sie als legitim.

Im vergangenen Jahr ging die Sowjetunion einseitig die Verpflichtung ein, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, wobei sie die anderen Kernmächte aufforderte, ihrem Beispiel zu folgen. Der Westen zeigte keine Reaktion. Warum? Wieder ist die Antwort eindeutig: Man will sich die Möglichkeit vorbehalten, als erste Kernwaffen einzusetzen, also einen Nuklearkrieg zu entfesseln.

Damit entsteht eine in der Geschichte einmalige Situation. Praktisch vor aller Welt wird ein unerhörtes Verbrechen vorbereitet, dem nicht nur ein Land oder einige Länder, sondern die Menschheit überhaupt zum Opfer fallen kann. Jemand hat einmal gesagt, das erste Opfer eines Krieges sei die Wahrheit. Man kann hinzufügen, auch das erste Opfer seiner Vorbereitung. Unerhörte Verbrechen erfordern unerhörte Lügen.

Zutiefst verlogen ist die Haltung der US-Administration schon in ihrem Wesen. Die Vorbereitung zum Krieg wird mit der Friedensbewahrung gerechtfertigt, das Inspirieren zu Aggressionsakten und bewaffneten Interventionen mit der Verteidigung der Freiheit. Diese Lüge, die sich aus dem vertierten Denken des Imperialismus erklären ließe, wird aber noch von einem gezielten System bewußter Fälschungen und Unterstellungen gestützt. Den meisten Platz nehmen dabei skrupellose Verzerrungen der Politik der Sowjetunion ein.

Die Vorbereitung einer Kernkatastrophe hat der alten Legendenbildung von der "sowjetischen militärischen Bedrohung", von der der kommunistischen Ideologie angeblich innewohnenden Expansivität, die darauf aus sei, die kapitalistische Ordnung mit Waffengewalt von außen zu stürzen, neue Impulse gegeben. Die angestrebte Überaufgabe besteht nicht allein darin, die sozialistische Politik und die sozialistischen Ideale in den Schmutz zu zerren. Sie besteht in der Rechtfertigung der Vorbereitung des unerhörten Verbrechens.

Dazu werden die unsaubersten Methoden der US-Administration angewandt, werden die Dinge auf den Kopf gestellt: Da ist die Behauptung, die UdSSR habe die USA in der militärischen Stärke übertroffen, die USA hätten Jahrzehnte die Hände im Schoß gehalten, ihre Streitkräfte aber seien geschwächt, die Sowjetunion bedrohe die "Lebensinteressen" der USA hier und dort, in der Karibik und im Persischen Golf und schon gar nicht zu reden von Europa. Unterschiedliche Sujets politischer Fälschungen lösen sich ab. Mal ist das die Beteiligung der UdSSR am inter-

nationalen Terrorismus (zur Tarnung der eigenen Unterstützung terroristischer Aktionen auf staatlicher und "privater" Ebene), mal der Einsatz sowjetischer C-Waffen in verschiedenen Ländern (zur Tarnung der eigenen Entwicklungs- und Herstellungsprogramme von C-Waffen), mal die Beschuldigung der UdSSR an der Einmischung in die Angelegenheiten Polens (zur Tarnung der eigenen direkten und indirekten Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte in diesem Land), mal der "Arm Moskaus" in der Antikriegsbewegung. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Da wird ein Projekt unter der Bezeichnung "Wahrheit" angekurbelt, dazu gedacht, das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu manipulieren, um zu beweisen, die sowjetische Propaganda befasse sich mit dieser Manipulierung.

Da wird ein Projekt unter der Bezeichnung "öffentliche Diplomatie" angekurbelt, hinter dem ein ganzes System von Maßnahmen zur Desavouierung der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts steckt.

Da wird ein "Programm der Demokratie" angekurbelt, das die Etablierung Washington genehmer Regimes in anderen Ländern vorsieht, und Washington genehm bedeutet, wie wir wissen, meist diktatorisch und rassistisch.

Wieder ist es hier angebracht, daran zu erinnern, was Marx von der militanten Weltanschauung und dem Verhaltensstil der imperialistischen Bourgeoisie sagte: "...wenn die allgemeine Disposition zur Barbarei eine gewisse Methode annimmt, die Unsittlichkeit zum System wird, die Gesetzlosigkeit ihre Gesetzgeber und das Faustrecht seine Gesetzbücher erhält". Paßte man diese Kennzeichnung der Reaganschen Politik an, säße sie ihr wie angegossen. Es braucht nur einen Blick auf solche Erscheinungen wie das Komplott mit dem israelischen Aggressor, der an den Palästinensern Völkermord verübt, auf die Organisation der Intervention der Somoza-Banden gegen Nikaragua, auf die Unterstützung des Rassistenregimes in der RSA, auf die Politik der Runderneuerung der Pol-Pot-Banden, damit Kampuchea nicht zur Ruhe komme, auf den

nichterklärten Krieg gegen Afghanistan.

Zweifellos aber findet der methodische Charakter des allgemeinen Hangs zur Barbarei seinen stärksten Ausdruck in der Vorbereitung des Kernkriegs. Hier ist die Wahrheit unverkennbar: Der psychologische Krieg erscheint als ein gesondertes Kapitel einer Neuauflage des kalten Krieges und als Tarnung der Vorbereitung des heißen.

Der psychologische Angriff auf die Köpfe der Menschen stößt natürlich auf den Widerstand ihres gesunden Denkens, wird von offensichtlichen Fakten zerschlagen, und zeitigt häufig genau entgegengesetzte Resultate. Die alarmierenden Reden von Vertretern der US-Regierung dienen als eine Art Katalysator für die Antikriegsbewegung in Europa, in Japan und in den USA selbst. Das ist eine Tatsache, die kaum jemand in Zweifel stellt.

Es ist paradox, aber es ist so: Je raffinierter die Lügen werden, desto weniger wird ihnen geglaubt. Die Urheber der Behauptung, die militärstrategische Parität sei zugunsten der Sowjetunion und zum Schaden der Sicherheit der USA gebrochen, werden in jüngster Zeit in den USA selbst von Leuten wie dem ehemaligen Verteidigungsminister McNamara abgekanzelt, der seinerzeit wohl mehr als andere Kriegsminister dieses Landes zur Stärkung der nuklearen Muskeln der USA getan hatte. Auf jeden Fall darf man seiner Kompetenz in diesen Fragen vertrauen, und prosojetischer Sympathien kann man ihn wohl kaum verdächtigen.

Die Erfindung vom Einsatz sowjetischer C-Waffen in Kambodscha und Afghanistan wurde von UNO-Kommissionen und auch von anderen objektiven Zeugen widerlegt.

In den zwischenmenschlichen Beziehungen ist es sonst so, daß, wer der Lüge überführt wird, mehr oder minder seinen guten Ruf einbüßt. Das allerdings sieht anders aus, wenn die Lüge in den Rang der Staatspolitik erhoben wird. Die Moralverfechter in westlichen Hauptstädten bleiben da ganz ungerührt und betrachten die Lüge als gerechtfertigtes Mittel zum Zweck, diktiert von "nationalen" oder sogar "Bündnisinteressen".

Jede neue Entlarvung des Betrugs treibt den Staatsmännern, die doch um das Ansehen ihrer Länder besorgt sein sollten, keineswegs die Schamröte ins Gesicht. Schamlosigkeit gehört schon zum guten politischen Stil, und wer bei einer Lüge ertappt wird, flüchtet sich in neue verlogene Ausfälle.

Die propagandistische, psychologische Vorbereitung des Nuklear-

konflikts ist jedoch nicht nur auf den simplen Betrug aus, der schon nicht mehr zieht. Zum "Rohstoff", der vom Mechanismus zur Manipulierung der Öffentlichkeit verarbeitet wird, werden auch die Halbwahrheiten des Spießbürgers und die bloße mangelnde Information. Das spezielle Handwerkszeug dafür wurde die diplomatische Kasuistik, die sich jetzt nicht mehr nur am Verhandlungstisch austobt, sondern vor einem Massenauditorium.

Gegenwärtig stehen bei der Vorbereitung des Kernkriegs die Pläne auf des Messers Schneide, in Europa rund 600 neue, gegen die UdSSR gerichtete US-Raketen zu stationieren. Die mit diesen Plänen verfolgten Ziele sind so gefährlich, daß zu ihrer Durchsetzung die raffinierteste politische Mimikry benutzt wurde. Kaum waren sie heraus, begann so etwas wie ein Verkleidungsspiel, mit dem die aggressive Politik in die Toga der Verteidigungspolitik gehüllt wurde. Man sollte ruhig an das Hauptsortiment der janusköpfigen Finten zu diesem Problem erinnern.

1. Bekanntlich wurde die Entscheidung der Brüsseler NATO-Ratstagung vom Dezember 1979 "**Doppelbeschuß**" genannt. Wozu? Vor allem, um den **eindeutigen Beschuß** der US-Administration zu bemänteln, in Europa ihre neuen Raketen zu stationieren. Der janusköpfige Plan sah die Herstellung und Stationierung der Raketen vor und verkündete gleichzeitig als Deckmantel die Bereitschaft der USA zu Verhandlungen mit der Sowjetunion, angeblich um Voraussetzungen zu schaffen, die eine solche Stationierung entbehrlich machten. Inzwischen rollte das Raketenfließband unaufhaltsam. Der Verhandlungsmechanismus wurde — durch Schuld der amerikanischen Seite — erstens mit großer Verspätung (zwei Jahre) in Gang gesetzt, und als er zweitens, nicht ohne Druck seitens der öffentlichen Meinung, anzulaufen schien, bewegte er sich nicht einmal im Schneckentempo voran. Man kann dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Ehmke im Grunde kaum widersprechen, der erklärte, die Genfer Verhandlungen hätten eigentlich noch gar nicht begonnen. Der Verhandlungsmechanismus hinkte hinter dem automatischen Produktionsablauf der neuen Raketen nicht nur infolge der komplizierten Spezifik der Frage hinterher, sondern weil er bewußt gebremst wurde, und zwar, weil die amerikanische Seite um der Verhandlungen nicht aber um der Ergebnisse willen verhandelte. Jetzt, da wir uns der Mitte des Jahres 1983 nähern, ist die Eindeutigkeit des "**Doppelbeschlusses**" — im Sinne der Zielsetzung der

US-Administration — so klar wie nie zuvor.

2. Die Stationierungspläne für die neuen US-Raketen in Europa wurden als "Nachrüstung" der NATO-Länder bezeichnet. Mit dieser Formel sollte die Tatsache des militärstrategischen Gleichgewichts bei den Mittelstreckenwaffen in Europa in Abrede gestellt werden. In Wirklichkeit handelt es sich um den **Plan zur Hochrüstung**. Gegenwärtig haben beide Seiten etwa je 1000 Träger für solche Waffen. Die westliche Hinzufügung weiterer fast 600 solcher Einheiten ist in Wahrheit nichts anderes als eben eine Hochrüstung.

3. Eine weitere Umbenennung: Das, wovon hier die Rede ist, wurde Plan zur "**Modernisierung**" der Nuklearmittelstreckenwaffen in Europa getauft — eine ebensolche Modernisierung wie die Ablösung der alten, im Westen als SS4 und SS5 bekannten sowjetischen Raketen durch die neuen SS20. Der Beschluß der USA und der NATO sieht jedoch die Stationierung von 464 Marschflugkörpern vor, die eine technisch **qualitativ** neue Waffe darstellen. Ihre Eigenschaften werden in der "New York Times" vom 4. April folgendermaßen beschrieben: Marschflugkörper fliegen "so niedrig, daß sie der Radarortung entkommen, und sie werden mit automatischen Zielsuchsystemen ausgerüstet, die ihnen ein fehlerfreies Ansteuern des Ziels ermöglichen. Der Marschflugkörper ist insgesamt etwa 20 Fuß lang bei einem Durchmesser von 20 Inch, aber er kann einen Sprengkopf tragen, der etwa die 20fache Stärke der Hiroshimabombe besitzt... Marschflugkörper können auf LKW oder irgendwo unter Zeltplanen versteckt und weder von Aufklärungssatelliten noch von anderen nationalen technischen Mitteln oder irgendeinem praktizierten örtlichen Kontrollsystem eruiert werden. Da ihre Anzahl und ihr Standort nicht ausgemacht werden können, wird sich keine Regierung auf ein Abkommen über ihre Limitierung oder Eliminierung einlassen. In Verfolgung dieser Rüstungsrichtung würden die Verbündeten die Abrüstungsrichtung durchkreuzen und damit die Hoffnung, Europa von Kernwaffen freizumachen."

4. Wieder der aggressiven Politik zuliebe wurden die neuen US-Raketen mit dem Beinamen "Euroraketen" belegt. Was ist an diesem Begriff richtig? Ihre Dislozierung auf europäischem Boden. Richtig ist aber auch, daß sie eine direkte Ergänzung des amerikanischen Potentials strategischer Waffen auf dem Boden der USA bilden. Anders ausgedrückt, verletzen sie das Kräftegleichgewicht nicht nur auf dem Kontinent, sondern

auch global, nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Benutzt werden sollte dieser Begriff "Euroraketen", um die amerikanischen Waffen als **Verteidigungswaffen** für die westeuropäischen Länder und **nicht als Angriffswaffen** in der gesamten US-Nuklearstrategie zu deklarieren.

5. Die NATO-Verbündeten der USA verkünden immer wieder ihre **"Treue zum Doppelbeschuß"**, als hätten sie dessen beide Teile (Vorbereitung zur Stationierung der Raketen und Verhandlungen) im Auge. Der Beschluß aber wurde unter der Voraussetzung gefaßt, daß SALT 2 ratifiziert wird und in Kraft tritt. Das geschah bekanntlich nicht, obwohl die treuen Knappen des "Doppelbeschlusses" sich nicht gerne daran erinnern. Weiter. Der gepriesene "Beschuß" sah die Erörterung des Problems der Kernwaffen in Europa voraus. Die amerikanische Seite dagegen beschloß, die Mittelstreckenraketen zum Diskussionsgegenstand im globalen Maßstab zu machen, d. h. auch die in Asien stationierten. Und zwar allein die sowjetischen. Auch hier haben wir es mit einem direkten Abweichen von dem präzisen Begriff "Doppelbeschuß" zu tun.

Wir sehen also nicht die "Treue" der europäischen NATO-Länder zum "Doppelbeschuß", sondern dessen Revidierung im Interesse der ursprünglichen Pläne der US-Administration. Die "atlantische Solidarität" wird zur bloßen Anpassungsbereitschaft an Washington zum Schaden vitaler nationaler Interessen der europäischen Länder.

Das Doppelzüngige des "Doppelbeschlusses" fand seinen Ausdruck auch in den unterschiedlichen Interpretierungen durch seine Anhänger. Schematisch ließen sich die unterschiedlichen Positionen folgendermaßen gruppieren:

Die einen (dazu gehören vor allem Vertreter der US-Administration) wollten beweisen, die "Nachrüstung", d. h. die Stationierung neuer US-Raketen in Europa, unterliege keiner Diskussion. Darüber hinaus drängten sie häufig sogar darauf, sie müsse eine Vorbedingung für Verhandlungen oder ihren "erfolgreichen" Verlauf werden, natürlich in dem Sinne, den die amerikanische Seite dem Wort "Erfolg" verleiht.

Andere gingen gewissermaßen von der Parallelität bei der Realisierung des "Doppelbeschlusses" aus. Gleichzeitig mit der Herstellung und danach der Stationierung der US-Raketen sollten die Verhandlungen laufen.

Die dritten gehen, zumindest jetzt, davon aus, die Verhandlungen könnten im "Erfolgsfall" dazu führen,

daß der erste Teil des "Doppelbeschlusses" nicht verwirklicht wird.

Ungeachtet dieser unterschiedlichen Auslegungen hat sich in der Realität sozusagen eine zwiespältige Richtigkeit des "Doppelbeschlusses" erwiesen. Ein Teil wird ausgeführt: der, der die Vorbereitung zur Aufstockung der US-Nuklearkräfte in Europa vorsieht, der andere Teil — die Verhandlungen — wird lediglich als diplomatischer Dreh, als Tarnung dieser Vorbereitung benutzt, keineswegs aber als Mittel zur Verhütung einer neuen Runde des Wettrüstens auf dem Kontinent.

6. Damit diese Taktik funktionierte, wurde eine neue Größe ins politische Spiel gebracht, die **Pseudonull-Lösung**. Dabei dreht es sich um die "Null-Lösung" Präsident Reagans, die die Vernichtung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa wie in Asien vorsieht, unter Beibehaltung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen der USA und der NATO in Europa, aber auch der analogen US-Waffen in anderen Weltteilen, die den asiatischen Teil des UdSSR-Territoriums erreichen können. Um offen zu sein: Dieser Vorschlag hat manchen, wenn auch nicht allen Europäern eine Zeitlang die Köpfe vernebelt, weil sie sich von dem trügerisch einfachen Ausweg aus der Situation hinreißen ließen. Hinzu kam, daß kernwaffenbestückte Raketen die Phantasie heftiger erschüttern als Flugzeuge mit den gleichen Kernwaffen an Bord. Obwohl diese Trägermittel trotz aller technischen Unterschiede praktisch den gleichen Schaden zufügen können.

Es ist klar, daß auch dieser politische Propagandabluff mit der Zeit die westeuropäische Öffentlichkeit nicht mehr dämpfte. Deshalb — und wieder unter dem Druck der Antikriegsbewegung — veranlaßten die NATO-Verbündeten die USA zu mehr "Flexibilität". Daraus resultiert das "neue Wort" des Weißen Hauses, das sich formal an die Sowjetunion richtet, eigentlich aber die Woge der Antikriegsbewegung eindämmen und damit das Verlangen der westeuropäischen Partner-Regierungen befriedigen sollte.

7. Dieses "neue Wort" erhielt den Titel "Zwischenlösung".

Die Bereitschaft und das Vermögen, eine Kompromißlösung zu finden, ist einer der bedeutsamsten Beweise diplomatischer Kunst. Heute, da die Öffentlichkeit nach positiven Verhandlungsergebnissen ruft und beide Seiten zur "Flexibilität" und zum "Entgegenkommen" auffordert, gilt das Vorzeigen dieser Eigenschaften als Ausdruck des guten Willens zu einem realen Fortschritt bei der

Begrenzung des Wettrüstens und beim Abrüsten, mit dem die Lösung der Hauptfrage der Gegenwart verbunden ist. Darauf eben sind die schönen Worte in der jüngsten Initiative des US-Präsidenten berechnet, die jedoch im Grunde jeglicher ehrlichen Diplomatie entbehrt, was in maßgebenden Erklärungen der sowjetischen Führung klargestellt wurde. Die "Zwischenlösung" unterscheidet sich nur äußerlich von der "Pseudonull-Lösung" und bietet keinen Weg zum Frieden und zu Abkommen. Andrej Gromyko hat das auf der Pressekonferenz am 2. April allseitig und argumentiert verdeutlicht.

Rufen wir ins Gedächtnis: Gemäß dem Beschluß der NATO-Ratstagung ist eine Stationierung neuer US-Raketen innerhalb von drei bis vier Jahren vorgesehen. Wovon geht die "Zwischenlösung" aus?

Davon, die **Stationierung 1983** um jeden Preis zu **beginnen**. Und das wird als etwas Neues und Flexibles ausgegeben. Praktisch läuft die gesamte "Flexibilität" und "Novität" darauf hinaus, daß der Sowjetunion angeboten wird, ihre Mittelstreckenraketen zu vernichten. Dann werde man sehen, wie viele US-Raketen insgesamt stationiert würden. Und das soll ein "Schritt voran" sein? Ein Schritt wohin? Doch gerade auf die Ausführung des Hochrüstungsplans der USA und der NATO auf dem Kontinent zu. Ein Schritt weg von der Suche nach einer tatsächlichen Basis für Übereinkünfte bei den Verhandlungen.

Wenn es stimmt, daß Worte auch Taten bedeuten, dann stimmt es ebenso, daß schöne Worte die häßlichsten Pläne und Gedanken verbergen können. Die Politik des Militarismus und der Kriegsvorbereitung bietet sich der Welt als ein Teufelscocktail, eine Mischung aus Zynismus, Heuchelei und Verlogenheit dar. Ihre ideologische Waffe ist Einschüchterung und Einlullen. Die Fabrikanten des Nukleartodes und die Fabrikanten der Megatonnen von Lügen gehören dem gleichen Clan an.

Angesichts der Gefahr für die Menschheit, für den Weltfrieden braucht es einfache Worte der Wahrheit: Willst du Frieden, dann kämpfe für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung, bis hin zur allgemeinen und vollständigen Vernichtung der Waffen. Diese Wahrheit ist heute zur Sache von Millionen und Abermillionen geworden und dazu eine Kraft, die mächtige Schranken gegen jene errichten kann, die die Menschheit in eine nukleare Katastrophe treiben wollen.

ABFUHR AN DIE INTERVENTEN

Reportage von der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras

Das Departement Nueva Segovia liegt ganz im Norden Nikaraguas und grenzt an Honduras. Dort versuchen die Somozistas öfter als anderwärts, die Grenze zu überschreiten und ins Innere Nikaraguas vorzudringen, und die Armee von Honduras beschießt grenznahe nikaraguanische Ortschaften.

Im vergangenen Dezember machten sie den Versuch, die Grenzstadt Jalapa einzunehmen, um dort eine provisorische konterrevolutionäre Regierung Nikaraguas auszurufen.

Mit anderen Auslandsreportern war ich in Nueva Segovia. Der Weg dorthin führt durch vier nikaraguanische Departements. An der Panamerikanischen Chaussee befinden sich Militärposten, sie wurden deshalb aufgestellt, weil vereinzelt Banden in das im Landesinneren gelegene Departement Matagalpa einzudringen vermochten. Jetzt sind sie im Gebirge in die Zange genommen worden, machen von dort aus aber hin und wieder Ausfälle gegen Ortschaften. Bei einer solchen Attacke gegen das Dorf Rancho Grande wurden einige Personen getötet, darunter der französische Arzt Pierre Jean Michel Grosjean.

Die Zeitung "Barricada" meldete, daß die Somozistas bis zu dem Flecken San Dionisio kamen, der 40 km von der Stadt Matagalpa entfernt liegt, und ihn zu stürmen versuchten, jedoch zurückgeschlagen wurden.

Wir kommen Ocotál, einem Verwaltungszentrum von Nueva Segovia, immer näher. Auf einer Anhöhe befindet sich ein Stab der Grenzer. Unten machen diese auf einem Exerzierplatz gerade Kampfübungen. Weiter begleiten uns Wachen. Wir fahren, Staubwolken aufwirbelnd, gewundene Landwege entlang. Bald überqueren wir kristallklare kleine Flüsse. Dann hängen wir fast über einer Schlucht, oder der Weg schmiegt sich an eine steile Felswand. Hütten sieht man, wo man sie am wenigsten vermutet hätte. Oft begegnen uns Wachen der sandinistischen Armee. Schon ist die Grenze ganz nahe, so daß größte Wachsamkeit geboten ist.

Wir halten kurz in dem Flecken San Fernando. Er wurde unlängst von Banditen beschossen, wobei auch ein Krankenauto getroffen und der Fahrer Ambrosio Rauda-

les getötet wurde, worauf sich die Banditen nach Honduras zurückzogen.

Der Fahrer unseres Geländewagens, Adolfo, zeigt uns die Stelle, wo drei Wegebausexperten, darunter der Bauingenieur Rodolfo Altamirano, getötet wurden, der zusammen mit anderen das Projekt für die Chaussee bei Quilali hergestellt und ihren Bau geleitet hatte. Die Arbeiter gelobten, die Chaussee vorfristig fertigzustellen, und sie werden bestimmt Wort halten.

Die Niederung bei Jalapa, das dicht an der Grenze liegt, war früher eine Domäne des Diktators Anastasio Somoza selbst. Er hatte dort viel Grundbesitz. Im Jahre 1960 fanden auf diesem viele flüchtige kubanische Konterrevolutionäre Unterschlupf. Sie pflanzten Tabak und bildeten sozialen nebenberuflich Rekruten der Nationalgarde Somozas aus.

Mit dem Sturz der Diktatur gingen die Besitzungen an die Bauern über. Staatsgüter wurden gebildet. Diese radikalen Wandlungen paßten den Anhängern des gestürzten Diktators natürlich ganz und gar nicht. Nach vorliegenden Angaben sind gegenüber von Jalapa, jenseits der Grenze, 240-260 bewaffnete Konterrevolutionäre zusammengezogen worden und stehen bereit, in dieses Gebiet einzufallen, um die alten Zustände wieder einzuführen.

Wir halten in noch einem Flecken ganz dicht an der honduranischen Grenze, in

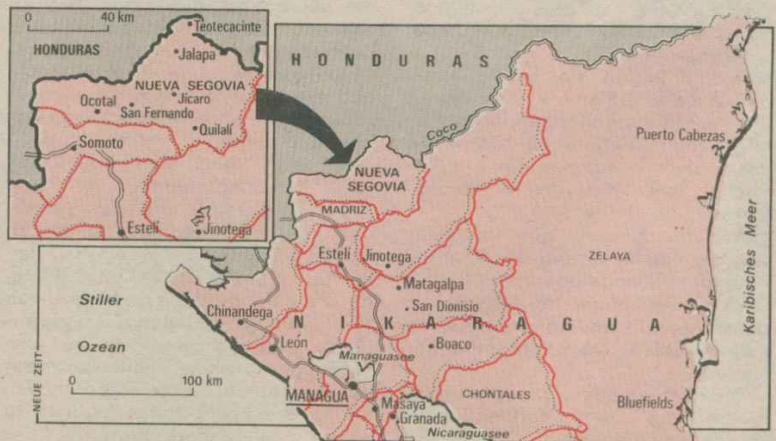
Teotecacinte. Dort werden Tabak, Bohnen und Reis angebaut. Die Gegend ist dafür das reinste Paradies. Jetzt aber ist es da nur selten ruhig. Die Mitglieder des Staatsgutes La Esperanza und die Genossenschaftsbauern müssen mit geschuldeten Gewehren zur Feldarbeit gehen. Drei Tage vor unserer Ankunft kam es zu einem Gefecht mit herübergekommenen Banditen. Das dürre Gras schwelt noch.

An dem Gefecht nahm der Bauer Luis Ramon Bayadares, ein sehniger Mann mit schwierigen Händen, teil. Er ist 51. Luis erzählte uns, daß er an jenem Tag wie immer im Morgengrauen aufstand und zur Arbeit gehen wollte. Da hörte er ein verdächtiges Geräusch, es wurde immer stärker, und dann fielen Schüsse. Er griff nach seinem Karabiner, lief hinaus und nahm seinen Posten im Schützengraben ein. Die Grenzer schlugen die Banditen gemeinsam mit den Bauern, die zur örtlichen sandinistischen Miliz gehören, in die Flucht.

"Wir kämpfen für die Freiheit unserer Heimat", sagt Bayadares nachdrücklich. "Sollten wir fallen, dann werden unsere Kinder den Kampf fortsetzen."

Die endlosen Provokationen der Konterrevolutionäre, die sich in Honduras verschanzt haben, erschweren die Gesamtlage natürlich sehr und nehmen viel Kräfte und Mittel in Anspruch, die für Besseres verwendet werden könnten. Dennoch kommt das Departement sozial und wirtschaftlich vorwärts. Man baut Wohn- und Krankenhäuser und Chausseen. Ein auf fünf Jahre berechneter Plan für die Förderung der Fruchtbarkeit der Niederung bei Jalapa — der wichtigsten Kornkammer Nueva Segovias — wird jetzt ausgeführt, und ansehnliche Summen sind dafür bereitgestellt worden.

Wir besuchten das Staatsgut La Mia, das aus dem auf Tabak spezialisierten Landgut entstanden ist. Früher wurde nicht der ganze Grund und Boden genutzt. Jetzt sind auf den Feldern des Staatsgutes sowjetische Belarus-Traktoren eingesetzt. Der Bau eines Bewässerungssystems ist geplant. Auch soll das Gut in zwei Jahren außer Tabak auch Mais, Bohnen, Reis und Kartoffeln anbauen.



Einige Kilometer von der Grenze entfernt sahen wir eine Baubrigade der sandinistischen Jugend bei der Arbeit. Sie wird insgesamt 100 massive Bauernhäuser aufführen. Die Jungen und Mädchen haben es nicht leicht. Oft wird von Honduras aus geschossen. Wasser müssen sie täglich aus einem ziemlich weit entfernten Fluß holen. Mit den Nahrungsmittellieferungen klappt es nicht immer, und sie haben nicht genug Arbeitsgeräte. Aber sie lassen sich nicht unterkriegen, sondern sind begeistert bei der Sache und wollen ihren Auftrag unbedingt erfüllen.

In dem gemütlichen Städtchen Jicaró kamen wir an, als der Tag zur Neige ging. Im Dunkeln weiterzufahren, wäre gefährlich gewesen. In der kleinen Kirche auf dem Platz im Zentrum war Gottesdienst, in der Anlage aber sangen junge Männer in Reservistenuniform zur Gitarre revolutionäre Lieder. Auf dem Berg bei der Stadt standen ihre Kameraden Wache, denn wiederholt mußten schon Attacken der Somozistas abgeschlagen werden, die das Städtchen besetzen wollten.

Im Gebirge, wo sich Gefechte gegen die Konterrevolutionäre entspannen, wurde uns der 23jährige Hauptmann Oscar Cortes vorgestellt. Er erzählte, daß die Banditen 190 Gefallene und 150 Verwundete gehabt hatten. In einem Distrikt seien etwa 80 Mann eingekesselt, und einige seien im Gebirge versprengt. Meistens besteht die Taktik der Banditen darin, ein Dorf anzugreifen und sich davonzumachen. Es kommt vor, daß sie Bauern mitnehmen und unter Androhung des Todes zwingen, auf ihrer Seite zu kämpfen.

Mit den Bandenüberfällen und dem Terror wollen die Somozistas die Arbeit auf den Staatsgütern und in den Genossenschaften und überhaupt das normale Leben in den Dörfern stören. Darüber hinaus wollen sie aber mit ihren Aktionen den Eindruck erwecken, als sei die Bevölkerung überall gegen die sandinistische Regierung und Kämpfe bewaffnet gegen sie.

Das ist natürlich erlogen, wovon sich jeder überzeugen kann, der jetzt nach Nicaragua kommt. Die allermeisten Landesbewohner unterstützen das Bemühen der Behörden um den Aufbau einer neuen, gerechten Gesellschaft. Sie beteiligen sich rege am Erneuerungsprozeß.

In dieser unruhigen Zeit legen die Patrioten Nikaraguas größte Standhaftigkeit an den Tag. Überall werden für den Fall einer Ausweitung der imperialistischen Aggression Reservisten ausgebildet. Die Sandinistische Zentrale der Werktätigen hat ihre Organisationen zu verstärkter Wachsamkeit und Disziplin und dazu aufgerufen, die Umtriebe der Feinde zu enthüllen.

W. DOLGOW
Eigenbericht

Managua, im April

"NEUE ZEIT" 16.83

NZ

STANDPUNKT

MAL HINTERHOF — MAL FASSADE

Es ist noch nicht lange her, daß Präsident Reagan die Länder Mittelamerikas als den Hinterhof der USA ansah. Jetzt nennt er sie auf einmal deren Fassade. Das läßt tief blicken, auch deshalb, weil man das nicht so sehr in Mittelamerika selbst, wie weit darüber hinaus, namentlich in der japanischen Zeitung "Asahi", vermerkt hat, die offenbar den sehr gefährlichen globalen Text zwischen den Zeilen zu lesen verstand.

Washington hat ja die Stirn, eine ganze Anzahl unabhängiger Länder, zu denen die USA diplomatische Beziehungen unterhalten, sozusagen wie Anbauten zum Weißen Haus hinzustellen, die, ob im Hinterhof oder an der Fassade, rechtswidrig wären. Besonders alarmierend ist folgendes. Wenn man früher bemüht war, derartige imperialistische Ansprüche zu bemänteln, so stellt man sie jetzt zynisch und hochfahrend zur Schau. Damit will man außer anderem auf die nationalistischen Emotionen der "echten Amerikaner" wirken und den US-Kongreß veranlassen, Reagans Politik in Mittelamerika ohne Widerrede zu finanzieren. Ist das die Fassade, so darf man bei ihrer Ausgestaltung ja nicht geizen.

Und man gestaltet sie denn auch fleißig aus: schleift sie mit Panzern glatt und streicht sie mit Blut an. Von der CIA ausgerüstete und ausgebildete Somoza-Banditen stehen bereit, die Bauern ganzer Dörfer Nikaraguas auszurotten, ähnlich wie die Straftruppen in El Salvador schon seit Monaten und sogar Jahren versuchen, den Volksaufstand niederzuwerfen, was ihnen allerdings nicht gelingt. Die Invasion in Nicaragua steht unverkennbar mit dem noch härteren Kurs der USA in El Salvador in Zusammenhang. Der "Newsweek" zufolge sind "US-Experten" zu diesem Schluß gelangt: "Die jetzigen führenden Militärs müssen jüngeren, aber erfahreneren Platz machen." Diese Offiziere sind Anhänger extremrechter Politiker. Wie ein offizieller Vertreter der USA sagte, "werden wir vielleicht zuerst die Guerillas aufreiben müssen und erst dann versuchen, Ordnung zu schaffen". Man kann sich unschwer vorstellen, was für eine "Ordnung" die Washingtoner "Experten" in El Salvador, Guatemala und besonders in Nicaragua hergestellt sehen möchten. Dort machen ihre Söldner kein Hehl aus ihrer Gier, sich am Volk des eigenen Landes zu rächen.

In Mittelamerika, wo die Yankees schon viel Erfahrung im Herrschen gesammelt haben, versuchen sie es jetzt mit Methoden, die später auch in anderen "Interessensphären" Washingtons angewandt werden könnten, sagen wir, in Nahost, in der Golfzone oder im Süden Afrikas. Es ist kaum ein Zufall, daß beim Beginn der großangelegten Invasion in Nicaragua die Gefahr einer Aggression gegen Länder wie Syrien und Angola massiver geworden ist. Das sind zusammenhängende Operationen, die man vorläufig andere vorbereiten und ausführen läßt. Aber nur vorläufig. Wozu hätte man denn sonst gerade während des Überfalls auf Nicaragua die enormen Flottenmanöver der NATO in der Karibik veranstaltet, wo bis Anfang April mehr Kampfschiffe denn je — U-Boote, mit Raketen bestückte Fregatten und Flugzeugträger mit 400 Flugzeugen an Bord — zusammengezogen worden waren? Die "Los Angeles Times" bezeichnete diese Übungen ganz unverblümt als aggressiv und offensiv und betonte, daß sie keine Einzelaktion waren. Das Blatt schrieb: "Die Kriegsflotte der USA ist faktisch in Kampfbereitschaft versetzt worden, im Laufe der Übungen hat sie die Aufstellung ihrer Kampfschiffe wie im Ernstfall beschleunigt und erweitert."

Indessen umspannen die im Zuge der imperialistischen Politik Washingtons geschaffenen Konfliktsituationen längs des Äquators den ganzen Erdball, und niemand kann wissen, wie weit eine Detonation um sich greifen kann, wenn an irgendeinem Glied dieser Kette ein Funke aufspringt, besonders angesichts der allgemeinen Zunahme der internationalen Spannungen, bei denen nicht nur das Wettrüsten aufgeschaukelt wird, sondern auch die Nerven gewisser Kreise aufgepuscht werden. Ein Beispiel dafür ist der US-Marineminister John Lehman, der im Zusammenhang mit den besagten Übungen in der Karibik buchstäblich geäußert hat: "Die USA können sich nicht länger mit einer passiven Verteidigungsstellung zur See begnügen" und "Wer das Signal bekommt, als erster zu schießen, ist in einem enormen taktischen Vorteil". Hört, hört!

Da sieht man, wohin einen die Vorstellung bringt, daß die ganze Welt ein eigener Gutsbesitz mit dem obligaten Herrenhaus sei. Es wäre aber lächerlich zu glauben, daß sich die Völker, auch die lateinamerikanischen, jemals mit der Rolle von Bediensteten abfinden werden, ob sie nun auf dem Hinterhof oder an der Fassade beschäftigt werden sollen.

Dmitri WOLSKI

AN ALLE WISSENSCHAFTLER DER ERDE

Wir wenden uns mit diesem Schreiben an alle Menschen guten Willens und vor allem an die Wissenschaftler, da die Aufgabe der Bewahrung des Lebens und des Friedens auf der Erde noch nie so aktuell war. Alle, die sich der Realitäten unserer Zeit deutlich bewußt sind, verstehen, was die unaufhörliche Anhäufung tödlicher Waffen und die Schaffung immer neuer, immer entsetzlicherer Massenvernichtungsmittel bedeuten. Die Sicherheit der Völker kann nur durch nukleare Abrüstung mittels einer Reihe zielgerichteter Abkommen gewährleistet werden, die auf dem selbstverständlichen Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beruhen.

Doch in seiner Rede vom 23. März 1983 offerierte der US-Präsident dem amerikanischen Volk eine andere Option — die Schaffung eines neuen gigantischen Komplexes von Raketenabwehrwaffen vermeintlich zutiefst defensiver Bestimmung, die auf der Erde und im Weltraum stationiert und angeblich den Vereinigten Staaten volle Sicherheit bei einem globalen Nuklearkonflikt gewährleisten werden.

Mit den Kenntnissen, die wir als Wissenschaftler haben, und ausgehend vom Verständnis der Natur der Kernwaffen, erklären wir mit aller Verantwortung, daß es in einem Nuklearkrieg keine wirksamen Defensivwaffen gibt und deren Schaffung praktisch unmöglich ist.

Diese unsere Meinung deckt sich voll und ganz mit der kompetenten und verantwortungsvollen Erklärung der Präsidenten und Vertreter von 36 Akademien der Wissenschaften, die insbesondere von Vertretern der Nationalakademie der Wissenschaften der USA, der Königlichen Gesellschaft Großbritanniens, der Akademie der Wissenschaften Frankreichs und der AdW der UdSSR unterzeichnet wurde.

In Wirklichkeit wird der Versuch, "Defensivwaffen" gegen die strategischen Nuklearkräfte der anderen Seite zu schaffen, was der US-Präsident erklärt, unausweichlich ein weiteres Element hervorbringen, das das amerikanische Erstschlagspotential verstärkt. Nicht von ungefähr sind die praktischen Handlungen der US-Administration jetzt auf die forcierte Entwicklung gerade dieses Potentials konzentriert. Derartige "Defensivwaffen" können einem Land, das einem plötzlichen massierten Überfall ausgesetzt wurde, fast nicht helfen, da sie offenkundig nicht in der Lage sind, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu verteidigen. Der Einsatz von Raketenabwehrwaffen ist am ehesten gerade für den Angreifer geeignet, der die Wucht des Gegenschlages zu verringern trachtet. Doch diesen Gegenschlag vollständig verhüten können sie auch nicht.

Auf diese Weise ist die Initiative des US-Präsidenten, der die Entwicklung neuer Raketenabwehrwaffen verspricht,

auf die offenkundige Destabilisierung des bestehenden strategischen Gleichgewichts gerichtet. Durch seine Erklärung sucht der Präsident eine überaus gefährliche Illusion zu wecken, die zu einer noch bedrohlicheren Runde des Wettrüstens führen kann. Wir sind fest davon überzeugt, daß dies zu einer rapiden Schwächung der internationalen Sicherheit, darunter der Sicherheit auch der USA selbst, führt. Die US-Administration demonstriert äußerste Verantwortungslosigkeit in der Existenzfrage der Menschheit.

Heute, da auf der Waage der Geschichte unsere Zukunft und die unserer Nachkommen liegt, muß jeder Wissenschaftler, geleitet von seinen Kenntnissen und seinem Gewissen, ehrlich und deutlich erklären, wohin die Welt gehen soll — zur Schaffung neuer Typen strategischer Waffen, die die Gefahr eines alles vernichtenden Konfliktes vergrößern, oder zur Begrenzung des Wettrüstens und anschließender Abrüstung. Das ist die historische sittliche Pflicht der Wissenschaftler vor der Menschheit.

Wir unsererseits sind nach strenger wissenschaftlicher Analyse aller Aspekte dieses Problems fest davon überzeugt, daß die nukleare Abrüstung der einzige Weg ist, auf dem die Staaten und Völker die wahre Sicherheit erlangen können.

Awdujewski W. S., Aganbegian A. G., Agejew N. W., Agoschkow M. I., Alexandrow A. D., Alexandrow A. P., Alimarin I. P., Aljorow Sh. I., Antonow O. K., Ambarzumian V. A., Arbatow G. A., Arbusow B. A., Afanassjew V. G., Bagdassarian Ch. S., Bajew A. A., Baldin A. M., Barmin W. P., Bassow N. G., Below A. F., Belozerkowski O. M., Beljajew D. K., Beljajew S. T., Beljakow R. A., Bechterewa N. P., Blochin N. N., Bogoljubow N. N., Bogomolow O. T., Boreskow G. K., Borissewitsch N. A., Borowik-Romanow A. S., Botschwar A. A., Braunstein A. J., Brechowskich L. M., Bromley J. W., Brujewitsch N. G., Bunkin B. W., Büschgens G. S., Wainstein B. K., Watolin N. A., Welichow J. P., Wladimirow W. S., Wonsowski S. W., Woronow A. A., Wul B. M., Gasenko O. G., Gaponow-Grechow A. W., Gwischiani D. M., Giljarow M. S., Ginsburg V. L., Glebow I. A., Gluschkow V. P., Goldanski V. I., Gruschin P. D., Dewjatkow N. D., Dewjatjch G. G., Dolgoplosk B. A., Dolleshal N. A., Dorodnizyn A. M., Drushinin N. M., Dubinin M. M., Dubinin N. P., Jegorow A. G., Jenikolopow N. S., Jelfimow A. N., Shaworonkow N. M., Shukow B. P., Shurkow S. N., Sasslawskaja T. I., Sazepin G. T., Seldowitsch J. B., Sujew W. J., Iwanow A. W., Iljitschow L. F., Imschenezki A. A., Issanin N. N., Ischlinski A. J., Kabatschnik M. I., Kadomzew B. B., Kantorowitsch L. W., Kapiza P. J., Kedrow B. M., Keldysch L. W., Kikoin I. K., Kim M. P., Kirillin W. A., Kischkin S. T., Knunianz I. L., Kobsarew J. B., Kowalow S. N., Kolmogorow A. N., Kolossow M. N., Kolotyarkin J. M., Kononow A. N., Konstantinow F. W., Koptjug V. A., Korshinski D. S., Korschak W. W., Kostjuk P. G., Kossygin J. A., Kotelnikow W. A., Kotschekow N. K., Kotschina P. J., Krassowski N. N., Krasnowski A. A., Kreps J. M., Kusnezow V. A., Kusnezow V. I., Kusnezow N. D., Kunajew A. M., Kurdjumow G. W., Kutateladze S. S., Lawrenko J. M., Lawrentjew M. M., Laskorin B. N., Legassow V. A., Leonow L. M., Liwanow M. N., Linnik W. P., Lifschiz J. M., Lichatschow D. S., Logunow A. A., Ljulka A. M.,

Magnizki W. A., Makejew V. P., Markow M. A., Martschuk G. I., Melentjew L. A., Melnikow W. A., Melnikow P. I., Menner W. W., Migdal A. B., Mikulin A. A., Milejkowski A. G., Minatschew Ch. M., Minz I. I., Mitin M. B., Michailow A. A., Mischin W. P., Mischustin J. N., Molin J. N., Nadiradse A. D., Narotschnizki A. L., Negin J. A., Nekrassow N. N., Nesterichin J. J., Netschkina M. W., Nikolajew G. A., Nikolski B. P., Nikolski S. M., Nowikow S. P., Nowoschilow V. W., Nowossjolowa A. W., Oblasow I. F., Obuchow A. M., Owtshinnikow J. A., Oiserman T. I., Ossipjan J. A., Paton B. J., Peiwe A. W., Petrow G. I., Petrowski B. W., Petranow-Sokolow I. W., Piotrowski B. B., Pogorelow A. W., Ponomarjow B. N., Pontekorvo B. M., Pontrjagin L. S., Popkow V. I., Primakow J. M., Prochorow A. M., Prochorow J. W., Pugatschow W. S., Rabotnow J. N., Rasuwajew G. A., Remeslo W. N., Reufow O. A., Rshewski W. W., Rumjanzew A. M., Rybakow B. A., Rykalin N. N., Sagdejew R. S., Sadowski W. D., Sadowski M. A., Sadykow A. S., Samarski A. A., Samssonow A. M., Switschew G. P., Sewerin S. J., Sewerny A. B., Sedow L. I., Semenichin W. S., Semjonow N. N., Sergejew J. M., Skobelzyn D. W., Skrinski A. N., Skrbabin G. K., Smirnow W. I., Sobolew V. W., Sobolew S. L., Sokolow B. S., Sokolow W. J., Spizyn V. I., Stepanow G. W., Struminski W. W., Styrikowitsch A. A., Tananajew I. W., Tatarinow L. W., Tausson L. W., Tachtadshian A. L., Tichwinski S. L., Tichonow A. N., Trapesnikow W. A., Treschnikow A. F., Trofimuk A. A., Tuschkewitsch W. M., Faddejew L. D., Fedorenko N. P., Fedossejew P. N., Fljorow G. N., Fokin A. W., Frank I. M., Chariton J. B., Chatschafurow T. S., Chraptschenko M. B., Christianowitsch S. A., Zelikow A. I., Tschasow J. I., Tschalachian M. Ch., Tschelomej W. N., Tscherenkow P. A., Tschorny G. G., Tscherski N. W., Tschuchrow F. W., Schalnikow A. I., Scheindlin A. J., Schilo N. A., Schpak W. S., Schulz M. W., Stschukin A. N., Emanuel N. M., Engelgardt W. A., Jakowlew A. S., Janenko N. N., Janschin A. L.

DAS GESPRÄCH SOLLTE WEITERGEHEN

Auf den ersten Blick schien die Pressekonferenz nicht den Regeln zu entsprechen. Gewöhnlich werden möglichst kurze Fragen gestellt und empfiehlt es sich ganz und gar nicht, sie zu Diskussionsbeiträgen auszudehnen. Auf der Moskauer Pressekonferenz vom 8. April machten die Veranstalter den in- und ausländischen Reportern den überraschenden Vorschlag, sich nicht mit Fragen zu begnügen, sondern auch ihre Meinungen zu äußern.

Dazu veranlaßte übrigens schon der Gegenstand der Konferenz: ein Büchlein in blauem Einband, betitelt "Wie die Gefahr von Europa abzuwenden ist". Den Reportern stellten sich die Verfasser: im öffentlichen Leben stehende namhafte sowjetische Persönlichkeiten, Publizisten und Wissenschaftler, Mitglieder des Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und des Wissenschaftlichen Rats zur Erforschung der Friedens- und Abrüstungsprobleme.

Sie hatten für ihr Büchlein eine besondere Form gewählt. Darin führen sie ein imaginäres Gespräch nicht nur mit denen, die den sowjetischen Standpunkt zu den akutesten Gegenwartsproblemen Europas verstehen, sondern auch mit solchen, die nicht damit einverstanden sind. Das Gespräch war, wie gesagt, imaginär, aber die angeschnittenen Fragen waren völlig real. Wie der Vizevorsitzende des Komitees, Jewgeni Silin, erläuterte, haben die Verfasser die Fragen und Einwände zusammengestellt und ausgewertet, mit denen sie es in zahlreichen Diskussionen mit Repräsentanten der westlichen Öffentlichkeit zu tun bekamen. Damit erfüllt das Büchlein einen doppelten Zweck: Es informiert einerseits den sowjetischen Leser über die westlichen Argumente und erwägt sie andererseits und begründet die sowjetische Stellungnahme.

Im Laufe zweier Stunden waren in der Moskauer Pressezentrale des Außenministeriums der UdSSR viele Fragen und Antworten zu hören, und niemand wunderte sich darüber, daß die meisten das akuteste Problem — die Situation in Europa im Zusammenhang mit den Kernraketen und die Drohung betrafen, neue amerikanische Nuklearwaffen in Westeuropa aufzustellen. Unsere westlichen Kollegen wurden ausführlich darüber informiert, wie die sowjetische Öffentlichkeit das nukleare Gleichgewicht in Europa und die Versuche der USA

auffaßt, es zu stören. Auch darüber wunderten sich die Anwesenden nicht, daß Vertreter der westlichen Presse energisch einen anderen Standpunkt vertraten. John Miller vom britischen "Daily Telegraph" sagte buchstäblich, von sowjetischer Seite könne man reden, was man wolle, es sei aber Tatsache, daß noch keine US-Raketen da seien, während sowjetische schon aufgestellt würden.

Diesem Herrn und seinen Kollegen wurden auf der Pressekonferenz geduldig sowohl das Vorhandensein britischer und französischer Mittelstreckenwaffen als auch das Vorhandensein ebensolcher Raketen in amerikanischen Flugzeugen und schließlich die Tatsache erläutert, daß die UdSSR gutwillig die Aufstellung ihrer Raketen eingestellt hat. Da kam es wieder zu einer Abweichung von der Regel: zu einem Zwischenruf des bekannten sowjetischen Historikers Abdulchan Achmatsian. Er forderte Herrn Miller auf, zu bedenken, daß die UdSSR Raketen auf ihrem Boden hat, während die USA welche in anderen Ländern stationieren.

In der Diskussion waren aber wohl nicht nur die laufenden Fragen wichtig, für die sich Journalisten gemeinhin interessieren. Mir schien eine Frage von Nicholas Daniloff, dem Moskauer Berichterstatter der einflußreichen amerikanischen "U.S. News & World Report", höchst bezeichnend und sogar grundsätzlich. Sie lief auf folgendes hinaus: Da eine Übereinkunft der UdSSR und der USA über die Euroraketen nur möglich sei, wenn beide Seiten die Parität anerkennen und man zu einem sukzessiven und gleichmäßigen Abbau der Raketen schreiten könne, worüber man sich leider nicht einig sei, ob es da überhaupt lohne, miteinander zu verhandeln.

Mir scheint diese Frage den im Westen ziemlich weit verbreiteten Pessimismus nicht allein im Hinblick auf die Genfer, sondern auch auf andere Ost-West-Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen. Übrigens wurden Daniloffs Ausführungen von Robert Cullen, seinem Kollegen von der "Newsweek", ergänzt. Er argumentierte folgendermaßen: Selbst falls man sich einige, wäre dann zu glauben, daß sich beide Seiten an die Übereinkunft halten werden?

Die sowjetischen Teilnehmer der Pressekonferenz wiesen in ihren Antworten auf die ernste, konstruktive Einstellung unseres Landes zu den laufenden Verhandlungen hin. Verhandlungen seien ja dazu da, Lösungen zu suchen und zu



finden. Die UdSSR verhandle nicht, bloß um zu verhandeln, sie bringe ihre Argumente vor und hoffe, daß man sie ernst nimmt. Die Diskussteilnehmer gaben einen Überblick über die Geschichte der Verhandlungen und die zahlreichen sowjetischen Vorschläge, auch die wirkliche Null-Lösung, laut der sowohl die Mittelstreckenraketen als auch die taktischen Kernwaffen in Europa restlos vernichtet werden sollen.

Was das Vertrauen betrifft, so wurde hervorgehoben, daß es durch Überprüfungs- und Kontrollmaßnahmen gewährleistet werden muß, die in das Abkommen aufzunehmen sind. Damit hat man bereits Erfahrungen, z. B. mit dem sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die Raketenabwehr und mit dem SALT-I-Abkommen.

Natürlich ließen es westliche Berichterstatter nicht an den stereotypen Behauptungen fehlen, daß sich die UdSSR nicht an das Moratorium über die Aufstellung von Mittelstreckenraketen halte. Der an der Diskussion beteiligte Vertreter des sowjetischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Konstantin Michailow, wies diese "Phantastereien", wie er es nannte, entschieden zurück.

Wer hätte da nicht gedacht, um wieviel besser es für das weltpolitische Klima und das gegenseitige Vertrauen wäre, wenn unsere westlichen Kollegen, ehe sie Behauptungen über die UdSSR aufstellen, maßgebliche Persönlichkeiten fragen würden, ob sie richtig sind. In diesem Sinne scheint es uns beachtlich zu sein, daß die Veranstalter dieser ungewöhnlichen Pressekonferenz den Vertretern der Massenmedien Gelegenheit geboten haben, mit den bedeutendsten sowjetischen Experten für die Probleme des Friedens und der Abrüstung ein gehaltvolles Gespräch zu führen. Ein ausländischer Journalist spöttelte allerdings, zum Unterschied von den sowjetischen Vertretern habe er kein Glas Bräse und könne deshalb nicht wie sie eine lange Rede halten. Wenn das die einzige Schwierigkeit wäre, so wäre ihr leicht abzuhelfen. Es würde lohnen, das von den Verfassern des genannten Büchleins eröffnete Gespräch fortzusetzen.

L. BESYMENSKI

IN JAHREN BEWÄHRT

35 Jahre sind eine nicht geringe Zeit. Der sowjetisch-finnische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom April 1948 hat sich bewährt.

Die Jahre seit Abschluß des Vertrages haben gezeigt, daß die Verwirklichung seiner Bestimmungen und Prinzipien den beiden Völkern reiche Früchte gebracht hat. Gegenseitiges Vertrauen und gute Nachbarschaft kennzeichnen heute die bilateralen Beziehungen.

Die durch den Vertrag geschaffene Atmosphäre erlaubt es, wie der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Tichonow, und der Außenminister Finnlands, Pär Stenbäck, bei ihrem Gespräch im Kreml betonten, die beiderseitige Zusammenarbeit in Politik, Handel, Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen erfolgreich zu entwickeln, und zwar langfristig.

Eine gute Tradition wurden die Gipfeltreffen. Sie sind von entscheidendem Einfluß auf das Gesamtsystem der sowjetisch-finnischen Beziehungen. Diese Tradition wurde durch das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Juri Andropow, und dem Präsidenten Finnlands, Mauno Koivisto, im Dezember v. J. in Moskau weitergeführt.

Bei den Feierlichkeiten anläßlich des 35. Jahrestages des Vertrages wurde in Helsinki wie in Moskau konstatiert, daß die sowjetisch-finnischen Beziehungen, die konjunkturellen Schwankungen der Weltpolitik nicht ausgesetzt sind, zu einem wichtigen Faktor des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit nicht nur in Nordeuropa, sondern auch auf dem Kontinent insgesamt geworden sind. Besonders deutlich ist das heute angesichts der stark zugenommenen Spannungen in

der Welt. Deshalb ist es wichtig, daß die UdSSR und Finnland gemeinsam für Frieden und Abrüstung wirken. In der Sowjetunion weiß man zu schätzen, daß Finnland in solchen Grundfragen der Gegenwart wie der Entspannung, der Einstellung des Wettrüstens und der Festigung der europäischen Sicherheit konstruktive Positionen einnimmt, sagte das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, G. Romanow, auf der Festversammlung in Helsinki.

Die UdSSR betrachtet den Vertrag von 1948 als unerschütterliche Grundlage für Gegenwart und Zukunft der sowjetisch-finnischen Beziehungen. In einem Interview für Rundfunk und Fernsehen Finnlands erklärte Präsident Mauno Koivisto seinerseits, daß keine Vertragsbestimmung ihre große Bedeutung verloren habe und die Zeit gekommen sei, die Frage zu erörtern, wann der Vorschlag für eine Verlängerung des Vertrages ergriffen werden solle.

D. POGORSHELSKI

BRD

„NUR GEMEINSAM WERDEN WIR ES SCHAFFEN“

785 000 Teilnehmer der Ostermärsche

Drei Tage beherrschten die Marschkolonnen der Demonstranten das Land, deren wichtigste Forderung lautete, keine Stationierung nuklearer US-Mittelstreckenraketen auf dem Boden der BRD zu dulden.

Kurz vorher hatte die Bundesregierung erneut versucht, die Woge der Antiraketenbewegung einzudämmen und sie zu spalten. In einer umfangreichen "Untersuchung" wollte das Innenministerium den Beweis erbringen, daß die Ostermärsche ausschließlich von Kommunisten organisiert seien. CDU-Generalsekretär und Kohl-Minister Heiner Geissler erklärte wörtlich: "Viele Menschen nehmen an diesen Veranstaltungen teil, ohne zu wissen, daß sie von Moskau-treuen Kommunisten initiiert und gelenkt werden. Jeder, der sich in die Reihe der

Ostermarschierer einreicht, sollte wissen, ... er wird — ob er es will oder nicht — zum Werkzeug sowjetischer Außenpolitik." Warnungen kamen auch aus den USA. Präsident Reagan persönlich äußerte sich "beunruhigt" über die bevorstehenden Märsche und wollte die Dinge so hinstellen, als stünde die Friedensbewegung sowohl in den USA als auch in Europa unter dem Einfluß "sowjetischer Propaganda".

Auf einer Kundgebung in Duisburg (Ruhr) fragte ich viele Teilnehmer, was sie von diesen Äußerungen halten.

"Unter den Arbeitern und Angestellten unseres Betriebs, die heute nach Duisburg gekommen sind, gibt es auch Kommunisten und Sozialdemokraten, aber die meisten sind parteilos", sagte mir ein Schlosser der Essener AEG. "Wir be-

trachten viele Dinge recht unterschiedlich, aber in einem sind wir uns einig: Die neuen amerikanischen Raketen bedeuten eine Bedrohung für den Frieden in Europa."

In einem Gespräch mit Jungsozialisten hörte ich:

"Die Behauptung Geisslers ist lächerlich. Die Kommunisten allein könnten keine solche Demonstration auf die Beine stellen."

"Der Juso-Kongreß Ende März hat sich gegen die Stationierung der US-Raketen ausgesprochen", fügte ein anderer hinzu.

Auf dem Duisburger Dellplatz, wo die Kundgebung stattfand, traf ich auch den Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies.

"Für uns Kommunisten ist die aktive Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche selbstverständlich. Dabei arbeiten wir mit allen zusammen, die gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen protestieren. Die Ostermärsche dieses Jahres gehen weit über die vorjährigen hinaus. Sehr wichtig ist, daß jetzt die Gewerkschaften daran teilnehmen. Diesmal stehen auch viele SPD-Führer der Beteiligung von Mitgliedern ihrer Partei an den Märschen positiv gegenüber."

Einer der Hauptredner in Duisburg, das SPD-Vorstandsmitglied Oskar Lafontaine, äußerte, die Regierung der USA betreibe eine verantwortungslose Politik des Wettrüstens und strebe offensichtlich die

militärische Überlegenheit an. Die Konzeptionen des Pentagon, denen zufolge sich ein Kernkrieg führen und gewinnen lasse, nannte Lafontaine absoluten Wahnsinn. Deshalb bereiteten jene Leute, die die Stationierung der Pershing 2 in der BRD befürworteten, der Bevölkerung das Schicksal einer Geisel bei jeglichem amerikanischen Abenteuer. Der Redner begrüßte die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten an der Kundgebung. Einer von ihnen ergriff das Wort und erklärte, die Friedensbewegung dürfe nicht vor den Kasernentoren haltmachen. Immer mehr Angehörige der Bundeswehr wenden sich offen gegen die "Nachrüstung" der NATO.

12 000 Personen waren auf dem Dellplatz zusammengekommen. Sie formierten sich später zu einer Marschkolonne auf Dortmund. Gleichzeitig mit ihnen machten sich Demonstranten aus anderen Städten auf den Weg. Das ganze Land war gewissermaßen in Regionen unterteilt. Die Marschteilnehmer sammelten sich an bestimmten Orten und zogen dann in die Städte, in denen die Schlußkundgebungen angesetzt waren.

Die Ostermärsche beschränken sich nicht allein auf Umzüge. Dazu gehören Kundgebungen in Städten und Dörfern, Auftritte von Berufs- und Laiensängern mit Antikriegsliedern. Marschteilnehmer blockierten symbolisch US- und

es 120 000, in Hamburg 82 000, in Frankfurt am Main 70 000, in Köln 50 000, in Hannover 40 000 und in München 25 000. Unter ihnen Sozialdemokraten und Kommunisten, Grüne und Parteilose, Christen und Atheisten, Menschen aller Altersstufen und Berufe. In dieser Einheit und Geschlossenheit liegt die Stärke der Friedensbewegung. Das wissen ihre Teilnehmer sehr gut.

"Sorgt dafür, daß die Friedensbewegung und die Gewerkschaften noch enger zusammenrücken", appellierte das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, auf der Kundgebung in Nürnberg. "Bewahrt die Friedensbewegung vor der Spaltung. Das Geheimnis ihrer Stärke beruht ja gerade darin, daß Bürger dieses Landes, gleich welchen Bekenntnisses und welcher politischen Herkunft sich zusammengefunden haben zu diesem einen vorrangigen Ziel — stoppt die Nachrüstung. Wir sollten daher wachsam sein, daß etwa Ausgrenzungsversuche oder Tendenzen, das politische Bekenntnis zur Eintrittskarte zur Friedensbewegung werden zu lassen, abgewehrt werden. Erst recht, wenn sie auf der Woge der sattem bekannten antikommunistischen Demagogie daherreiten."

Der Antikommunismus war die Waffe, mit der die bürgerliche Propaganda die Ostermarschkolonnen auflösen wollte. Aber umsonst. Nichts wurde auch aus den Versuchen, der Forderung nach Verzicht auf die "Nachrüstung" die sogenannte Zwischenlösung Reagans entgegenzustellen.

SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler bezeichnete die "Zwischenlösung" als "nicht seriös". "Alle amerikanischen Vorschläge und Argumente zielen auf die westeuropäische und amerikanische Öffentlichkeit, nicht auf einen Verhandlungskomproß", sagte er.

Der Bundestagsabgeordnete General a. D. Gert Bastian erklärte, die propagandistisch großartig verkündete "Zwischenlösung" sei kein verhandlungsfähiges Angebot. Damit würde nur eine eindeutige einseitige Überlegenheit angestrebt.

Die Ostermärsche haben verdeutlicht, daß die Antiraketenbewegung in der BRD nach dem Bonner Regierungswechsel nicht nachgelassen, sondern im Gegenteil immer neue Bevölkerungsschichten erfaßt hat. Und ferner, daß Kohl und sein Kabinett keinesfalls vom Volk beauftragt sind, die Raketen zu stationieren. Die Friedensbewegung bereitet neue Aktionen vor.

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Duisburg--Dortmund--Bonn

KRAFTPROBE

Dieses Jahr, in dem eine Reihe örtlicher und landesweiter Wahlen angesetzt ist, müsse die Entscheidung für den weiteren Weg Japans bringen. Derartige Erklärungen haben in den letzten Monaten führende Funktionäre fortschrittlicher wie konservativer Parteien abgegeben. Die am 10. April abgehaltenen Regionalwahlen bedeuteten die seit dem Amtsantritt der Regierung Nakasone erste Kraftprobe zwischen den polarisierenden politischen Lagern. 13 der 47 Präfekten, 2660 Abgeordnete von 44 Präfektur- und neun Stadtversammlungen sowie die Bürgermeister zweier Städte wurden neugewählt.

Der linken Opposition gelang ein bedeutender Erfolg. Präfekt von Fukuoka wurde zum erstenmal seit 16 Jahren ein Kandidat der fortschrittlichen Kräfte. Auch auf Hokkaido gewann seit 24 Jahren wieder ein SP-Kandidat. Wie von vielen Beobachtern vorausgesagt, trugen die Konservativen in Tokio, wo Sozialisten und Kommunisten sich lange nicht auf eine gemeinsame Kandidatur einigen konnten, den Sieg davon. Obwohl die Konservativen die Wahl der meisten ihrer Kandidaten durchsetzen konnten, ist die Niederlage der regierenden LDP in Fukuoka und auf Hokkaido recht bezeichnend.

Schon die erste Reaktion der Unternehmerwelt und der politischen Kreise zeigt die Bedeutung dieser Ergebnisse. Der Präsident der Föderation des Verbandes der Wirtschaftsorganisationen, Yoshihiro Inayama, bezeichnete sie als äußerst bedauerlich. Der SP-Vorsitzende Ichio Asukata sagte, die Ursachen des Sieges über die Konservativen lägen in der Unzufriedenheit des Volkes mit dem sinkenden Lebensstandard, der politischen Korruption und der Friedensbedrohung, was alles ein Ergebnis des Wirkens der jetzigen Regierung sei. Erste Kritik an Nakasone kam auch aus der LDP selbst. Einer ihrer Führer, Takeo Fukuda, forderte das Kabinett auf, die Verantwortung für die Niederlage auf sich zu nehmen.

Hiesige Kommentatoren glauben, die Abstimmung widerspiegle die Reaktion der Wähler auf den starken Rechtsruck der Regierung Nakasone, vor allem in der Militärpolitik. In der LDP-Führung wird die Auflösung des Unterhauses ventiliert, was zu allgemeinen Wahlen führen würde, möglicherweise gleichzeitig mit den Wahlen ins Oberhaus.

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

Tokio



Gert Bastian unter Bundeswehrsoldaten beim Ostermarsch

Foto: DPA/TASS

Bundeswehrkasernen sowie Kernwaffenlager. Sehr intensiv verlief natürlich die Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell, der die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zur Raketenstationierung rückgängig zu machen.

Auf der Dortmunder Kundgebung wurde bekanntgegeben, daß der Appell bereits 4 Millionen Unterschriften erhalten hat.

Den Schlußkundgebungen wohnten Hunderttausende bei. In Dortmund waren

WER DIE SPANNUNG AUFHEIZT

- RUMMEL IM WESTEN
- PROVOKANTE HALTUNG THAILANDS
- INDOCHINA FÜR EINE KONSTRUKTIVE LÖSUNG

In westlichen und einigen anderen Massenmedien ist jetzt viel von einer jähren Zuspitzung im Raum der thailändisch-kampucheanischen Grenze die Rede. Tonangebend sind dabei die US-Agenturen, und die Presse der ASEAN-Staaten und aller der Länder, die gemeinsam mit den USA seit mehr als vier Jahren die Spannung um Kampuchea aufheizen und gegen die drei indochinesischen Staaten Vietnam, Kampuchea und Laos einen unverhohlenen Nervenkrieg führen, beten ihnen alles nach. Dabei versuchen sie, die Schuld an der jetzigen

Pol-Pot- und der anderen konterrevolutionären Banden, die aus Thailand in die westlichen und nordwestlichen Landesgebiete eingedrungen sind. An den Operationen beteiligen sich auch Einheiten vietnamesischer Freiwilliger, die sich auf Ersuchen der Regierung Kampuchreas und laut Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit vom 18. Februar 1979 zwischen der VR Kampuchea und der SR Vietnam in Kampuchea aufhalten. Dessen Sicherheitsmaßnahmen sind ein legitimes Recht, wie es jeder souveräne Staat besitzt. Meldungen zufolge sind die Operationen gegen die Stützpunkte der Feinde des kampucheanischen Volkes erfolgreich. Das läßt sich auch aus dem Zeternordio schließen, das die Schutzpatrone der Khmer-Verräter angestimmt haben. Ebenso aus dem hysterischen Gejammer Norodom Sihanouks und Son Sanns, der "Führer" des Phantoms, das sich demokratisches Kampuchea nennt.

Die Situation im Grenzgebiet ist schon so manches Jahr äußerst gespannt und kann sich auf die Situation in ganz Südostasien nur ungünstig auswirken.

Wer ist für diese Situation verantwortlich?

Selbstverständlich nicht diejenigen, die ihr Landesgebiet wie auch das Leben und die Sicherheit ihres Volkes verteidigen. Auch nicht diejenigen, die in vollem Einklang mit der UNO-Charta und mit den Grundsätzen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen diesem Volk dabei helfen.

Verantwortlich für die jetzige Situation an der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea und für die anhaltende Spannung in diesem Raum sind vor allem der US-Imperialismus und seine Komplizen bei den Ränken gegen Kampuchea. Ihnen haben es die aus Kampuchea hinausgesetzten Banden Pol Pots "verdanken", wenn sie in Thailand einen Unterschlupf gefunden haben. Sie sind es, die die Pol-Pot-Banden nähren, kleiden, ausbilden, bewaffnen und zu neuen Verbrechen am Volk Kampuchreas anstiften. Sie sind es, die Banden aus anderen Verrätern am Volk Kampuchreas aufstellen, bewaffnen und für Überfälle auf Volkskampuchea drillen. Sie sind es, die alle ihre Verbrechen an den Völkern Indochinas, angefangen von den von ihnen angestifteten Bandenüberfällen an

den Grenzen bis zur Inschutznahme der Henker vor internationalen Gremien, mit faustdicken Lügen bemänteln.

Jetzt zetert die bürgerliche Presse, die kampucheanischen Truppen und die ihnen beihilflichen Einheiten vietnamesischer Freiwilliger hätten "friedliche Flüchtlingslager überfallen". Was für Lager sind das? Wo befinden sie sich? Wie kommt es, daß sich Flüchtlinge in der Zone der Kampfhandlungen aufhalten?

Im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kampuchea befinden sich Zehntausende kampucheanische Flüchtlinge. Die meisten sind noch vor Pol Pots Völkermord geflohen. Andere wurden von dessen Banditen, nachdem deren Regime gestürzt worden war, gewaltsam verschleppt. Noch andere haben ihre Heimat verlassen, weil sie der Propaganda der Feinde des neuen Kampuchea Glauben schenken. Es gibt auch welche, die sich in der ersten, schwersten Zeit der VR Kampuchea nach den Grenzgebieten hingezogen fühlten, weil dort Hilfesendungen verschiedener Welt- und Wohltätigkeitsorganisationen verteilt wurden. Washington tat und tut auch jetzt alles, um diese Hilfe nicht nach Kampuchea, nicht an dessen legitime Regierung, sondern über Thailand in das Grenzgebiet gelangen zu lassen. Dort fallen die elenden, eingeschüchterten Menschen Verbrechen derer zum Opfer, die das Abenteuer gegen Kampuchea aufgezogen haben. In den Lagern, in denen die Flüchtlinge unter erschreckenden Verhältnissen leben, hausen die Pol-Pot-Banden und andere Konterrevolutionäre. Die "Koalitionspartner" raufen sich um die Kontrolle über die Lager. Die einen wie die anderen holen sich dort Verstärkungen, und jeder dieser "Partner" ist bemüht, den größten Teil der Flüchtlingshilfe einzustecken. Sie mißbrauchen diese Hilfe auch dazu, auf die Lagerinsassen zu drücken und die Banden zu versorgen, und sehen zu, daß sie selber nicht zu kurz kommen. Schon seit vier Jahren nährt diese Hilfe den Schmuggel und das Schieberunwesen, die mächtig ins Kraut geschossen sind und an denen sich viele thailändische Beamte gesundstoßen.

Wenn konterrevolutionäre Banden in Kampuchea eindringen, schleppen sie öfter Flüchtlinge mit oder treiben sie sogar vor sich her. Dabei helfen ihnen die thailändischen Lokalbehörden.

Überhaupt tragen die herrschenden Kreise Thailands einen großen Teil der Schuld an den Vorgängen im Grenzgebiet. Sie haben sich von der US-Regierung und deren Komplizen bei der Verschwörung gegen die drei Völker Indochinas gängeln lassen und damit geholfen, Thailand in einen "Frontstaat", genauer in einen Bereitstellungsraum für bewaffnete Aktionen gegen die VR Kampuchea, umzuwandeln. An sämtlichen Umtrieben gegen diese nimmt die Regierung Thailands regsten Anteil und stiftet sie öfter sogar selbst an. Sie sperrt sich dagegen, auf die Stimme der Vernunft zu hören und dem guten Willen entgegenzukommen,



Soldaten der Revolutionären Volksarmee Kampuchreas. Sie wachen über der Sicherheit ihres Landes

Fotochronik TASS

Zuspitzung auf Hanoi und Phnom Penh abzuwälzen. Da ist von einer "Luftbrücke" die Rede, über die Thailand amerikanische Waffen zugestellt werden sollen. Aus Bangkok sind kriegslüsterne und zugleich die gewohnten panischen Rufe zu hören. Einige hochgestellte Persönlichkeiten Singapurs, das den Feinden Volkskampuchreas Waffen liefert, haben sich dazu verstiegen, der Sowjetunion die Schuld zu geben, da sie ja Vietnam helfe!

Was geht im Raum der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea denn nun wirklich vor?

Die Streitkräfte Volkskampuchreas treffen Maßnahmen zur Liquidierung der

den Hanoi, Phnom Penh und Vientiane an den Tag legen.

Bangkok wurde ja vorgeschlagen, zu beiden Seiten der Grenze eine entmilitarisierte Zone anzulegen, in der keine Truppen stehen und keine Flüchtlingslager existieren sollen. Das war ein Vorschlag der Regierung Kampuchas. Bangkok wollte nichts davon wissen.

Danach wurde Bangkok vorgeschlagen, zu beiden Seiten der Grenze eine Sicherheitszone anzulegen, in der nur thailändische und kampucheanische Truppen und auf der einen Seite keine Pol-Pot- und sonstigen bewaffneten Verbände, Stützpunkte und Lager, auf der anderen Seite keine Verbände vietnamesischer Freiwilliger sein dürften. Das war ein Vorschlag der Regierung Kampuchas.

Es wurde vorgeschlagen, diese Zone unter internationale Kontrolle zu stellen. Bangkok wies aber alle diese Vorschläge ab, ebenso viele andere, deren Ausführung die jetzige fast frontartige Linie zu einer Grenze des Friedens und der guten Nachbarschaft gemacht hätte.

Unter dem Einfluß ihrer angeblichen Freunde, die letzthin oft hohe Militärs und Diplomaten nach Bangkok entsenden, gehen die herrschenden Kreise Thailands immer weiter diesen sehr gefährlichen Weg.

Um von der Rolle Thailands ein vollständiges Bild zu geben, fügen wir hinzu, daß seine Streitkräfte direkt an Provokationen gegen Kampuchea beteiligt sind. Voriges Jahr verletzte die Luftwaffe Thailands 463mal den Luftraum der VR Kampuchea zu Erkundungsflügen und beschloß sogar Ortschaften. Die thailändische Artillerie beschloß kampucheanisches Gebiet 2888mal (!), zum Teil mit C-Geschossen. Jetzt deckt und unterstützt die thailändische Armee faktisch die Pol-Pot- und die anderen Banden, wobei sie wieder C-Geschosse und Napalm zum Einsatz bringt. Wie immer flüchten die geschlagenen Banden nach Thailand. Dabei ergeben sich Amtspersonen und die Propaganda Bangkoks in selbsterdachten Verleumdungen. So behaupten sie immer wieder, daß sich in Kampuchea Stützpunkte und Lager der Pol-Pot-Leute, der Anhänger Sihanouks und Son Sanns befänden. Jetzt, wo Schläge gegen deren Stützpunkte geführt werden, zeternt man, daß sich diese Schläge gegen thailändisches Gebiet richten. Wo bleibt da die Logik?

Bangkok geht nicht nur selbst den gefährlichen Weg, es versucht auch unter der Devise der "ASEAN-Solidarität" die übrigen ASEAN-Staaten mitzuschleppen.

Es muß hervorgehoben werden, daß die jetzige Kampagne gegen Kampuchea und

Vietnam zu einem Zeitpunkt gestartet worden ist, an dem sich in der ASEAN besonders deutlich eine Stellungnahme für einen politischen Dialog mit den Staaten Indochinas bemerkbar macht und sogar in Ländern Westeuropas und in den USA selbst die Forderung laut wird, den feindlichen Kurs gegen Vietnam, Kampuchea und Laos einzustellen und den Pol-Pot-Verbrechern wie auch den anderen politischen Kadavern Indochinas die Unterstützung zu entziehen.

Die Staaten Indochinas schlagen die Bandenüberfälle der konterrevolutionären Emigranten ab, sie durchkreuzen die Absichten der ausländischen Schutzpatrone dieses Gesindels und betreiben zugleich ihre einhellige Friedenspolitik. Wie auf dem Vientianer Gipfel von Vietnam, Kampuchea und Laos im Februar d. J. hervorgehoben wurde, sind sie bereit, alle Probleme in Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten nach den Grundsätzen der Gleichheit, gegenseitigen Achtung und Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen zu bereinigen. Das ist die einzige Möglichkeit, aus Südostasien eine Zone des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit im Interesse aller Völker der Region zu machen.

J. KUSMITSCHOW

FRAUEN KLAGEN AN

Sie drohten, aus den Polen und Ukrainern Hackfleisch zu machen, die Russen mit den Köpfen nach unten aufzuhängen, die Juden auszurotten, ganz Europa in ein einziges Majdanek und Dachau zu verwandeln. In ihren Fabriken stellten sie Handtaschen und Handschuhe aus Menschenhaut her. Mit Menschenhaar stopften sie Matratzen. Aus Blut münzten sie Gold und gaben es dafür aus, wieder Blut zu vergießen.

Auf der Leinwand scheint ein Dokumentarfilm über den Nürnberger Prozeß auf. Mit dieser Vorführung begann im Komitee der Sowjetfrauen ein Round-Table-Gespräch zum Thema "Der Faschismus, das schwerste Verbrechen an der Menschheit".

In der Eröffnungsansprache sagte die Vorsitzende des Komitees, Valentina Terschikowa: "Der Faschismus ist nicht mit den Wurzeln ausgerissen worden. Der jüngste Beweis dafür ist der Fall Klaus Barbie, der in Lyon Gestapochef war. Wie viele solcher Mörder sind von den reaktionären Kreisen der USA, einiger Länder Westeuropas und Staaten mit diktatorischen Regimes unter ihre Fittiche genommen worden und entziehen sich

der Justiz! Sie haben andere Adressen und sehen sogar anders aus, aber so viele Jahre auch vergehen, die Wunden in Menschenherzen verheilen nicht."

Frauen, die im KZ saßen, fällt es nicht leicht, an die damaligen Leiden zurückzudenken. Aber sie sprechen doch, auch für die Toten.

Irina Charina, Leiterin der Öffentlichen wissenschaftlichen und technischen Staatsbibliothek der UdSSR, Vizevorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees:

"Wir wurden in einer Frühlingsnacht eingeliefert. Bis zum Lager mußten wir drei Kilometer durch Morast stapfen. Enkräftete fielen hin und bekamen Genickschüsse. Von einem LKW mit Häftlingen überholt, beneideten wir sie, daß sie fahren durften. Morgens in Auschwitz erfuhren wir, daß die Beneideten nachts verbrannt worden waren. In diesem Lager kamen über 4 Millionen Häftlinge aus 24 Ländern um."

Anna Botscharowa, Teilnehmerin am antifaschistischen Widerstand in Auschwitz:

"Wir lebten dicht an der polnischen Grenze. Als der Krieg ausbrach, war eine meiner Töchter sechs Monate und die

andere zweieinhalb Jahre alt. Wir konnten uns nicht mehr evakuieren lassen. Ich ließ die Kinder bei meinen Eltern und ging als Kundschafterin zu den Partisanen. Die Gestapo faßte mich und holte später auch meine Eltern und die Mädchen. Ich war in vielen Haftanstalten. Mich folterten die Nazis vor den Augen meiner Eltern und sie in meiner Gegenwart, auch eins meiner Kinder. Das andere töteten sie vor meinen Augen. Meine Eltern wurden verbrannt." Jewgenija Sarytschewa, Technologieingenieurin für Funkmeßgeräte:

"In Auschwitz haben wir Schreckliches durchgemacht. Aber auch die Folgen sind grauenhaft. Dort bekam ich Spritzen, und wenn ich das Bewußtsein verlor, machten sie an mir Experimente. Das haben die Faschisten schön säuberlich niedergeschrieben. Meine Tochter ist 1956 geboren und war gesund. Mit 14 Jahren bekam sie eine schwere Gehirnkrankheit, die die Ärzte noch jetzt nicht erkannt haben, die aber, wie sie sagen, von den damaligen Experimenten herrührt."

Jetzt entstehen in vielen westlichen Ländern wieder faschistische Gruppen, Parteien und Organisationen, die die nach Hitler geborene Jugend zu gewinnen versuchen. Wie es in einer bei dem Gespräch abgegebenen Erklärung heißt, ist es deshalb jetzt besonders wichtig, die Henker ihrer Strafe zuzuführen. Das sind wir den Opfern des Faschismus und der Geschichte schuldig.

G. SIDOROWA

SHOW HINTER STACHELDRAHT

Die am Vortag vom britischen Verteidigungsministerium angeschriebene, sorgfältig gesiebte Gruppe englischer und amerikanischer Journalisten rätselte herum, was für eine Überraschung ihr da wohl ins Haus stehen werde? Eine Inkognito-Visite der Premierlady in Nordirland? Ein eingeholtes UFO? So aufgeheizt wurden die Presseleute in aller Herrgottsfrühe in einen Bus verfrachtet, der sie dem Nervenkitzel entgefuhr.

Die beigegebenen Beamten des Verteidigungsministeriums beantworteten Fragen der Reporter ausweichend. Sie würden schon sehen und staunen.

Da London noch im Schlaf lag, erreichten die Busse ohne Stau die Ausfallstraße. Es geht nach Greenham Common, verkündete einer der Mitfahrer, wurde aber gleich wieder unsicher, denn das Fahrzeug änderte die Richtung und bog auf eine Landstraße ein.

Dennoch lag der alte Pressehase richtig. Der Defence-Bus schaukelte tatsächlich auf den Stützpunkt Greenham Common zu, der in diesem Jahr US-amerikanische Raketen aufnehmen soll.

In den Stützpunkt gings durch die Hintertür. Vor der Haupteinfahrt befindet sich nämlich schon 18 Monate die Zeltstadt britischer

Frauen, die gegen den Beschluß der Konservativen protestieren, hier den "geflügelten Tod" einzulagern.

Während die fröstelnden Journalisten schläfrig die seltsamen Betonbauten begutachteten, die an riesige Hangars erinnerten, erschien endlich auch der Star dieser billigen Propagandashow. Aus einem Hubschrauber direkt in eine Pfütze kletterte Verteidigungsminister Heseltine in eigener Person.

Der Minister veranschaulichte seine Stimmung schon mit seiner Kleidung. Über dem Glencheck trug er eine grüne Tarnjacke, an den Füßen Schnürstiefel der US-Luftwaffe.

Von den Demonstranten durch zwei Reihen Stacheldraht getrennt, verlautbarte der Minister: "Der reale Feind und die reale Bedrohung ist die militärische Macht der Sowjetunion." Und die Bewegung für nukleare Abrüstung werde von einer "relativ kleinen Gruppe hochmotivierter Politiker" angeführt.

Nachdem er sich so seine Brötchen verdient hatte, entschwebte der Minister wieder. Aber es gab kein Happy-End. Beim Verlassen des Stützpunkts wurde der Journalistenbus von protestierenden Frauen gestoppt. Erst zusätzliche Polizeikräfte konnten die Demonstranten zerstreuen.

Das Propagandaspektakel in Greenham Common war von dem kürzlich im Ministerium eingesetzten "Verteidigungssekretariat 19" inszeniert worden, das der zunehmenden Antikriegsbewegung entgegenwirken soll. Die Showmaster aber waren damit ebenso danebengegangen, wie Mister Heseltine in Greenham Common.

I. TITOW
Eigenbericht

London

DOLLARS, KONSERVEN, RAKETEN

"Sie machten tatsächlich ernst, als ich mit dem Reden an die Reihe kam. Sie haben mir meine Uniform und meine Mütze ruiniert!"

Brigade
son erin
ihn zufl
Eier, d
fischen
vagan
"Good-
BRD sta
sion.
Zur
Panzer

NACH-NACH WATER

Hinter den Kulissen komme es in Washington immer wieder zu Skandalen, doch das Publikum gähne, schreiben US-Journalisten. Was Nixon und Carter zu Fall gebracht habe, lasse man Reagan durchgehen. Das

müsse doch a
liegen, denn
der Mitglie
Administration
keineswegs kle
vorigen.
Als William

"TATEMAE" UND "H

Das erste Wort bedeutet auf Japanisch Prinzip, Vorsätze. Bei den Tokioter Politikern aber stimmt "mit "Honne" überein. Wenn die Divergenz zu beginnen sie "Tatemaie" zu modifizieren. Prinzip Worte, "Honne" dagegen...

Nehmen wir an, die Verfassung verbietet Streit bestehen schon fast 30 Jahre. Und Bildungsminister beantragt, diesen Widerspruch durch eine Verfassung auszuräumen.

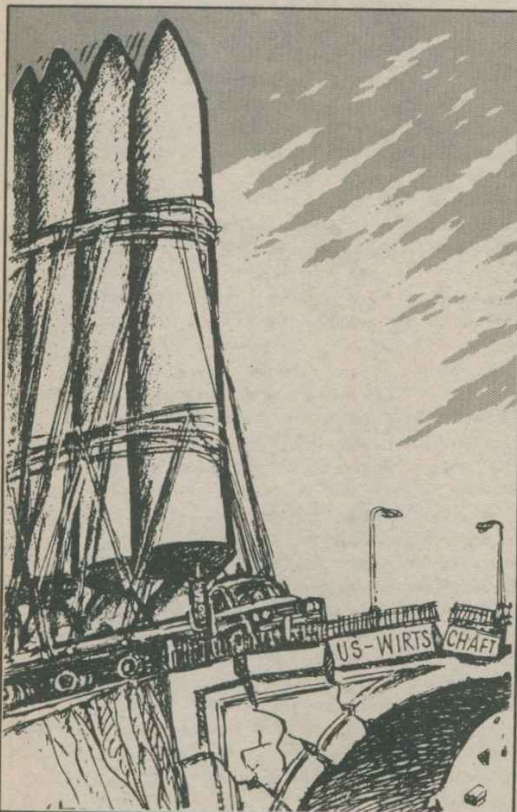
Das Parlament hatte seinerzeit gefordert und die verpflichtet, keine Waffen und Militärtechnologie. Das Prinzip wurde verletzt: Yasuhiro Nakasone Pentagon, entsprechende Ankäufe zu gestatten.

Die Asche von Hiroshima und Nagasaki hatte die anlaßt, feierlich die drei Nichtnuklearprinzipien zu Japans Territorium keine Kernwaffen zu besitzen, he einzuführen. Heute jedoch ist dokumentarisch be Amerikaner Kernwaffen auf japanischen Stütz

Nun, so die Zeitung "Mainichi", sei die Woge de taktischer Kernwaffen auch bis nach Asien gelang Japans, und in hohen Regierungskreisen erörtere n an die drei Prinzipien sowie die nukleare Bewaff

Es wird behauptet, die fehlende Übereinstimmung und Realität sei eine Art Tradition in der japan. Aber es gibt Prinzipien, deren Negierung Todesg Tokio müßte das eigentlich wissen.

Aus: "Der Spiegel" (BRD)



General Thurman Anderson an die auf den Farbbeutel und den keineswegs aromatisierten. So extrahierte die jährliche Mission" der in der ersten 2. US-Panzerdivi-

scheibe hatten den al jene Leute gemacht,

die selbst nicht Zielscheibe bei einem nuklearen Gegenschlag werden wollen. "Wir hörten sogar das verfluchte "Lieber rot als tot", bemerkte wütend ein Beamter des Weißen Hauses in bezug auf die zunehmende Antikriegsbewegung in Westeuropa.

Damit die Amerikaner in Europa geliebt würden und man ihnen nicht ihre Uniform bekleckere,

beschäftigt sich die Reagan-Administration, wenn man der "New York Times" glauben will, mit einem großangelegten Programm der Verbrüderung mit der westeuropäischen Jugend. Millionen Dollar werden für Umfragen und Studentenaustausch, Seminare und Pressefeldzüge für die Pershing 2 und Marschflugkörper bereitgestellt.

In den ersten Nachkriegsjahren versuchten die Yankees in Europa deutsche, italienische und französische Girls mit dem einschlägigen Argument einzuwickeln: "Ich habe Dollars und Konserven." Heute will man die Liebe der Europäer mit Dollars und Programmen erkaufen. Und Washington meint noch immer selbstherrlich, dieser Dreh müsse klappen. L. MAKAREWITSCH

ATE

gend etwas Sündenliste der jetzigen schließlich als die der sey CIA-Di-

rektor wurde, "vergaß" er seine Beziehungen zur Geschäftswelt. Arbeitsminister Raymond Donovan hatte Kontakte zur Mafia. 50 000 Dollar erhielt Justizminister William Smith von der Gesellschaft, deren Aufsichtsratsmitglied er gewesen war. Jährlich 48 500 Dollar bekommt Dennis Leblanc, der zwar offiziell in Staatsdiensten steht, faktisch aber die kalifornische Präsidentenranche behütet.

NNE"

zweite gute emae" selten türlich wird, seien leere

Meinungsforscher, auf die sich die "International Herald Tribune" beruft, erklären die Passivität der Amerikaner damit, das Land sei in eine "Nach-Nach Watergate-Periode" eingetreten, da es die "Nach Watergate-Zeit" satt habe, die 1972-1974 begonnen hatte, als die Öffentlichkeit ihrer Empörung über jeden, den den kleinsten Gauner in der Regierung, Luft machte.

gierung sich exportieren. sprach dem

gierung verkünden: auf stellen oder en, daß die ten lagern.

ationierung einschließlich die Absage ng.

von Prinzipien Politik. hr bedeutet.

LEONIDOW



Hilfe. Das löse bei den Soldaten eine Riesenbegeisterung zur "Verteidigung der Demokratie" aus und nehme ihnen fatalistische Gedanken.

Alles wie gehabt. In Vietnam. Vor 20 Jahren. Erst Berater mit Dollars, dann Gl's. Das Ende war eine überstürzte Flucht mit Hubschraubern vom Dach der US-Botschaft in Saigon. Ist eigentlich das Dach der US-Botschaft in San Salvador für Hubschrauber geeignet?

L. NIKOLAJEW

Foto und Zeichnung aus "U. S. News & World Report"

WIE GEHABT

In der Karibik und in Mittelamerika stünden nicht Muskatnüsse, sondern die nationale Sicherheit der USA auf dem Spiel, warnte Ronald Reagan kürzlich vor der Bedrohung durch ein Land, so groß wie Massachusetts und mit halb so vielen Einwohnern wie New York. Ein Land, das Tausende Kilometer vom Rio Grande entfernt liegt.

Hört man den Präsidenten jedoch, ballern die Partisanen El Salvadors bereits auf dem Hinterhof der USA, fast schon auf dem Anger vorm Weißen Haus.

Gleichzeitig mit seiner jüngsten Bedrohungstirade meinte Reagan jedoch, die Lage sei nicht ganz so hoffnungslos. Der dortigen Junta kämen US-Militärberater (Foto) und Dollars zu

KLASSENSTANDPUNKT ODER EKLEKTISCHE FAKTORENTHEORIE?

Eduard BAGRAMOW

Das Bild der heutigen Welt ist kompliziert und bunt, und es fällt nicht leicht, sich über das Wesen der Entwicklung in diesem oder jenem Land klarzuwerden. Selbst notorische Gegner des Friedens und der Völkersicherheit maskieren sich heute gern als Friedensstifter und Menschenrechtler. Die mächtigen Massenmedien, die bald jahrhundertalten Fertigkeiten im Bewußtseinsmanipulieren verfehlen ihre Wirkung nicht: Viele Menschen in den kapitalistischen Ländern bilden sich ihr Urteil über die Lage nicht anhand einer nüchternen Analyse der Wirklichkeit, sondern nach den gewohnten Stereotypen. Lenin schrieb: "Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen."

Die bürgerlichen Theoretiker negieren gern den Klassencharakter der tiefgehenden Konflikte in der Welt von heute. Gerade jetzt, da der Imperialismus sich im Bewußtsein der Völker immer eindeutiger mit Aggression assoziiert, versuchen die bürgerlichen Ideologen, das Anwachsen des sozialen Protestes in der Welt durch Schürung nationaler Leidenschaften aufzuhalten.

Sie erklären das 20. Jahrhundert für ein "Jahrhundert des Nationalismus". Das Etikett des Nationalismus wird unterschiedlichen, ja einander entgegengesetzten sozialen Erscheinungen angeklebt. Rassistische Pogrome und antikoloniale Bewegungen werden im gleichen Atem genannt. Einige Theoretiker halten es für möglich und sogar notwendig, Sozialismus mit Nationalismus zu vereinigen. Das Ziel der bürgerlichen Ideologen ist es, einer konkret-historischen, sozialklassenmäßigen Charakteristik der komplizierten Kollisionen und Widersprüche in der kapitalistischen Welt auszuweichen.

Bei Lenin lesen wir: "Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet."

In diesem Lichte erscheint es merkwürdig, daß einige Autoren in seriösen Presseorganen nicht eine klassenmäßige Bestimmtheit bei der Beurteilung sozialer Erscheinungen an den Tag legen, sondern ein, wie sie sagen, umfassenderes Herangehen, das "keine Verabsolutierung der sozialen, klassenmäßigen Kriterien und demgemäß keine Herabminderung, kein

Ignorieren der anderen Kriterien bedeuten würde".

So erblickt der rumänische Publizist Vasile Iota, dessen Artikel in der Wochenschrift "Contemporanul"* veröffentlicht wurde, die größte Gefahr für die Gesellschaftswissenschaft im Vorhandensein bestimmter "Axiomthesen", die für jede Forschung unantastbar seien. Diese Axiome, schreibt er, "widerspiegeln die Wirklichkeit oder die fundamentalen Bedürfnisse des gegenwärtigen Fortschritts zwar unvollständig oder falsch, werden jedoch mechanisch in verschiedenen Schriften oder Lehrbüchern für Gesellschaftswissenschaften stereotyp wiederholt".

Dieser Autor, der die Ausarbeitung und Anwendung eines "komplexen Systems von Kriterien" fordert und darauf besteht, daß die dialektische, historisch-materialistische Methode eine allseitige Erforschung von Erscheinungen impliziert, führt einen Schattenkampf. Das Systemherangehen ist eine Komponente der dialektisch-materialistischen Wirklichkeitsanalyse, deshalb sind Versuche der bürgerlichen Philosophen und Ideologen, das Prinzip der Ganzheitlichkeit und des Systems als universelles Prinzip, als neue Philosophie und Weltanschauung, als methodologische Grundlage für die Lösung buchstäblich aller Fragen der Wissenschaft und sozialen Praxis auszugeben, unvermeidbar.

Aber in seinem Beitrag in "Contemporanul" ging es dem Autor gar nicht darum, die einen oder anderen methodologischen oder theoretisch-kognitiven Probleme zu erläutern. Er verleiht seinem Artikel einen offenen politischen Charakter, wobei seine politischen und weltanschaulichen Positionen vom Klassenstandpunkt aus gelinde gesagt nicht sehr klar umrissen sind.

Entrüstet schreibt V. Iota z. B., es sei "so weit gekommen, daß die gegenwärtige Epoche einseitig als die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus definiert, die Geschichte einseitig als Geschichte des Klassenkampfes aufgefaßt und die komplizierten Kollisionen und Interessengegensätze in der heutigen Welt nur oder vorwiegend auf die Klassengegensätze, auf die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus reduziert werden". Seiner Ansicht nach führt ein solches Herangehen unbedingt zur "Herabminderung und Un-

terschätzung der Rolle von Nationen und Nationalstaaten, der völkerrechtlichen Prinzipien in den zwischenstaatlichen Beziehungen". Wegen der Klassenkriterien übersehe man den allgemeinen Charakter "einiger ökonomischer Gesetze, z. B. des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften Entwicklung, ebenso wie einiger globaler Probleme und Krisen, z. B. der Unterentwicklung und der Spanne im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, des Wetttrübens, der Energie-, der Rohstoff-, der Nahrungsmittel-, der Währungs- und Finanzkrise usw."

Offenbar kümmert es den Autor am wenigsten, daß die bereits im kommunistischen Manifest formulierte Definition der Geschichte als Geschichte des Klassenkampfes für die Gesellschaftswissenschaften von gleicher Bedeutung ist wie etwa der Erhaltungssatz für die Naturwissenschaften. Ihn stört es wenig, daß die Definition der Epoche als Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus im Dokument der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 geliefert wurde und Ergebnis der kollektiven Erörterung der Probleme war, einer Erörterung, zu der auch rumänische Genossen beitrugen. V. Iota erkennt keine Gesetzmäßigkeiten an, die nur dem Kapitalismus oder nur dem Sozialismus eigen wären: Er spricht von einer ungleichmäßigen und sprunghaften Entwicklung, vom Wetttrüben, von der Währungs- und Finanz- und sonstigen Krisen so, als würden sie gleichermaßen von jeder Gesellschaftsordnung hervorgebracht.

Der Kurs auf Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder, der Kampf für die Reduzierung der Rüstungen und die Entspannung, der Schutz der Prinzipien der Souveränität und der Gleichheit in den internationalen Beziehungen — all das, was die sozialistische Praxis allmählich ins Leben trägt — scheint der Autor nicht zu bemerken. Bei der Beurteilung der internationalen Entwicklung deklariert er lediglich das klassenmäßige Herangehen, mißt jedoch dem nationalen Kriterium die entscheidende Rolle für die Geschehnisse der Welt bei. Er schreibt: "Vom Standpunkt des nationalstaatlichen Kriteriums ist die Geschichte für uns nicht lediglich die Geschichte des Klassenkampfes, sondern vielfach sogar noch deutlicher die Geschichte des Kampfes versklavter, unterdrückter, ausgebeuteter Völker gegen fremde Unterdrückung und Ausbeutung, des zwischen herrschenden und unterdrückten Staaten."

* Vasile Iota. Nicht "Axiomthesen", sondern ein komplexes System von Kriterien in den Gesellschaftswissenschaften. "Contemporanul" Nr. 10/1982

In Worten verzichtet V. Iota nicht auf das klassenmäßige Kriterium, er will es nun durch das nationale Kriterium "ergänzen". In Wirklichkeit bedeutet seine Haltung das Verwischen der Klassenposition des Proletariats und führt, ob der Autor es will oder nicht, zur Kapitulation vor den bürgerlich-nationalistischen Konzeptionen.

Da können ihm auch nicht jene historischen Rückblicke helfen, an deren Beispiel er die Vorrangigkeit des nationalstaatlichen vor dem klassenmäßigen Kriterium zu beweisen sucht. In seinem Artikel heißt es: "Wenn wir das klassenmäßige oder das auf die Gesellschaftsordnung bezogene Kriterium anwenden, werden wir z. B. das Wesen der internationalen Bündnisse, die zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, oder jener Bündnisse, die zur Niederlage des Faschismus führten, nicht verstehen können."

Aber wieso? Am zweiten Weltkrieg sind der Imperialismus und seine schlimmste Ausgeburt, der Faschismus, schuld. Daß die UdSSR und die anderen Teilnehmer der Antihitlerkoalition während des Krieges auf derselben Seite der Barrikade waren, erklärt sich selbstverständlich nicht durch das Verwischen der Gegensätzlichkeit zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern durch die Erkenntnis der Völker, daß der Faschismus alle tödlich gefährdete.

Dennoch wirkten sich die Klassegegensätze auch hier auf den Lauf der Dinge aus. Man denke an Trumans Rede zu Beginn des Krieges. Ihr Sinn lag darin, den USA einen Kurs vorzuschreiben, der zur gegenseitigen Ausrottung der Bevölkerung der UdSSR und Deutschlands führen, den US-Imperialisten aber die Bahn zur Weltherrschaft freilegen sollte. Aber der Wille der Völker zwang die herrschenden Kreise der Westmächte, den nationalen Interessen — jenem realen Faktor des internationalen Lebens, der auch heute von großer Bedeutung ist — Rechnung zu tragen.

V. Iota postuliert, daß Nationales und Klassenmäßiges zwei voneinander unabhängige Prinzipien seien. Der Klassenkampf setze Beziehungen der Herrschaft und Unterordnung voraus, während die Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern nicht so beschaffen seien. Der Imperialismus stelle sich im weiteren Sinne dar "als Ausdruck eines bestimmten Typs der zwischenstaatlichen Beziehungen, als die Tendenz einiger" (?) "Staaten, einiger Großmächte" (?) "zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder und Völker, zur Verletzung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität, zur Politik der Stärke und des Diktats in den internationalen Beziehungen". Die Außenpolitik sei keine Fortsetzung der Innenpolitik mehr, sie könne sich als "bestimmte Konstellation der zwischenstaatlichen Kräfte" präsentieren.

Muß bewiesen werden, daß diese Konzeption darauf gerichtet ist, das internationale Bündnis des Weltsozialismus, die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung zu unterminieren?

Die Marxisten-Leninisten werden niemals, weder in der Theorie noch in der Praxis, die falsche Konzeption der Teilung der Welt in "arme" und "reiche" Länder akzeptieren, denn sie setzt ein Gleichheitszeichen zwischen dem sozialistischen Weltsystem und den kapitalistischen Staaten, die aus den kapitalistisch unterdrückten Ländern so große Reichtümer herausgepumpt haben.

Mit Hilfe dieser Konzeption versucht die imperialistische Propaganda, den realen Sozialismus anzuschwärzen, der außenwirtschaftlichen Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder einen "neokolonialistischen Charakter", der Sowjetunion eine "Einnischung" in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer anzudeuten. Die reaktionäre Konzeption "armer" und "reicher" Länder soll die revolutionäre Wirkung des Sozialismus auf die nationale Befreiungsbewegung lähmen.

Leider muß man konstatieren, daß der Artikel in "Contemporanul" den sozialistischen Ländern die gleichen Attribute, expansionistischen und neokolonialistischen Bestrebungen, wie sie den imperialistischen Mächten eigen sind, unterstellt. Und dies entgegen der Tatsache, daß die gegenwärtige Weltlage, wie der Generalsekretär der RKP und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Nicolae Ceausescu, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU mit Recht feststellte, "mehr denn je die Festigung der Solidarität und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, der Fortschrittserfolge erfordert, damit die weitere Zuspitzung der internationalen Lage verhindert, damit die Politik der Entspannung, der Zusammenarbeit und des Friedens wiederaufgenommen werden kann".

Aber vielleicht haben das stürmische Wachstum der nationalen Befreiungsbewegung, die Bildung von mehr als 100 unabhängigen Staaten die Welt demmaßen verändert, daß jetzt gerade der Kampf für die nationale Unabhängigkeit bzw., um einmal mit V. Iota zu sprechen, das nationalstaatliche Kriterium bei der Einschätzung der Ereignisse die entscheidende Bedeutung erlangt?

Vor allem: Die Siege der nationalen Befreiungsbewegung wurden durch die neue Kräftegruppierung in der Welt, dank der Herausbildung des Weltsozialismus, ermöglicht. Die Unterstützung durch den Weltsozialismus, die Festigung der internationalistischen Verbindungen mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sind, wie die Praxis zeigt, eine Garantie der Festigung dieser Errungenschaften und ihres Schutzes vor den neokolonialistischen Anschlägen. Der weitere Fortschritt des nationalen Befreiungskampfes

hängt unmittelbar von den Prozessen der sozialen und klassenmäßigen Differenzierung in den frei gewordenen Staaten ab.

Die Probleme der nationalen Entwicklung hängen aufs engste mit Fragen der Wahl des sozialen Weges zusammen. Der Zusammenbruch des Kolonialsystems versetzte dem Imperialismus einen äußerst empfindlichen Schlag, änderte jedoch nichts an seiner Natur. Der Imperialismus will die Völker jetzt in neokolonialistische Ketten schlagen. Viele Entwicklungsländer sind nach wie vor ein Randgebiet der imperialistischen Mächte. Die wirtschaftliche Plünderung der jungen Nationalstaaten und die Rückständigkeit der sozialen Verhältnisse behindern ihre Industrialisierung. Die wissenschaftlich-technische Revolution in den westlichen Industrieländern verschlimmert die verhängnisvollen Folgen des wertunggleichen Austausches in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In der industriellen Prokopfproduktion haben die führenden kapitalistischen Länder die Entwicklungsländer um ein Dutzendfaches (!) überholt. Ein wesentlicher Fortschritt der nationalen Beziehungen bedeutet in letzter Instanz die Aufhebung der durch den Imperialismus hervorgebrachten Teilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte. Diese Aufgabe, die einst unerfüllbar schien, wird gegenwärtig dank der revolutionierenden Rolle des Weltsozialismus und der internationalen Arbeiterklasse durchaus erfüllbar und aktuell.

Juri Andropow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, sagte:

"Wir werden alles tun, um die Geschlossenheit der großen Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, die Einheit der Reihen der Kommunisten aller Welt im Kampf für die gemeinsamen Ziele und Ideale zu festigen. Wir werden unsere Solidarität und Zusammenarbeit mit Ländern, die sich von der kolonialen Unterdrückung befreit haben, mit dem Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt aufrechterhalten und entwickeln. Wir werden stets der Sache des Kampfes für den Frieden, für die internationale Entspannung treu bleiben."

Wie man also sieht, setzt sich der Autor des Artikels in "Contemporanul" scheinbar dafür ein, in die Gesellschaftswissenschaften ein komplexes System von Kriterien einzuführen. Gegen ein solches, von den Marxisten-Leninisten breit anerkanntes Herangehen wären wohl keine Einwände zu erheben. In Wahrheit aber laufen die Äußerungen über dieses komplexe System darauf hinaus, das klassenmäßige Kriterium durch das nationale zu ersetzen. Der Autor macht einen Schritt zum Aufbauschen des Nationalen auf Kosten des Klassenmäßigen und trägt mit seinen Postulaten keineswegs zur Sache des Sozialismus und der internationalen Solidarität der Werktätigen bei.

IN SEINEM GEISTE

- MARX ALS STUDENT IN BERLIN
- IM MÄRKISCHEN MUSEUM
- DIE ZWERGE AUS "DIE WELT"
- IHRE NAMEN LEBEN DURCH JAHRHUNDERTE FORT

An einem Oktobertag des Jahres 1836 fuhr eine Kutsche aus Trier am Hauptpostamt der preußischen Hauptstadt vor. Ihr entstieg ein junger Mann. Interessiert sah er auf die belebte Königstraße in dieser Stadt, die er noch nicht kannte. Die anstrengende fünftägige Reise über viele Grenzen mit ihren Zollämtern, die erneut an die Zersplitterung Deutschlands erinnerten, war zu Ende. Im Gepäck des jungen Mannes befanden sich Empfehlungsbriefe seines Vaters an Bekannte mit der Bitte, seinem 18jährigen Sohn Karl Marx "auf die Beine zu helfen".

Am 22. Oktober 1836 schrieb sich der junge Marx an der Juristischen Fakultät der Berliner Universität ein. Ihm standen viereinhalb Jahre Studium bevor. Damals hieß die Universität nach König Friedrich Wilhelm, unter dem sie 1809 gegründet worden war. Erst 1946 wurde die Universität nach ihren tatsächlichen Begründern, den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt, benannt. Unlängst hat man am Hauptgebäude der Berliner Universität eine Marx-Gedenktafel enthüllt.

Herbert Hampe, Direktor des Märkischen Museums, sagte mir: "Zur Zeit von Marx' Studium hatte Berlin etwa 300 000 Einwohner. Es gab noch keine Großbetriebe. Das Proletariat war erst im Entstehen begriffen. Den Ton gaben in der preußischen Hauptstadt die Adeligen, Offiziere und Beamte an. Die Universität Unter den Linden, gegenüber der Oper, zählte rund 2000 Studenten und gehörte zu den größten Universitäten Europas."

Der junge Marx studierte eifrig. In einem Brief an den Vater schrieb er: "Ich mußte Jurisprudenz studieren und fühlte vor allem Drang, mit der Philosophie zu ringen." Er las Fichte, Kant und Hegel, hörte Römisches Recht bei Professor von Savigny und besuchte die Vorlesungen der bekannten Wissenschaftler Gans und Bauer. Häufig saß er beim schwachen

Kerzenlicht bis zur Morgendämmerung über den Büchern. Diese Lebensweise zehrte an seiner Gesundheit. Auf ärztliche Empfehlung übersiedelte er 1837 nach Stralau bei Berlin und wohnte bei August



Die Berliner Universität in den Jahren von Marx' Studium

Gottlieb Köhler, Gastwirt und Fischer. In dem malerischen Dorf auf einem schmalen Stück Land zwischen der Spree und dem Rummelsburger See wohnten nur 11 Familien. Zu Fuß erreichte Marx die Universität in einer Stunde. Der Sommer und die Dorfluft machten ihn kräftiger, so daß er seinem Vater schrieb: "Daß ich dort aus einem bleichsüchtigen Schmächtling zu einer robusten Festigkeit des Körpers heranreifen würde, ahnte ich nicht."

Auch in Stralau studierte Marx beharrlich. Bald trat er dem Doctor-Club bei, der die Berliner Junghegelianer vereinigte. Bis zum Abschluß des Studiums 1841 besuchte er regelmäßig das Cafe Stehely am Gendarmenmarkt, wo sich die Club-Mitglieder versammelten. In leidenschaftlichen Disputen bildeten sich ihre philosophischen Anschauungen heraus.

Im Märkischen Museum wird alles andächtig aufbewahrt, was mit Marx' Jahren in Berlin verbunden war. Der

Museumsdirektor zeigt mir das Faksimile einer Seite aus dem Universitätsheft, in dem die Namen der neu aufgenommenen Studenten fixiert wurden. Unter Nr. 973 trug sich da der Studiosus Marx mit eigener Hand ein.

"Und so sah das Cafe Stehely ungefähr zu der Zeit aus, als es das Stammlokal des Doctor-Clubs war", hält Herbert Hampe mir ein kleines Aquarellbild hin. "Leider wissen wir nicht, wer Müller war, der dieses Aquarell zeichnete, auch nicht, unter welchen Umständen er es tat und wie das Bild ins Museum gelangte. Dokumentationen gingen während des zweiten Weltkrieges verloren. Dabei handelt es sich vielleicht um die einzige Zeichnung, die die Atmosphäre des Doctor-Clubs wiedergibt."

Marx ging häufig ins Theater, er bewunderte den berühmten Seidelmann als Mephisto in Goethes

"Faust". Nicht selten sah man ihn bei Bettina von Arnim, in deren Haus Unter den Linden Vertreter der Intelligenz zusammenkamen.

Es konnte festgestellt werden, daß "Faust" damals im königlichen Schauspielhaus gegeben wurde. Gegenwärtig wird dieses von Schinkel gebaute Haus wiederhergestellt. Wiederaufbauarbeiten sind auf dem ganzen Platz der Akademie (ehemals Gendarmenmarkt) im Gange. Die beiden alten Dome, die das Theater gleichsam säumen, stehen in Baugerüsten. In wenigen Jahren wird dieses geschichtsschwere Stück Berlin in alter Form rekonstruiert sein.

Während der regen Bautätigkeit Ende des vorigen Jahrhunderts wurden in Berlin Stadtmitte viele Häuser abgerissen. Von den sieben Häusern, in denen der Student Marx in Berlin wohnte, hat sich nur eines, Luisenstraße 45a (heute Hermann-Matern-Straße 60), erhalten. Marx wohnte dort Anfang 1839, als er seine Dissertation in Angriff nahm. Am Eingang zu dem kleinen Haus, das neben dem neuen Hochhaus der Charité liegt, sieht man heute eine Gedenktafel.

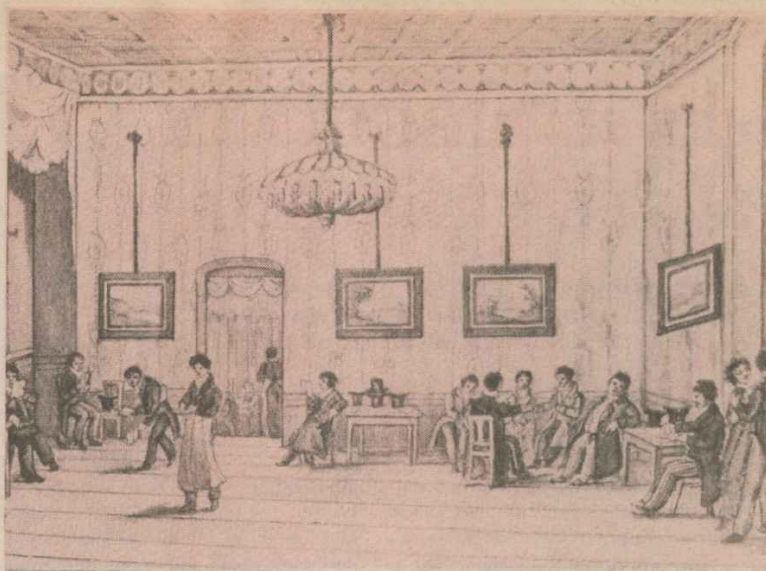
Im Frühjahr 1841 schloß Marx seine Dissertation ab. Er promovierte jedoch nicht in Berlin, sondern an der Jenaer Universität, die für ihren Freiheitsgeist bekannt war. Die Arbeit war ausgezeichnet, und am 15. April wurde Marx Doktor der Philosophie. Bald darauf kehrte er in seine Heimatstadt Trier zurück. So endete der erste und längste Aufenthalt Marx' in Berlin. Später war er hier noch mehrmals, aber nie mehr so lange. Das letzte Mal war Marx zusammen mit seiner Tochter Eleanor 1874 in Berlin, auf Durchreise nach einem Kuraufenthalt in Karlsbad. Die Polizei hatte bereits ein wachsames Auge auf den gefährlichen "Unruhestifter" und spürte ihn in Berlin auf. Polizisten drangen im Hotel nur eine Stunde nach der Abfahrt Marx' und seiner Tochter ein.

In einem hohen hellen Gebäude an der Wilhelm-Pieck-Straße befand sich früher das Zentralkomitee der SED. Im Haus der Einheit, wie die Berliner es nach dem Vereinigungsparteitag der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nennen, wirkten Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht. Heute befindet sich hier das Institut für Marxismus-Leninismus. Mit seinem stellvertretenden Direktor, Prof. Heinrich Gemkow, unterhielt ich mich über den bevorstehenden 165. Geburtstag von Karl Marx.

Nachdenklich meint mein Gesprächspartner: "Marxens Andenken? Wissen Sie, wie der erste Todestag unseres großen Lehrers begangen wurde? Eine große Demonstration englischer, deutscher und französischer Arbeiter zog aus der Londoner City zum Grab des Führers des Weltproletariats. Aber der Friedhof war von der Polizei abgesperrt. Verboten wurde sogar die Kranzniederlegung. Trotzdem fand eine Kundgebung statt, auf einem Hügel in der Nähe des Friedhofs. Vertreter der Werktätigen vieler Länder, die dort das Wort ergriffen, schworen, für die Befreiung der Arbeiterklasse, der Karl Marx sein ganzes Leben gewidmet hatte, zu kämpfen. Schon das allein widerlegt die verlogene Behauptung der Gegner des Kommunismus, Marx sei vereinsamt, von seinen Zeitgenossen vergessen und verkannt gestorben."

Ganz natürlich kommen wir auf den Einfluß von Marx und seiner Lehre auf die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung zu sprechen. Prof. Gemkow sagt:

"Unsere ideologischen Gegner sind bemüht, das Wesen der Lehre von Marx zu entstellen, den Marxismus vom Leninismus zu trennen und



Cafe Stehely, das Stammlokal des Doctor-Clubs

Foto vom Aquarell Müllers

den Leninismus als eine 'rein russische Erscheinung' hinzustellen. Bei ihrem erneuten 'Kreuzzug' greifen die Gegner des Kommunismus zu den gewissenlosesten und größten Fälschungen. Hier ein frisches Beispiel. Springers 'Welt' brachte am 10. Juli 1982 einen Artikel eines Politologen aus Bayreuth, der behauptet, zwar gebe man in Moskau und Berlin Marx und Engels heraus, aber nur das, was diesen Leuten von Nutzen sei. Das aber, was ihnen nicht passe, werde in dicken Stahltresoren aufbewahrt. Als Beweis führt der Verleumder Dutzende 'unbekannte' Zitate von Marx und Engels an. Er manipuliert damit, um zu behaupten, Marx und Engels seien Feinde der 'Russen' — und nicht etwa des Zarismus gewesen. Das ist eine niederträchtige Lüge! Man weiß gut, welch lebhaftes Interesse Marx und Engels der revolutionären Bewegung in Rußland entgegenbrachten, welche Verbindungen sie mit den revolutionären Demokraten Georgi Plechanow, Wera Sassulitsch u. a. unterhielten. Doch verurteilten sie scharf die expansionistische Politik der zaristischen Selbstherrschaft. Bei uns in der DDR weiß das jedes Schulkind."

Man kann ohne weiteres durchschauen, warum "Die Welt" die verleumderische Erfindung gerade jetzt lanciert: um dem politisch unerfahrenen Leser den Gedanken zu suggerieren, schon Marx habe vor der Aggressivität der Russen und vor der Gefahr aus dem Osten gewarnt.

"Was aber die 'geheimsten' Zitate angeht", setzt Prof. Gemkow mit

einem ironischen Lächeln fort, "so findet man sie mühelos in den Marx- und Engels-Werken, die in diversen Sprachen der Welt in einer Auflage von rund 3 Millionen herausgegeben sind."

Unser Institut bringt zum Marx-Jubiläum einige neue Arbeiten heraus. Genannt sei die große und höchst interessante Publikation 'Ihre Namen leben durch Jahrhunderte fort'. Der Leser wird darin beinahe 150 Kondolenzbriefe und -telegramme zum Ableben von Marx und von Engels, fast 300 Nachrufe und 400 Zeitungsartikel in 20 Sprachen finden. Diese Dokumente zeugen unwiderlegbar davon, welch eine hohe und wirklich internationale Autorität die Führer des Weltproletariats schon zu ihren Lebzeiten genossen. Auch einer gemeinsam mit sowjetischen Kollegen unternommenen Ausgabe der gesammelten Werke von Marx und Engels messen wir erstrangige Bedeutung bei."

Ein Höhepunkt des Karl-Marx-Jahres in der Deutschen Demokratischen Republik war die in Berlin im April abgehaltene Internationale Wissenschaftliche Konferenz "Karl Marx und unsere Zeit — der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt", an der über 140 Delegationen aus verschiedenen Ländern teilnahmen. Ein so repräsentatives Forum ermöglichte einen breiten Meinungsaustausch über Fragen des Kampfes für sozialen Progreß und die Erhaltung des Weltfriedens. Das ist logisch: Die Fortschrittskräfte in allen Teilen der Erde ehren das Andenken des großen Lehrers des Proletariats dadurch, daß sie seine Lehre als Anleitung zum Handeln empfinden.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Berlin

ERSTE RESULTATE, ERSTE PROBLEME

- BLEIBENDE POPULARITÄT DER SOZIALISTEN
- ARMEE UND UNTERNEHMER ABWARTEND
- DIE WIRTSCHAFT IM MITTELPUNKT

"Was ist das wichtigste Ergebnis der ersten 100 Tage, in denen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) an der Macht ist? Das wollten Sie wissen?" fragte der Staatssekretär für Information, Eduardo Sotillos, zurück. "Ich meine, die Ruhe im Lande, die Gewißheit, daß es schließlich von ernsthaften und kompetenten Leuten regiert wird."

Wir befinden uns im Arbeitszimmer Sotillos im Moncloa-Palast, der offiziellen Residenz der Regierung. Neben dem Schreibtisch, an dem mein Gesprächspartner sitzt, hängt die Staatsflagge Spaniens. Auf dem Tisch liegt ein hoher Aktenberg. Von Zeit zu Zeit wird unser Gespräch von einem Mitarbeiter der Regierungskanzlei unterbrochen.

Eduardo Sotillos ist ausgezeichnete Stimmung. Alle Meinungsumfragen zeigen, daß Spanien mit dem Machtwechsel zufrieden ist. Als populärste Politiker gelten den Umfragen zufolge der junge Premier Felipe Gonzalez (er wurde kürzlich 41), sein Stellvertreter Alfonso Guerra und der Bürgermeister von Madrid, Enrique Tierno Galvan — die drei bedeutendsten PSOE-Führer. Wenn die Cortes-Wahlen im März 1983 durchgeführt würden, hätten noch mehr Wähler für die Sozialisten gestimmt. Die PSOE-Kandidaten hätten dann 49,7% der Wähler unterstützt, d. h. 3,7% mehr als am 28. Oktober 1982. 58,5% der Befragten — folglich auch viele, die bei den Wahlen für die Rechten stimmten — nannten die Methoden der neuen Regierung "wirksam". 77,6% bekundeten die Hoffnung, daß die Regierung der Sozialisten zu einer Verbesserung der Lage im Lande führen werde.

Ich bat das Mitglied der neuen spanischen Regierung, zu berichten, wie das Wahlprogramm seiner Partei verwirklicht wird.

Vieles wurde getan. Vor allem geht es um die Wiederherstellung des Vertrauens zur nationalen Währung, darum, Ordnung im Staatsapparat zu schaffen und bedeutende Änderungen im Strafgesetzbuch vorzunehmen (viele seiner Paragraphen

stehen im Widerspruch zu Geist und Buchstaben der nachfranquistischen Verfassung), um die Vorbereitung einer Militärreform, die Beschränkung der Willkür der Monopole sowie um einige Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden.

Bald nach dem Gespräch mit E. Sotillos zeigte man mir eine in Madrid herausgegebene Broschüre, in der die Ergebnisse der 100 Tage Regierungszeit der Sozialisten analysiert werden. Nach Meinung ihrer Verfasser hat die PSOE bereits ein Fünftel ihrer Wahlversprechen erfüllt und zweifelt nicht daran, daß die übrigen erfolgreich verwirklicht werden, wenn man bedenkt, daß bis zu den kommenden ordentlichen Wahlen noch genügend Zeit ist.

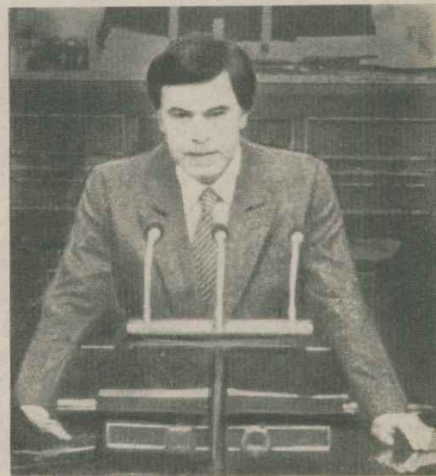
Die PSOE-Führung hält zur Demonstration in den Parteigrundorganisationen einen auf Videokassette aufgezeichneten TV-Film mit einer Rede von Felipe Gonzalez bereit, der ebenfalls die Gewißheit zum Ausdruck bringt, daß das Wahlprogramm der Sozialisten erfüllt werden wird, möglicherweise sogar vor Ablauf der Legislaturperiode.

Um die Bedeutung der von der neuen Regierung verwirklichten oder geplanten Maßnahmen richtig einzuschätzen, sei daran erinnert, daß die PSOE im Wahlkampf im Herbst v. J. keineswegs Lösungen für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft propagierte. Die Parteiführer wiederholten immer wieder, mit solchen Lösungen müsse mindestens ein Vierteljahrhundert gewartet werden. Jetzt wird Spanien mit einer anderen Aufgabe konfrontiert: die derzeitige Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution abzuschließen, die die vorhergehenden Regierungen nicht zu Ende geführt hatten.

Während die Sozialisten die Regierung Sotelo als eine "Regierung der Schwankenden" kritisierten, wird das Land jetzt von Politikern geleitet, die handeln wollen und können. Das wurde

gleich nach der Bildung der Regierung Felipe Gonzalez deutlich, als sie anordnete, die Peseta um 8% abzuwerten. Auf der Pressekonferenz nach der ersten Kabinettssitzung gestand der Ministerpräsident ein, es sei nicht sonderlich angenehm, die Tätigkeit mit harten und schweren Maßnahmen zu beginnen. "Doch müssen wir sie ergreifen", ergänzte er, und so das tun, was Sotelo nicht wagte.

Die Sozialisten, die hart und entschieden zu handeln begannen, bewahrten diesen Führungsstil auch im weiteren. Sie erklärten, den Staatsbeamten (von kleinen Beamten bis hin zu Ministern) sei es verboten, Ämter in der Privatwirtschaft zu bekleiden. Ein entsprechendes Gesetz hatte das Parlament bereits vor einem Jahr verabschiedet, doch die damalige Regierung wagte nicht, es zu verwirklichen. Bankiers und Unternehmer, die seit unendlichen Zeiten ihre "Fünfte Kolonne"



Als der populärste Politiker wird in Spanien Felipe Gonzalez bezeichnet
Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

in allen Ministerien und Behörden hatten, vermochten, die Verwirklichung der Maßnahme zu verhindern. Von nun an werden die spanischen Staatsbeamten nur ein Gehalt erhalten dürfen. Nebenbeschäftigungen, bei denen sie einen recht freien Lebensstil führten, wobei sie der Hauptarbeit nur 26 bis 28 Stunden wöchentlich widmeten, sind nicht mehr erlaubt.

Die meisten Spanier fragen weiterhin nach der Rolle der Streitkräfte im politischen Leben des Landes. Besonders akut wurde diese Frage nach dem PSOE-Wahlsieg.

Die PSOE-Regierung tut alles, um einen endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Sie will nicht, daß

der Wahlsieg der Linken von irgend jemandem als Revanche für die Niederlage im Bürgerkrieg aufgefaßt wird. Durch die ganze spanische Presse lief die Meldung, daß Felipe Gonzalez bei einer offiziellen Zeremonie unter Beteiligung der Führung der Streitkräfte das Andenken an die im Krieg gefallenen Soldaten von Francos Armee ehrte. Zugleich wurde bekannt, daß die Renten für ehemalige Kämpfer der Volksfront erhöht wurden. Die neue Regierung will offenbar unterstreichen, daß die Zweiteilung Spaniens ein für allemal vorbei ist.

Anfang März versammelten sich an die 50 Personen, vor allem Journalisten, im Madrider Hotel Ritz, um das Erscheinen eines Buches von General M. Gutierrez Mellado zu begehen, der die Armee während des Übergangs von der faschistischen Diktatur zum neuen konstitutionellen Regime leitete. In dem Buch, betitelt "Soldat Spaniens", wird ausführlich davon berichtet, wie es gelang, einen Putsch der in den Streitkräften feststehenden Franco-Anhänger und einen neuen Bürgerkrieg zu vermeiden.

M. Gutierrez Mellado ist nun im Ruhestand. "Ich wurde Pensionär und spiele gern mit meinen Enkeln", sagte er lächelnd. Doch alle Versammelten interessierten nicht nur sein Bericht über die jüngste Vergangenheit und seine persönlichen Pläne, sondern auch eine Einschätzung der Aussichten für die Beziehungen zwischen den Militärs und der sozialistischen Regierung, wovon die Zukunft des Landes abhängt.

"Unsere Streitkräfte", sagte der General, "vermochten mit wenigen Ausnahmen die Entwicklung der spanischen Gesellschaft zu akzeptieren. Der Machtantritt der Sozialisten hat in keiner Weise eine Bedrohung für die Stabilität des Staates geschaffen. Ich meine, die Militärs werden auch in Zukunft Disziplin bewahren und die Anweisungen der rechtmäßigen Behörden befolgen..."

Nichtsdestoweniger gibt es zweifelsohne das Problem einer Demokratisierung der Armee, und die neue Regierung ist sich dessen bewußt. Diese Schlußfolgerung drängt sich insbesondere aus den Reden ziviler und militärischer Führer vor den Vertretern von Nachrichtenagenturen, Rundfunk, Fernsehen und Presse auf einem Seminar auf, das Ende Februar/Anfang März im Obersten Forschungszentrum für nationale Verteidigung in Madrid stattfand. Ein ähnlicher Schluß ergibt sich ebenfalls aus der fünfständigen Rede des neuen Verteidigungsministers Narcis Serra vor dem Verteidigungsausschuß des Parlaments.

Die Regierung schickt sich an, den Cortes in diesem Jahr sieben Gesetzesvorla-

gen zu präsentieren, die wichtige Reformen und eine Modernisierung der Streitkräfte Spaniens vorsehen. Die von Franco eingeführte Territorialstruktur der Armee, die vor allem auf den Kampf



Aufmerksam wird die Politik der Regierung von den größten spanischen und ausländischen Banken und Konzernen verfolgt. Unser Bild: Das Geschäftsviertel am Paseo de la Castellana in Madrid

gegen den "inneren Feind" orientiert war, muß abgeschafft werden. Die Urheber des Plans wollen dabei das Schwergewicht auf die Bildung mobiler operativer Kräfte legen, die mit modernen Waffen ausgerüstet sind und, falls erforderlich, das Land gegen einen äußeren Feind verteidigen können. Ferner ist vorgesehen, den Sold zu erhöhen, bis 1987 das enorm aufgeblähte Offizierskorps um ein Viertel zu verringern sowie die Dienstzeit der Wehrpflichtigen von 15 Monaten auf ein Jahr herabzusetzen. Das wird es ermöglichen, 90 000 Personen ins Zivilleben zurückzuholen (gegenwärtig dienen in den Streitkräften Spaniens 225 000 Mann). Schließlich wird geplant, die Programme der Militärlehreanstalten zu ändern, an denen die Offiziersschüler bis heute in Treue zu den Traditionen des Franquismus erzogen werden.

Zur Befreiung der Armee von in ihr feststehenden offenen und verdeckten Anhängern der faschistischen Diktatur trägt auch die beschleunigte Pensionierung alter Generale bei, von denen viele im Gegensatz zu M. Gutierrez Mellado

immer noch von einem neuen Caudillo träumen. Hierbei gingen die Behörden von der früheren Praxis ab, als der Generalsrang höheren Offizieren automatisch bei Erreichung eines gewissen Alters zuerkannt wurde. Jetzt muß ein Generalsanwärter vor allem ausgezeichnete Berufsmilitär sein.

Die Demokratisierung aber erschöpft sich nicht in der Militärreform. Die PSOE-Regierung wurde mit der Aufgabe konfrontiert, alle Seiten des Lebens Spaniens in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1978 zu bringen und dieses wichtige Dokument durch konkrete Maßnahmen zu untermauern, die dessen Geist und Buchstaben entsprechen.

Die Gegner einer Revision der spanischen Gesetzgebung und ihrer Anpassung an die Verfassung schlafen ebenfalls nicht. Sie wollen den Reformanhängern unter dem Vorwand, die offizielle Doktrin der katholischen Kirche — diesmal bei der Schwangerschaftsunterbrechung — zu verteidigen, eine entschiedene Abfuhr erteilen. Wegen der Absicht der Regierung, die Schwangerschaftsunterbrechung zu erleichtern, starteten die Konservativen eine lautstarke Propagandakampagne, um einen Teil der Gläubigen zu sich hinüberzuziehen.

Ebenso wie vor gut zwei Jahren bei der Polemik über die Zulassung der Ehescheidung dienen religiöse Motive nur als Deckmantel, um auf die Demokratisierung der Gesetze zu verzichten, die Spanien aus der Vergangenheit übernommen hat. Die Rechten, die die Abtreibungsfrage in den Vordergrund zerren, wollen in Wirklichkeit eine Veränderung des Strafgesetzbuches verhindern, das auch eine Menge anderer brennender Probleme berührt.

Die Regierung wies die Forderung der Rechtsopposition, der "Volksallianz", zurück, die Abtreibungsfrage einem Referendum vorzulegen, und der Reformentwurf des Strafgesetzbuches wurde dem Parlament zugeleitet. Ferner wird ein Dokument vorbereitet, das den Zuchthäusern das Recht gibt, einen Rechtsanwalt heranzuziehen. Schließlich rechnet man damit, daß in nächster Zeit das Gesetz über die Unantastbarkeit der Person bestätigt wird.

Führenden spanischen Kommentatoren zufolge sollen all diese Maßnahmen zur Lösung des akuten Problems des Terrorismus beitragen, da sie bei der Isolierung jener helfen, die unter dem Vorwand des Freiheitskampfes zu politischer Gewalt greifen. Wie Innenminister Jose Barrio-nuevo in den Cortes mitteilte, sind seit dem Machtantritt der Sozialisten bis zum 1. März d.J. 76 des Terrorismus Ver-

dächtige im Lande verhaftet worden. 27 von ihnen wurden bald freigelassen, 49 den Justizorganen übergeben.

Zweifelsohne beunruhigt der Terrorismus die Spanier, da er eine volle Normalisierung der Lage im Lande stört und potentiell eine ernste Gefahr für die junge spanische Demokratie in sich birgt, wie an eine chronische Krankheit. Zumindest waren das Hauptereignis, das in diesen ersten Monaten der Tätigkeit des neuen Kabinetts die Aufmerksamkeit der Spanier fesselte, nicht die Terroranschläge, nicht die Peseta-Abwertung und nicht einmal die Militärreform, obgleich nach Meinung mancher Beobachter gerade sie zu einem gefährlichen Auflodern der Spannung zwischen Armee und Land hätte führen können. Vielmehr war das die Enteignung der Rumasa, des größten Privatkonzerns Spaniens (Kapitaleigner: Jose Maria Ruiz Mateos), den die Regierung unter ihre vollständige Kontrolle stellte.

Diese Aktiengesellschaft, die ihr Kapital dafür verwandte, Kontrollpakete der Aktien anderer Konzerne zu erwerben, und die im ganzen Lande über 20 Banken und 400 Unternehmen verfügte, war eine Art Symbol des spanischen Neokapitalismus. Schon seit langem ein "Staat im Staat" geworden, mischte sie sich nicht nur in das wirtschaftliche, sondern auch in das politische Leben Spaniens ein. Hierbei unterhielt die Führung der Rumasa Zeitungen zufolge überaus enge Beziehungen zur rechtsklerikalen Organisation Opus Dei, wobei sie Finanzmachenschaften mit dem Fang von Seelen und deren Bearbeitung im Interesse der konservativsten Kreise des spanischen Katholizismus verband.

In der Hauptstadt und in anderen Städten kann man noch Franco-Denkmalern begegnen. Doch der Franquismus selbst wird immer mehr Vergangenheit



Die erste Reaktion des Großkapitals auf diese Aktion der neuen Regierung war überaus negativ. Donner und Blitz schleuderte auch die Rechtsopposition in den Cortes gegen die Regierung. Der Vorsitzende der "Volksallianz", Manuel Fraga Iribarne, warf den Sozialisten vor, sie würden einen Präzedenzfall für die Verstaatlichung fast der gesamten Wirtschaft schaffen. Der Führer der Demokratischen Volkspartei, Oscar Alzaga Villaamil, bezweifelte die Verfassungsmäßigkeit des Verstaatlichungserlasses der Rumasa. Auch die Unternehmerkreise nahestehende Presse protestierte.

Doch allmählich legten sich die Leidenschaftlichen. Miguel Boyer Salvador, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Handel, bekräftigte, daß die PSOE-Regierung die Errichtung der Kontrolle über die Rumasa als notgedrungene und vorübergehende Maßnahme ansieht und nicht beabsichtigt, andere Firmen zu verstaatlichen (diese Erklärung ließ den Pariser "Monde" erklären, M. Boyer sei eher ein Schüler Raymond Barres als ein Anhänger Francois Mitterrands). Der Vorsitzende des Verbandes Spanischer Unternehmerorganisationen, Carlos Ferrer, erklärte, die Argumente der Regierung seien recht gewichtig. Die Madrider Börse reagierte auf diese veränderte Stimmungslage mit einem Ansteigen der Aktienkurse...

Die so stark beachtete Verstaatlichung war also die Ausnahme, die nur den allgemeinen Kurs der PSOE-Regierung bestätigte — den Verzicht auf irgendwelche Maßnahmen sozialistischen Charakters, für die das Land nicht reif ist, auf dieser konkreten Etappe.

Das bedeutet natürlich nicht, daß sich die Sozialisten auf eine Rolle von Managern der kapitalistischen Wirtschaft beschränkten und nichts im Interesse der Werktätigen taten. Im Januar wurden für 400 000 Arbeiter die Mindestlöhne und für 67% der Rentner das Ruhegeld angehoben. Doch insgesamt werden 1983 wie im Vorjahr die Lohnerhöhungen hinter der Preissteigerung zurückbleiben, und das hat bereits gewisse Probleme in den Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften geschaffen.

Die spanischen Arbeiter sind sich bewußt, daß sie mit ihren meisten Forderungen warten müssen. "Wir verstehen sehr wohl, daß ein Scheitern der Regierung auch unser Scheitern wäre und dazu führen könnte, daß die Linke für lange Zeit von der Macht entfernt würde", erklärte der Generalsekretär der der PSOE nahestehenden Allgemeinen Arbeiterunion, Nicolas Redondo.

A. KRASSIKOW

Madrid--Moskau

Seit 15 Jahren fließt Blut in Ulster und pfeifen Plastikkugeln. Die Explosionen von Bomben, die von den Ultras gelegt werden und Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern, lassen diese Provinz Großbritanniens nicht zur Ruhe kommen. Entgegen den feierlichen Versicherungen der fünf britischen Regierungen, die sich in diesen Jahren abgelöst haben, einschneidende Maßnahmen zur Überwindung der Krise zu treffen, werden die Spannungen in Ulster nicht geringer.

Die 60er und 70er Jahre, in denen sich das nordirische Problem zuspitzte, haben die fortschrittliche Öffentlichkeit des Landes erneut an die revolutionären Ideen des Kämpfers für die Unabhängigkeit Irlands und Führers des irischen Proletariats, James Connolly, erinnert, der 1916 britischen Henkern zum Opfer fiel.

Das irische Volk hat den mutigen Leiter des Dubliner Nationalaufstandes und flammenden Patrioten nicht vergessen. Er tat viel für die marxistische Erziehung der Arbeiter. James Connolly ist der erste irische Sozialist, der den Kampf für die nationale Befreiung seines Volkes mit dem Kampf für den Sozialismus vereinigte. Einen bedeutenden Beitrag leistete er auch zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Schottland und den USA. Connolly-Assoziationen bestehen praktisch in allen Ländern, wo es Personen irischer Abstammung gibt.

Diese Popularität bedingt auch den heftigen ideologischen Kampf um Connolly und sein Wirken. Bürgerliche Ideologen zollen zwar Connolly als einem Kämpfer für die nationale Befreiung des Landes Tribut, setzen sich jedoch geflissentlich darüber hinweg, daß er auch ein überzeugter Kämpfer für sozialistische Umgestaltungen war. Am häufigsten werden jene seiner Ideen mit Schweigen übergangen und mitunter direkt falsifiziert, die bis heute aktuell sind.

Ein Beispiel dafür ist eine vom bürgerlichen irischen Historiker R. D. Edwards verfaßte Connolly-Biographie*. Das Buch berichtet über viele Ereignisse aus Connollys privatem Leben. In dieser Fülle an Faktenmaterial verliert sich die politische Einschätzung seiner Tätigkeit. Zur Erkenntnis der weltanschaulichen Position des irischen Revolutionärs hätte der Autor z. B. den Briefwechsel Connollys mit Vertretern der sozialistischen und der Arbeiterbewegung Irlands, Großbritanniens und der USA heranziehen sollen, denn das hätte über seine praktische Tätigkeit in Belfast für den Zusammenschluß einzelner Gruppen der

* R. D. Edwards. James Connolly. Dublin 1981

JAMES CONNOLLY

UND DAS ULSTER-PROBLEM

Arbeiterklasse, von Katholiken und Protestanten zu gemeinsamem Schutz ihrer eigenen Klasseninteressen Aufschluß gegeben.

Das Buch erwähnt nicht den konsequenten Kampf Connollys gegen die geplante Zersplitterung des Landes, durch die die englischen und irischen Adeligen ihre Vorrechte in Ulster zu erhalten suchten. Mehr noch, Edwards greift zu groben Fälschungen, indem er behauptet, Connolly habe die Gefährlichkeit der Spaltung des Landes unterschätzt und die spezifische Sachlage in Ulster verkannt. So bedeutende Werke Connollys wie "Die Arbeiterklasse in der Geschichte Irlands" (1910) und besonders "Die Rückeroberung Irlands" (1914), die auch in der UdSSR weit bekannt sind, werden im Buch nur gestreift.

Warum der Autor zu dieser unverhohlenen Fälschung Zuflucht nimmt, ist klar. Gerade Connollys Vorstellungen von den Ursachen des nordirischen Problems und von den Wegen zu seiner Lösung, seine reichen Erfahrungen bei der politischen Arbeit in Belfast sind unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders aktuell.

Entgegen Edwards' Behauptungen forderte Connolly in der sozialistischen Presse jener Zeit, auf den Kongressen des Irischen TUC und in örtlichen Arbeiterkollektiven alle, denen Demokratie und Fortschritt am Herzen lagen, leidenschaftlich auf, einer Spaltung entgegenzuwirken. "Ein solcher Plan ... wird, wenn ausgeführt, alle fortschrittlichen Bewegungen lähmen. Die Arbeiterklasse muß sich ihm aufs entschiedenste widersetzen; die Arbeiterklasse von Ulster muß bis zum letzten Atemzug dagegen kämpfen."

Warum wurde Ulster zu einem Bollwerk der Reaktion, warum sieht sich die Arbeiterbewegung ohnmächtig angesichts des Obskurantismus und religiösen Fanatismus, den die herrschenden Klassen kultivieren? Connolly ging in seinen Werken wiederholt darauf ein. Er zeigte die Ursachen der Ulster-Krisen auf, die in früheren Jahrhunderten wurzeln und mit der Kolonisierungspolitik der herrschenden Klassen Großbritanniens zusammenhängen; im Laufe dieser Koloni-

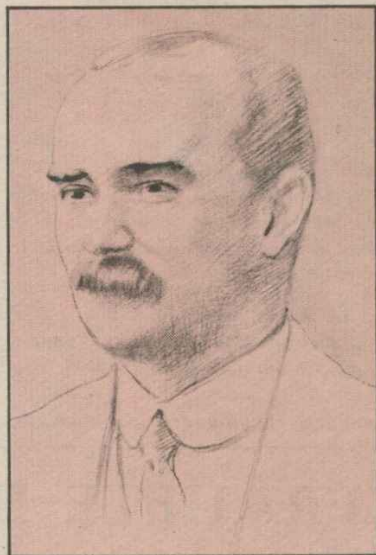
sierung ließ sich das Gros der Kolonisten in Nordirland nieder. So entstand dort eine protestantische Gemeinde, die wirtschaftlich, politisch und in religiöser Hinsicht eng mit dem eigentlichen England verbunden war. In seinem Buch "Die Rückeroberung Irlands" verdeutlichte Connolly, mit welchen Methoden der Adel und die Bourgeoisie in Ulster und die herrschenden Klassen in England sich an den werktätigen Protestanten ein sicheres Hinterland aufbauten und auch schon die Möglichkeit ihres Bündnisses mit der entrechteten und auf eine Minderheit zurückgeführten katholischen Bevölkerung vermeiden wollten. Die Schürung des nationalen Zwistes, der religiöse Fanatismus, die Intoleranz wurden Bestandteil der britischen Ulster-Politik, die in Jahrhunderten ausgefeilt war.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß sich die herrschenden Kreise Großbritanniens und die protestantischen Ultras in ihrem Kampf gegen die demokratische und die nationale Befreiungsbewegung bis heute der Politik der religiösen Diskriminierung befleißigen. Sie spalten die Arbeiterbewegung nach der Konfession, um den Zusammenschluß der Werktätigen in ihrem Kampf für allgemein demokratische Umgestaltungen und die volle nationale Befreiung des Landes zu verhindern.

Connolly war überzeugt, daß das Ulster-Problem gelöst werden kann, sobald der religiöse Hader und die Zersplitterung in der Arbeiterbewegung überwunden werden, sobald ihre Einheit erreicht wird und die irischen und britischen Werktätigen im Kampf gegen die Ausbeuterklasse solidarisch sind. Er schrieb: "Die gemeinsame Bürde der gemeinsamen Ausbeutung kann aus den protestantischen Arbeitern ungestüme Rebellen, aus den Katholiken eifrige Verfechter der Bürgerrechte und der Glaubensfreiheit machen sowie die einen und die anderen in einer einheitlichen Sozialdemokratie vereinigen."

Versuche, das revolutionäre Wesen der Werke von Führern der irischen nationalen Befreiungsbewegung vergessen zu machen, sind nicht neu. Bürgerlich-natio-

nalistische Historiker verneigen sich vor dem Mut dieser Menschen, geben sich aber zugleich jede Mühe, sie zu ehrenhaften bürgerlichen Politikern hochzustilisieren und alles Revolutionär-Demokratische aus ihrer Lehre zu eliminieren. Seinerzeit protestierte Connolly gegen solche Praktiken. In seinen Schriften über Wolfe Tone, den Führer des Aufstandes von 1798, stellte er fest, daß die bürgerlichen Nationalisten alles taten, um das 100jährige Jubiläum des Aufstands zur Verherrlichung des Tradierten umzufunktionieren



"Mir ist ein Sozialist aus einem beliebigen Land ein Genosse und Freund, während mir ein Kapitalist aus meinem eigenen Land naturgemäß ein Feind ist."

James Connolly

und die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart abubrechen. Etwas Ähnliches tun heute die bürgerlichen Ideologen im Hinblick auf das Wirken Connollys selbst. Die politischen Hintergründe dürften klar sein.

Die Nachfolgerin von Connollys revolutionärer Lehre ist die Kommunistische Partei Irlands. Sie setzt sich das Ziel, alle Fortschrittskräfte im Kampf für Demokratie, nationalen und sozialen Fortschritt zusammenzuschließen. Die Fälschung der sozialpolitischen Ansichten des Führers des irischen Proletariats ergibt sich aus dem Wunsch der Reaktion, die ideologische Position der KPI zu schwächen, die sich in ihrer Tätigkeit auf die von James Connolly mitbegründeten revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung stützt.

M. MARTYENKO

WIRTSCHAFTSKONTAKTE

Nach dem Sieg der afghanischen nationaldemokratischen Revolution im April 1978 gewannen die traditionellen Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan qualitativ neuen Charakter. Sie sind durch den im Dezember 1978 in Moskau geschlossenen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit untermauert.

Der Vertrag sieht die Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit in Industrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Landwirtschaft, Erschließung von Naturreichtümern, Entwicklung der Energietechnik und auf anderen Gebieten der Wirtschaft vor.

Den gegenseitigen Verpflichtungen, die beiden Ländern aus den zwischen ihnen geschlossenen Abkommen erwachsen, wird erfolgreich nachgekommen.

In den letzten fünf Jahren stieg der sowjetisch-afghanische Handelsumfang auf mehr als das 3,5fache. Die UdSSR ist

jetzt Afghanistans größter Handelspartner. Hier die Angaben über die Entwicklung

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Gesamter Warenumsatz	190	215	324	505	656	691
Export aus der UdSSR	114	139	184	248	339	412
Import in die UdSSR	76	76	140	257	317	279

des sowjetisch-afghanischen Handels (in Mio Rubel):

Ungefähr die Hälfte des sowjetischen Exports nach Afghanistan bilden Maschinen und Ausrüstungen für Industrie und Transport: Ausrüstungen für Prospektierungsarbeiten und die Chemieindustrie, Straßenbaumaschinen, Autos, ferner Traktoren und sonstige Landmaschinen. Einen erheblichen Anteil am sowjetischen Export nach Afghanistan haben Erdölprodukte, Walzgut und Chemikalien. Die UdSSR liefert der DRA ferner einige Nahrungsmittel und Konsumwaren (Wei-

zen, Zucker, Fette, Textilien, Schuhe und Haushalts- und Kulturwaren).

Aus dem sowjetischen Import deckt Afghanistan völlig seinen Bedarf an Ölprodukten. Was sie für die DRA bedeuten, erhellt aus der Tatsache, daß sie keine Eisenbahnen hat und auf den Autoverkehr angewiesen ist. Dort wurde

ein staatlicher Autotransportbetrieb gegründet, dessen Park sich hauptsächlich aus sowjetischen Wagen zusammensetzt.

Afghanistan exportiert in die UdSSR immer mehr Naturgas und Karbamid, ferner Baumwolle, Wolle, Häute, Zitrusfrüchte, konservierte Oliven, Nüsse, Rosinen. Die Einfuhr von Dörrobst wurde erweitert, und Afghanistan hat jetzt trotz der ihm vom Westen bereiteten Hindernisse keine Sorgen mit seinem Absatz.

Der Handel zwischen unseren beiden Ländern erfolgt gemäß 5jährigen Abkommen und ist deshalb planmäßig und

NAHER OSTEN

GERAUBTE HEIMAT

Erneut hat sich die Lage in den von Israel okkupierten Gebieten, insbesondere in Cisjordanien, zugespitzt. Der jüngste Aufschwung der Protestbewegung begann am "Tag des Bodens", den die Palästinenser am 30. März begehen. Sie gedenken an diesem Tag der Patrioten, die im Frühjahr 1976 bei den Massenaktionen gegen die israelische Okkupation Cisjordaniens und des Ghaza-Streifens gefallen waren. Heutzutage ist das Bodenproblem für die arabische Bevölkerung besonders akut, denn Tel Aviv hat sich das Ziel gesetzt, die besetzten Territorien durch die Israelis massiv zu besiedeln.

Dazu benutzen die Aggressoren verschiedene Methoden. Die frechste ist die unverhohlene Annexion, wie es im Juli 1980 mit dem östlichen Teil Jerusalems der Fall war. Eine andere impliziert die Konfiszierung des arabischen Bodens unter dem Vorwand, es geschehe aus militärischen bzw. Sicherheitsgründen. Es gibt ferner einen weniger bekannten Trick: Arabische Gebiete werden

aufgrund eines Gesetzes — des Osmanischen Reiches (!) annektiert, das dem Sultan das Recht einräumte, sich das "Brachland" anzueignen. Nun wird das Gesetz auf folgende Art mißbraucht: Der Grund und Boden wird zum Staatseigentum erklärt, wenn der Bauer innerhalb von 21 Tagen sein Recht darauf nicht beweisen kann. Dabei geht man davon aus, daß viele Familien ihre Urkunden für Bodennutzung nicht aufgehoben haben, da sie ihre Parzellen von Generation zu Generation vererbten.

Der bevorstehende Bau eines Kanals zwischen dem Toten und dem Mittelmeer bedeutet für die Araber einen weiteren Bodenverlust. Der 120 km lange Kanal mit geplanten Wasserkraftanlagen soll den okkupierten Ghaza-Streifen und Cisjordanien durchqueren. Dadurch wird Israel den Palästinensern weitere bedeutende Ländereien wegnehmen.

Nicht minder wirksame und noch brutālere Methoden werden angewandt, um die Araber zu verdrängen. Erstens wer-

den okkupierte Gebiete allmählich zu Anhängseln der israelischen Wirtschaft. Die Zahl der Betriebe in Cisjordanien und im Ghaza-Streifen ging zurück. Die traditionelle landwirtschaftliche Struktur ist zerstört. Die Besitzer verweigern den arabischen Munizipalitäten das Recht auf Entwicklung der Kommunalwirtschaft. Die Städte und Dörfer hängen voll und ganz von der Wasser- und Energieversorgung ab, die die Israelis kontrollieren. Das Steuer- und Preissystem der Okkupanten ruiniert arabische Produzenten; in Cisjordanien und im Ghaza-Streifen steigt die Arbeitslosenzahl. An die 80 000 palästinensische Arbeiter werden in Israel als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Zweitens gehören Verhaftungen, Haussuchungen, Zerstörung von Häusern, Deportation, Sperrstunde, Schließung von Lehranstalten, Gewaltanwendung bei der Sprengung von Manifestationen zum Alltag der Besatzerwillkür. Die Okkupanten tun alles, um die Bevölkerung einzuschüchtern, zu verunsichern und dadurch viele Araber zum "freiwilligen" Auszug aus der Heimat zu zwingen. Es sind Fälle bekannt, da die Besatzer "unruhige" arabische Siedlungen blockierten und die Zufuhr von Nahrungsmitteln sowie Medikamenten

stabil. Das Handelsabkommen für 1981–1985 sieht eine Erhöhung des Warenumsatzes ungefähr auf das 3fache gegenüber dem vorausgegangenen Planjahr fünf vor.

Im Rahmen unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollen in der DRA etwa 170 Industrie- und andere volkswirtschaftliche Objekte gebaut werden. Davon sind 80 schon in Betrieb, z. B. das Wasserkraftwerk Naghlu (Leistung: 100 000 kW), die Stickstoffdüngerefabrik in Masari-Scherif (über 100 000 t Karbamid im Jahr), die Autoreparaturwerke, das Wohnungsbaukombinat und die Großmühle in Kabul, die Gasfelder bei Shibarghan, die Gaspipeline von dort bis zur sowjetischen Grenze, das Irrigationssystem bei Dschelalabad, mehrere staatliche Farmen, ein Erdölbehälter in der Hafenstadt Khairaton am Amudarja, die Nachrichtensatellitenstation "Lotus" und Chausseen.

Das gut ausgerüstete Wohnungsbaukombinat ist die sichere Basis für das Zivil- und Wohnungsbauwesen in der Hauptstadt. Nach Abschluß der gegenwärtig eingeleiteten Rekonstruktion des Kombinats wird seine Leistung steigen, es werden neue Häusertypen mit

zweckmäßigerer Wohnungsaufteilung gebaut werden.

Im Mai 1982 wurde eine Autobahnbrücke über den Grenzstrom Amudarja eröffnet. Sie verbindet das sowjetische Ufer mit Khairaton am afghanischen Ufer. Babrak Karmal nannte sie ein Symbol der sowjetisch-afghanischen Freundschaft und Brüderlichkeit.

Eine große Arbeit leisten sowjetische Geologen in Afghanistan. Mit ihrer Hilfe wurden im Norden des Landes Vorräte an Naturgas, Erdöl, Eisenerz, Kupfer, Polymetallen und anderen Bodenschätzen entdeckt. Im Ergebnis bestehen bereits die Gasfelder sowie eine Fabrik zur Düngerproduktion. Diese Betriebe decken den Inlandsbedarf und können sogar einen Teil ihrer Erzeugnisse für den Export abführen.

Obwohl die Feinde der afghanischen Revolution die Lage in Afghanistan sehr erschweren, geht die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der UdSSR weiter. Mit sowjetischer Hilfe entstehen in Kabul, Khairaton, an der Straße zwischen diesen beiden Städten, in Puli-Khumri und Masari-Scherif Stationen zur technischen Wartung von KAMAS-Autos und Tankwagen, in Masari-Scherif

werden ein Großsilo, eine Mühle und eine Brotfabrik, in der Provinz Logar ein Erdölbehälter, in Kabul ein Krankenhaus gebaut.

Große Bedeutung kommt der Berufsausbildung afghanischer Fachkräfte zu. In 20 Jahren wurden über 70 000 qualifizierte Arbeiter ausgebildet. Als Gabe des Sowjetvolkes wurden eine Polytechnische Hoch- und eine Automechanische Fachschule in Kabul, ferner eine Fachschule für Bergbau und Erdölindustrie in Masari-Scherif gebaut. Dort unterrichten Sowjetbürger. Insgesamt haben dort schon über 2700 junge Afghanen gelernt bzw. studiert. In der UdSSR studieren und lernen andere DRA-Bürger, werden afghanische Fachleute weiterqualifiziert.

Die UdSSR und die DRA pflegen auchenge Kontakte in Kultur, Wissenschaft, Volksbildung, Gesundheitsschutz und Sport.

Kurz, die UdSSR erweist Afghanistan allseitige wirksame Hilfe bei der Entwicklung seiner nationalen Wirtschaft und Kultur, im Kampf gegen die imperialistische Einmischung in seine Angelegenheiten.

G. WEKSCHIN

abschnitten. Sie machen auch vor unverhohlenen Banditenakten nicht halt. Ende März, Anfang April erlitt z. B. die arabische Bevölkerung von Jenin und Nablus eine Massenvergiftung mit Nervengas. Etwa 1400 Giftopfer wurden in



Die Schülerinnen von Jenin wurden Opfer einer Massenvergiftung mit Nervengas
Foto: AP-TASS

Krankenhäuser eingeliefert. Sieben davon, darunter auch Kinder, kamen ums Leben. In mehreren Städten Cisjordanien kam es zu Protestdemonstrationen gegen diese Greueltat der Okkupanten.

In den besetzten Gebieten sucht man ein gewisses "politisches Vakuum" zu schaffen: politische und Massenorganisationen sind verboten, die in Ostjerusalem erscheinenden arabischen Zeitungen unterliegen einer scharfen Zensur, jede Sympathie mit der PLO wird streng bestraft. Wegen ebendieser Sympathieerklärung wurden neun palästinensische Bürgermeister ihrer Ämter enthoben und viele Munizipalitäten aufgelöst.

Trotzdem nimmt der Einfluß der PLO unter der Bevölkerung unaufhaltsam zu. Sie betrachtet die PLO als ihre einzige legitime Vertreterin.

Die israelischen Behörden versuchen, in Cisjordanien und im Ghaza-Streifen ein künstliches Gegengewicht gegen die PLO zu schaffen. Ein Versuch besteht darin, sogenannte Dorflichtgas ins Leben zu rufen. Deren Mitglieder bekommen Waffen, und die "Ligas" dürfen über den Bau von Häusern entscheiden. Nichtsdestoweniger sind sie äußerst unbeliebt. Seit 1981 wurden kaum zwei Dutzend dieser Organisationen gebildet.

Die Eroberer eröffneten eine breitangelegte Offensive gegen die palästinensische Kultur, zerstören und plündern arabische Kulturdenkmäler aus.

Seit 1974 mußten Cisjordanien 100 000 Araber verlassen. Nach Angaben Jordaniens haben sich die Israelis bislang ca. 44% des Territoriums westlich des Jordan angeeignet. Die zionistischen Führer verhehlen nicht, daß ihre schleichende Annexion auf eine unumkehrbare Okkupation der palästinensischen Gebiete zielt. Anfang 1983 gab es 130 Wehrdörfer, darunter 103 in Cisjordanien. In der nächsten Zukunft sollen hier weitere 35 Siedlungen für 70 000 Einwohner entstehen. Es ist so weit gekommen, daß Tel Aviv seinen acht gesetzwidrig errichteten Siedlungen am 21. März das Stadtrecht verliehen hat. Ex-Verteidigungsminister Sharon hat diese Wehrdörfer die vorderste Verteidigungslinie Israels genannt, wobei er erklärte, sie hätten die Rechte der Eroberer viel mehr als alle Dokumente oder signierte Verträge garantiert. In Cisjordanien leben heute 25 000 Israelis. Die Regierung Begin aber, so die "New York Times", wolle ihre Zahl dort möglichst bald auf 100 000 erhöhen. Nach Begin wäre das eine "kritische Masse", d. h. eine so große Zahl, daß keine der zukünftigen israelischen Regierungen einem Abzug aus diesem Territorium zustimmen dürfte. Deutlicher läßt es sich nicht sagen!

W. KOPIN

„SUPERFUSS“, „MONSTRUM“ UND PINOCHET

Karate als Business und Politshow

Gegen Ende der zweiten Runde sprang Karatekämpfer Lenny Ferguson hoch und trat mit dem rechten Fuß gegen die Nasenwurzel des Gegners. Jener begann zu schwanken, und nach dem nächsten Schlag, dem "Mawashi-Geri", fiel er wie ein Sack zu Boden. Der triumphierende Ferguson ergriff den Schiedsrichter am Bein, warf ihn um und führte einen Freudentanz im Ring auf. Nachdem der Ringrichter wieder hochgekommen war, mußte er einen Knockoutsieg Fergusons ansagen...

"Unmöglich!" werden da wohl die Kenner dieses Kampfsports sagen: Die Karatekämpfer dürfen bei den Kämpfen einander keine Schläge beibringen, erlaubt ist nur deren Nachahmung. Doch die Bosse des US-Sportbusiness meinten, solche Einschränkungen würden das Publikum daran hindern, das Spektakel voll zu "genießen". Plakate verkünden: "Karate — voller Kontakt bis zum Knockout!"

Wie bestellt

Das professionelle Kontaktkarate macht in den USA einen wahren Boom durch. "Anders als bei der rituellen Kunst des traditionellen Karate ist das Kontaktkarate eine abstoßende Mischung von Boxen, Ringen, Fußboxen und Judo", schreibt das Nachrichtenmagazin "Newsweek". "Bei diesem Sport kann man durch Arm- und Beinschläge den anderen leicht zum Krüppel machen. Die Manager brauchen das, damit der Geldzufluß nicht verebbt und die Sportler trotz allem am Leben bleiben." Hierfür kennen die Regeln einige Einschränkungen. Verboten sind Schläge mit Knie und Ellenbogen sowie Tiefschläge (doch Beinhaken, die von den verbotenen Fußtritten schwer zu unterscheiden sind, werden gestattet). Der Kampf ist auf neun Runden zu je zwei Minuten beschränkt. Zudem müssen die Kämpfer Handschuhe, weichgefüllte Sportschuhe und bisweilen auch Ellenbogenschützer tragen. Das reiche, Todesstoße zu verhüten, meinen die Manager. Das andere sei Unsinn.

Trotz der Einschränkungen zeichnet sich diese Art des Profisports durch besondere Brutalität aus. Selbst früher, als das Profikarate Körperkontakt untersagte,

zogen sich die Kämpfer nicht wenige Verletzungen zu. Die Schiedsrichter ignorierten — nicht ohne daß es von den Bossen und Managern dieser Art des Showbusiness suggeriert wurde — Regelverletzungen (die Schläge dürfen den Körper des Angegriffenen nicht treffen). Die Karatekämpfer selbst, getrieben nicht gerade von sportlichen Interessen, überschritten oft die Grenze des Erlaubten. So sagte TV-Kommentator Joe Corley, bei einem Turnier im "kontaktfreien" Karate habe er an die 30 Knockouts gesehen. Und Bill Wallace, genannt der "Superfuß", bekam damals einen solchen Schlag in die Leiste, daß er sich einer Operation unterziehen mußte.

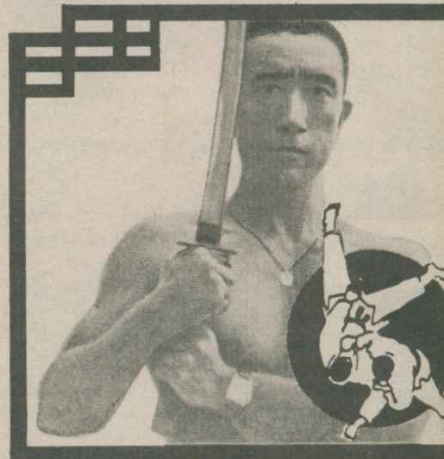
Und doch meinten die Bosse des Profikarate, in seiner kontaktfreien Form sei es nicht interessant genug, ja langweilig — angeblich gibt es wenig Blut und Knockouts, und gerade das "will das Publikum". Im Interesse der Geschäftemacher tauchte dann das Kontaktkarate auf. Zwar erlaubten anfangs die Behörden nur eines US-Bundesstaates, Kaliforniens, die Durchführung solcher Veranstaltungen. (Damals war Ronald Reagan dort Gouverneur.) Die "High-Society" konnte sich so an den Kämpfen moderner Gladiatoren delectieren.

Natürlich bringt nicht jeder Teilnehmer einer solchen Show Maximalprofite. Dazu muß man schon zur "Elite" der Brutalsten und Stärksten gehören. Wie z. B. Bill Wallace (er erhält 5000 Dollar und mehr für einen Kampf). Er gilt fast automatisch als Sieger: Immerhin ist er der ehemalige Karatelehrer von Elvis Presley! Zu Recht trägt er auch seinen Spitznamen "Superfuß": Er tritt nur mit dem linken Fuß, das aber höchst perfekt. Obgleich seine Gegner das wissen und damit rechnen, haben sie bislang keine Antwort darauf parat. Die Sportkommentatoren scherzen: Wenn man Wallace erlauben würde, einen Kugelschreiber zwischen den Zehen des linken Fußes zu halten, könnte er die Gesichter aller Rivalen mit diversen Autogrammen versehen.

Einstweilen macht es Wallace ohne Kuli und hinterläßt als "Autogramm" auf den Gesichtern seiner Gegner sichtbarere Spuren — riesige Schrammen. So "durchfurchte" er in einem Kampf um den

Championtitel gegen Jem Echollas in der zweiten Runde buchstäblich das Gesicht des Rivalen von der rechten Kinnlade bis zur linken Augenbraue. Echollas erlebte einen totalen Knockout mit zertrümmerter Nasenwurzel und zwei Rißwunden.

Wohl am schwersten war für Wallace der Kampf mit William Rodriguez, als er zum siebten Mal den Titel eines US-Champions im Mittelgewicht im Profikontaktkarate verteidigte. Rodriguez — Mitglied des Familiencans der Urquidez, dem Benny, Träger des schwarzen Gürtels, angehört — ist für seine hohe Qualifikation in Karate, Judo und anderen Arten des japanischen Kampfes bekannt. Arnold Urquidez, der Älteste dieses Clans, ihr Manager und Trainer, hatte Rodriguez beigebracht, die Beinhaken so auszuführen, daß sie eher an Schläge mit einem Holzstock gegen die Beine des Gegners erinnerten. Die Befürchtungen von Wallaces Anhängern trafen ein, sobald er den Kampf mit Rodriguez aufgenommen hatte. Letzterer begann schon von den ersten Sekunden an, Wallaces linkes Bein, sein Stoßbein, wie einen Fußball zu behandeln. Diese verbotenen Stöße hatten wenig gemein mit



Beinhaken, der Schiedsrichter verwarnete Rodriguez wiederholt, und schließlich wurde Wallace der Sieg zuerkannt.

Nach dem Kampf wurde unter Experten und Zuschauern viel über die unzureichenden Regeln in dieser Profisportart gesprochen. Kritisiert wurden auch die Schiedsrichter, die allzu großzügig zu Karatekämpfern beim Einsatz verbotener Mittel sind. Zudem wird die Regel fast vollständig mißachtet, den Kampf dann für beendet zu erklären, wenn der Richter sieht, daß einer der Kämpfer physisch nicht mehr in der Lage ist, den Kampf fortzusetzen.

Das stört jene wenig, die Sport zum Showbusiness gemacht haben, insbesondere die Bosse der Vereinigung für Profikarate. Sie wurde von einem Ehepaar gegründet — von Judy und Don Quine,

den Verfassern der Regeln für Kontaktkarate. Früher spielten sich diese Typen als Impresarios, Manager und Producer des Theatergeschäfts, von Film und Fernsehen auf.

Entsetzt wird konstatiert, was die amerikanisierte Variante des Karate mit sich bringt. Die Öffentlichkeit in den Ländern, wo diese Sportart propagiert wird, ist besorgt darüber, daß dieses brutale Schauspiel einem immer breiteren Publikum zugänglich wird.

"Es interessiert mich nicht, was die Gesellschaft darüber denkt. Die Menschen wollen sehen, wie zwei junge Männer

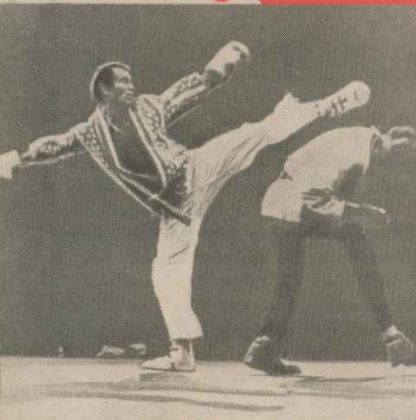
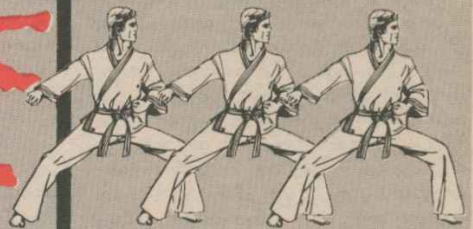
z. B. gewann den Titel eines Champions im Schwergewicht, indem er den Gegner durch einen fürchterlichen Fußtritt gegen das Kinn in einen tiefen Knockout schickte. "Das Publikum will, daß ich meinem Gegner die Rübe abschlage", meint dieser, das "Monster" genannte Sportler. "Nun schön, wenn sie das wollen, sollen sie es bekommen."

Der "schwarze Gürtel" für den Henker

Der Saal in Tokio für die nationalen Sportarten ist geräumig und sauber. Seine

Karate ist jung gegenüber den anderen Arten des nationalen Kampfsports, doch hat es viel in sich aufgenommen. Vor allem gilt das für den rituellen Teil und den mystischen Gehalt im Geiste der Samuraitraditionen und -auffassungen. Karate ist nicht einfach ein Kampf, sondern ein Komplex zielgerichteter ethischer, psychologischer und sozialer Regeln. Sie passen gut in den von den Rechtsideologen abgesteckten Rahmen für die Erziehung der japanischen Jugend in nationalistischen und chauvinistischen Traditionen. Der Philosophie der heutigen Karatekämpfer liegen die "moralischen Werte" der alten Kaiserarmee mit deren Ungerechtigkeit, Brutalität und Despotismus der Älteren gegenüber den Jüngeren zugrunde. Im Grunde bedeutet Karate die Erziehung zu geistiger Unbesonnenheit und Brutalität, zu blinder Ergebnisorientierung gegenüber den Älteren und Stärkeren. Solchen Leuten kann man alles anvertrauen.

... Vor einigen Jahren wurde beim Training im Klub der japanischen Universität Takushoku ein Student des 1. Semesters, Anze, ermordet. Von Kindheit an hatte er



Collage: A. Garanin

kühle Luft wird immer wieder von Wut- und Siegesgeschreien erschüttert. Der sauber polierte Boden spiegelt eine Vielzahl von Figuren in weißen Gis wider — in orientalischer Karatekleidung. An der Wand hängt eine übergroße japanische Flagge, jeder Besucher kniet nieder und verbeugt sich geflissentlich, indem er mit der Stirn den Boden berührt.

Vor Beginn des Trainings setzen sich die Karatekämpfer in Reihen auf den Boden, und nach einigen Minuten Konzentration beginnen sie, auf ein jähes Kommando Dutzende tiefer Verbeugungen zu machen. Dann erheben sich die älteren Sportler und treten zur Seite, während die jüngeren weiter unermüdlich ihre Verneigungen machen...

sich für Sport begeistert, und gleich nach der Immatrikulation trat er dem Karateklub bei. Erst später erfuhr er, daß die Sportvereinigung wie viele Karateklubs Japans mit ultrarechten, profaschistischen Organisationen eng liiert ist. Anze wollte gehen. Nichts Böses ahnend, kam er zu seinem letzten Training. "Verräter! Du hast unseren Klub mit Schmach bedeckt!" schrien die Karatekämpfer, kreisten ihn ein und begannen, ihm in einem fürchterlichen Ritual der Reihe nach die schmerzhaftesten Methoden zu demonstrieren. Einige Minuten später war Anze tot... "Bedauerlicherweise ist der Vorfall an der Takushoku-Universität bei weitem nicht der einzige", erklärte der bekannte japanische Sportkommentator, das Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees Japans, Nobumasa Kawamoto. "Wie einige andere Sportarten wird Karate von den reaktionären Kräften Japans intensiv genutzt, um die Jugend im Geiste des Nationalismus und Militarismus zu erziehen."

Vielleicht wird deshalb die Beliebtheit von Karate in Japan durch die offizielle

einander halbtot prügeln", erklärte Mike Anderson, einer der Manager, ohne Umschweife. Er profitiert nicht schlecht vom "Geschmack" eines Teils des amerikanischen Publikums: Jeder Kontaktkarate-Kampf wird durchschnittlich von 10 000 Menschen besucht, und die Eintrittspreise erreichen 50 Dollar!

Die Karatekämpfer aber legen sich unterdes tüchtig ins Zeug. Evert Eddy

Propaganda gepflegt. Und natürlich sammelte nicht von ungefähr die japanische Militärclique, die im letzten Krieg vernichtet geschlagen wurde, insgeheim ihre Kräfte unter dem Deckmantel der Sportklubs... Und jetzt, da im Lande die militaristischen Stimmungen angeheizt werden, spielen dabei die Vereinigungen, in denen die nationalen Sportarten gepflegt werden, eine nicht geringe Rolle.

Das geistige Erbe der Samurai, deren Ethik und Traditionen sind sehr zählebzig und werden bewußt im Sport, in Kunst, Kultur, Bildung, Erziehung und anderen Bereichen des sozialen Lebens des modernen Japan bewahrt. Manche Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der rechten und nationalistischen Richtung sind auch heute geneigt, darin "nationale Moral" und die "traditionelle Geistesverfassung" zu sehen, "auf die Japan stolz sein muß". "Ebenso wie wir das Licht jetzt erloschener Sterne wahrnehmen, stellt auch das Licht des Ritters zum Lebensweg dar, der zu allem Besten in der japanischen Nation führt", schrieb der Historiker Nitobe Inazo.

Karate und die anderen Arten des nationalen Kampfsports mit ihrer Mentalität, die eng mit dem Nationalismus und religiös-mystischen Auffassungen verbunden ist, gehören zum Lehrplan der Schulen und Hochschulen. Lehrer, Erzieher und Trainer suggerieren den Schülern nicht selten offen ihre chauvinistischen Anschauungen. Damit setzen sie die Traditionen der japanischen Vorkriegsschule fort. In jenen Jahren sollten Gymnastik und Leibeserziehung Körper und Seele festigen, sollten Krieger nach den Samurai-Vorbildern erziehen.

Die Erziehung im nationalistischen, chauvinistischen Geist erfolgt oft im verborgenen. Nicht selten hat sie die harmlose Form von Sportunterricht für Kinder und Jugendliche. Ich konnte Fechtunterricht von Kindern an hölzernen Schwertern (Kendo) beobachten. Unter den "Sportlern" waren 3- bis 4-jährige Knirpse. Das Training wurde auf einem Meeresstrand, weitab vom Lärm der Stadt, abgehalten. Das soll die Konzentration und die Herausbildung der Selbstdisziplin von Kindheit an fördern. Zu Beginn begrüßten die Kinder ehrfurchtsvoll die Lehrer. Dann tönten sie im Chor: "Wir lieben unser Land. Wir achten unsere Eltern. Wir achten unsere traditionellen Zeremonien. Wir achten unsere Bildung. Wir werden unsere Pflicht erfüllen. Wir achten unsere Freunde. Wir versprechen, in uns einen gesunden Geist zu stärken und den Körper zu vervollkommen."

Auf den ersten Blick wird den Kindern Liebe zur Heimat, zu den Eltern und Traditionen beigebracht... Doch es ist nicht sehr erfreulich zu sehen, wie die

gleichen Kinder in der traditionellen Uniform und mit den Helmen der Kendoisten grimmig aussehend Schläge mit einem Stockschwert üben und sich dann wütend, schreiend und kreischend prüfen.

Kein Wunder, daß die Karate- und Kendo-Anhänger gern zur Polizei, zu den "Selbstverteidigungskräften", zur Gendarmerie gehen und daß viele von ihnen zu nationalistischen und rechten politischen Gruppierungen neigen. Ihrerseits propagieren diese Organisationen über die Sportklubs und -sektionen ihre Ideen und werben neue Mitglieder.

Das Idol der Rechten, der Schriftsteller Yukio Mishima, Begründer und Anführer der faschistoiden Organisation "Gesellschaft des Schildes", übte sich von Kindheit an in den nationalen Kampfsarten und im Schwertfechten. 1970 sprach er vor Einheiten der "Selbstverteidigungskräfte" im Tokioter Stadtteil Ichigaya, wobei er sie zur Rebellion aufrief, um Japan "dessen einstige Reinheit und Größe" zurückzugeben. Als Mishimas Versuch scheiterte, beging er öffentlich Harakiri, um die "Reinheit seiner Absichten" zu beweisen und bei den Japanern das Bild des "wahren Japaners und Patrioten" wiederzubeleben. Nach ihm begingen weitere 11 Personen in Japan Selbstmord, nachdem sie in Abschiedsbriefen ihre Zustimmung zu Mishimas Ansichten bekundet hatten.

Es gibt noch eine weitere dubiose Gestalt, die zur Welt der traditionellen Kämpfer gehört. Das ist Sasakawa. Er erklärt, über eine "Privatarmee" von mehr als einer Million Karate- und Judo-kämpfern zu verfügen, die bereit seien, "freiwillig ihr Leben zu opfern", wenn er es ihnen befiehlt. Sasakawa erscheint gern vor der Presse in Samurai-Rüstung, ausgerüstet mit Schwert und Bogen. Offen nennt er sich einen Faschisten. "Ich bin der reichste Faschist der Welt", prahlte er.

Der Multimillionär stellt Gelder bereit und begünstigt rechtsgerichtete Jugend- und Sportvereinigungen. Darunter die "internationale Kempo-Karate-Vereinigung". Von der politischen Orientierung dieser Privatorganisation spricht folgendes: Die Vereinigung erkannte dem Henker des chilenischen Volkes, Pinochet, der dem Sport recht fernsteht, das Zeichen der höchsten sportlichen Qualifikation, den "schwarzen Gürtel des neunten Dan", den noch kein Karatekämpfer je erlangt hat.

Wenn man berücksichtigt, daß diese "internationale Vereinigung" weitaus nicht die einzige Vereinigung der Karatekämpfer ist, zu der die japanischen Rechten ihre Fühler ausgestreckt haben, kann man sich die reale Bedrohung vorstellen, die diese "Sportklubs" darstellen.

A. JEWFARESTOW



In ihren Artikeln über Afrika kommt oft die Organisation ECOWAS vor. Berichten Sie bitte Näheres über sie.

A. ANTONNIK

Minsk, Beloruss. SSR

Die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) wurde im Mai 1975 in der Hauptstadt Nigerias, Lagos, gegründet. Der Gründungsvertrag sieht die Zusammenarbeit der ECOWAS-Teilnehmerstaaten in Industrie, Energie- und Landwirtschaft, Verkehrs- und Fernmeldewesen, Handel und Finanzen vor.

Der ECOWAS gehören 16 Staaten an: Benin, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Republik der Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo und Obervolta. Diese Staaten unterscheiden sich durch ihre sozialpolitische Orientierung. Sie vereint aber das Streben, die finanzielle und ökonomische Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten zu beseitigen, die ihnen vom Kolonialismus hinterlassene wirtschaftliche Rückständigkeit zu überwinden.

Das höchste ECOWAS-Gremium ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten. Die jüngste Konferenz fand in Cotonou (Benin) im Mai 1982 statt. Sie beriet, wie die negativen Auswirkungen der Energiekrise in der kapitalistischen Welt auf die Wirtschaft der westafrikanischen Staaten gemildert werden können. Es wurde ein neues Energieprogramm verabschiedet und ein Fonds zur Erschließung der Energieresourcen der ECOWAS gegründet. Einstimmig billigten die Konferenzteilnehmer in Cotonou die regionale Strategie der landwirtschaftlichen Entwicklung, deren Hauptziel es ist, bis zum Jahr 2000 die Selbstversorgung mit den Nahrungsmitteln zu sichern.

Die Sitzungen des Ministerrates der Gemeinschaft werden regelmäßig abgehalten. Der Sitz des ECOWAS-Sekretariats befindet sich in Lagos.

Verbal sind Sie für Entspannung und Völkerverständigung, tatsächlich aber entfachen Sie, wo Sie nur können, den Antiamerikanismus und wollen u. a. einen Keil zwischen die USA und Westeuropa treiben sowie die Europäer von ihrem natürlichen und zuverlässigsten Verbündeten isolieren.

Wolfgang BAUER
Dortmund, BRD



Es diskutiert der
Verantwortliche
Redakteur der
deutschen
NZ-Ausgabe
Roman
KRESTJANINOW

Sie bezweifeln unsere Aufrichtigkeit beim Entspannungskurs, Herr Bauer, und glauben, die UdSSR greife beinahe schon zu dem alten imperialistischen Prinzip des "Teile und herrsche", entfache um eigensüchtiger Ziele willen künstlich den Zwiespalt zwischen den Völkern.

Ich möchte zunächst klarstellen: Der Kurs auf Entspannung und Verständigung ist nicht konjunkturellen Ursprungs, sondern das langfristige außenpolitische Programm der UdSSR, das von den Parteitagern der bei uns regierenden Kommunistischen Partei bestimmt und vom ganzen sowjetischen Volk gebilligt wurde. Dieses Programm setzen wir konsequent in die Tat um. Besondere Bedeutung mißt die UdSSR der Entspannung in Europa bei. Dank den beharrlichen Bemühungen des Sowjetstaates und der anderen sozialistischen Länder kam es zu dem Erfolg der Helsinki-Konferenz.

Die UdSSR bekundete seinerzeit ihren guten Willen und ihren Wunsch, das Einverständnis zwischen allen Teilnehmerstaaten der KSZE zu sichern und die multilaterale Zusammenarbeit anzubahnen, als sie sich der Ansicht der westeuropäischen Länder anschloß, an der Konferenz sollten sich auch die beiden nichteuropäischen Staaten USA und Kanada beteiligen. Die UdSSR setzt sich auch jetzt aktiv für eine Vertiefung des mit Helsinki eingeleiteten Prozesses ein.

Trotz der verschlechterten Weltlage können wir heute befriedigt feststellen, daß die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den westeuropäischen Ländern weitergeht. Es ist ganz offensichtlich, daß das alles anders wäre, wenn die

UdSSR Hintergedanken gegenüber ihren Partnern hätte. Ohne gegenseitiges Vertrauen ist Entspannung schließlich undenkbar.

Die UdSSR will die USA nicht aus dem europäischen Entspannungsprozeß ausklammern, denn das widerspräche den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und dem sowjetischen Friedensprogramm. Unser Land ist für den Ausbau aller Formen der Zusammenarbeit mit den USA, sowohl gemeinsam mit den westeuropäischen Staaten als auch auf bilateraler Basis. Wenn diese Zusammenarbeit in letzter Zeit auf ein Minimum reduziert wurde, so ist das keineswegs die Schuld der UdSSR.

Im Bewußtsein der hohen Verantwortung beider Mächte für die Geschehnisse der Welt messen wir unseren Beziehungen zu den USA besondere Bedeutung bei. Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß wir uns der Kritik an der Haltung und dem Vorgehen der USA enthalten, wenn dieses Vorgehen dem Frieden und der Sicherheit schadet.

Die amerikanischen Stationierungspläne für neue Raketen in Europa, Washingtons Versuche, die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen zu blockieren, bilden unserer Ansicht nach eine Gefahr für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt. Sie verletzen die zwischen der UdSSR und den USA, der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten entstandene militär-strategische Parität.

Das Pentagon vertritt den Standpunkt, die Stationierung neuer Raketen in Europa könne die Überlebenschancen der USA im Konfliktfall erhöhen. Faktisch setzen die USA damit ihre NATO-Verbündeten dem Gegenschlag aus und machen sie zu Geiseln ihrer Nuklearstrategie. Dieser Gegenschlag kann, wie UdSSR-Verteidigungsminister Ustinow dieser Tage äußerte, für die meisten Länder Westeuropas, in denen US-Kernwaffen disloziert werden, auch der letzte sein. Die Vergeltung wird unabwendbar auch die USA selbst treffen.

Die UdSSR ihrerseits plant nicht, Westeuropa anzugreifen oder es mit einem Raketenanschlag zu erpressen. Um jeden Zweifel in dieser Hinsicht auszusräumen, haben wir vorgeschlagen, die Anzahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die der analogen Raketen unter Verfügungsgewalt Großbritanniens und

Frankreichs, die Objekte in der UdSSR treffen können, herabzusetzen. Bedauerlicherweise wurde unser Vorschlag nicht angenommen.

Angesichts dessen halten wir uns für berechtigt, die Aktivitäten der US-Administration zu kritisieren und alle Westeuropäer auf den für Europa feindseligen Charakter der Politik Washingtons hinzuweisen.

Vielleicht sehen Sie in dieser Kritik den Versuch, einen Keil zwischen die USA und Westeuropa zu treiben und sie auseinanderzubringen. Uns dagegen bedeutet das den Kampf für den Frieden in Europa.

Nein, Sie suchen die Gefahr für Europa am falschen Fleck, Herr Bauer. Die US-Administration ist es doch, die nicht verbirgt, daß sie allenfalls bereit ist, einen auf Europa begrenzten Kernkrieg zu riskieren. Ist diese Betrachtungsweise Europas als eventueller Kriegsschauplatz nicht der Beweis für die offene Mißachtung europäischer Interessen, die natürlich Massenproteste in den Ländern dieses Kontinents auslöst?

Washingtons Drängen nach militärischer Überlegenheit über die sozialistischen Länder und sein Hochrüstungskurs werden selbst von konservativen Kräften in Westeuropa keineswegs vollauf geteilt, die zugeben, daß es keine vernünftige Alternative zur Entspannung gibt. Washington aber geht hier mit Brachialgewalt vor und nimmt auch in anderen Bereichen keine Rücksicht auf seine westeuropäischen Verbündeten. Jeder weiß, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Westeuropa gespannt sind und immer häufiger als "Handelskrieg" gekennzeichnet werden. Die USA wollen ihre Konkurrenten auszehren, die westeuropäischen Länder auf den Absatzmärkten behindern und daher mit ihrem militaristischen Kurs die Partner stärker an die eigene Politik binden, um ihnen auch in wirtschaftlichen Fragen ihren Willen zu diktieren.

Denken Sie nur an die negativen Folgen der US-Hochzinspolitik für die westeuropäische Wirtschaft, an die Reaktion von Geschäftsleuten Westeuropas auf Washingtons Versuche, sie zum Abbruch vorteilhafter Kontakte mit den sozialistischen Ländern zu zwingen. Das alles trifft die Interessen des westeuropäischen Kapitals ebenso schmerzhaft wie die der Werktätigen.

Die rücksichtslose und egoistische Politik der US-Administration in Westeuropa, nicht aber der erdachte "Arm Moskaus" ist meiner Ansicht nach die Hauptursache für die aufkeimende Entfremdung zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten.

Wenn die CIA zählt

30 westeuropäische und kanadische Journalisten reisten dem Magazin "Stern" zufolge zwei Wochen durch die USA auf Kosten der "Young America's Foundation". Mitarbeiter von US-Konsulaten, die ihnen die Einladungen dafür überreichten, versprochen, Begegnungen mit namhaften Politikern und Wissenschaftlern zu organisieren. Als Ziel wurde dabei die "Verbreitung des Verständnisses der Vereinigten Staaten" bezeichnet. Die Begegnungen fanden tatsächlich statt. Bei ihnen suggerierte der rechtsextreme Senator Jesse Helms, das Wirken von Liberalen und Sozialisten in der Welt sei "unheilvoll", und Theologieprofessor Thomas Molnar erläuterte, weshalb der Krieg mit Moskau "unausweichlich" sei... Die Gäste, schreibt das Blatt, waren von solchen Begegnungen und Gesprächen entsetzt, bezeichneten sie als "üble Polemik und Hetze". All das verstanden sie erst, als sie erfuhren, daß die Stiftung, die sie eingeladen hatte, eng mit der CIA liiert ist.

Keine Minute mehr



In der schwedischen Stadt Astorp bemerkte DPA zufolge ein Polizist, daß in ein Elektrowarengeschäft ein Dieb eingedrungen war und

zwei Videorecorder geklaut hatte. Der Ordnungshüter lief dem Langfinger nach, doch in diesem Augenblick schlug die Kirchuhr Mitternacht. Der Polizist stellte die Verfolgung des Diebes ein — weil seine Schicht um 24 Uhr zu Ende ging und die Polizistengewerkschaft Überstunden strikt verboten hat.

Bittere Früchte



Das US-Bildungsministerium teilte mit, daß 56% der erwachsenen spanischsprechenden Amerikaner, 47% der Schwarzen und 17% der Weißen im Grunde Analphabeten sind. Senator Daniel Inouye rief daraufhin aus: "Wie können diese Amerikaner die Früchte unserer Demokratie richtig genießen, wenn sie nur mühsam ein Einstellungsformular ausfüllen können?" Der Senator hat recht: Natürlich können sie das nicht. Doch das traurige Paradox besteht ja gerade darin, daß das Massen-analphabetentum in diesem zivilisierten Land eine Frucht seiner gepriesenen "Demokratie" ist.

"Läuterung" für 30 DM

In den katholischen Klöstern der BRD blüht dem Nachrichtenmagazin "Der

Spiegel" zufolge ein eigenartiges Busineß. Die Klöster laden Mitmenschen ein, bei ihnen zwei Wochen zur "Meditation" und zur "geistigen Konzentration" zu verbringen, um dann "geläutert" wieder in den Alltag zurückzukehren. Das Benediktinerkloster Maria Laach, das solchen "Kurzzeitmönchen" Vollpension, insbesondere eine eigene Zelle, gibt, nimmt dafür 30 DM täglich. Das Kloster Neresheim in Baden-Württemberg lädt besonders junge Leute zur "Läuterung" ein. In den "Meditationsstunden" dürfen sie sich "im Schweigen üben". Hierbei müssen die Jugendlichen 4 Stunden täglich im Klostergarten und in der Küche arbeiten. Das Kloster Beuron aber verlangt keine Mitarbeit. Offenbar deshalb, weil es Politiker einlädt.

All zu teuer

Die Stadtverwaltung von Den Haag leidet unter so akutem Geldmangel, daß beschlossen wurde, alle 79 in der Stadt aufgestellten Uhren zu demontieren, wie der britische "Daily Telegraph" meldete.

Scheidung auf schottisch



In Schottland wurden der portugiesischen Zeitung "Diario de Noticias" zufolge Scheidungen ... per Post üblich. Man braucht nur 40 Pfund Sterling zu zahlen und 2 Monate zu warten, um die Ehebande abzuschütteln. Bisher kostete ein Scheidungsprozeß 250 Pfund und dauerte in der Regel 9 Monate.

Jet-Art



Der bundesdeutsche Künstler Jürgen Prinz von Anhalt gilt der britischen Zeitung "Sundy Times" zufolge als Schöpfer einer neuen Malerschule, die er selbst "Jet-Art" nennt. Die Farben trägt der Künstler mittels eines ... Düsenmotors auf die Leinwand auf.

Verflixte Geographie

Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon hat dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zufolge in seinem neuen Buch "Leaders" eine geographische Entdeckung gemacht. Er teilte mit, daß sich Allahabad, wo Jawaharlal Nehru geboren wurde, im ... "heutigen Pakistan" befinde. Er wußte offenbar nicht, daß es in Wirklichkeit von der indischen Stadt Allahabad bis zur Grenze mit Pakistan ca. 1000 km sind. Indira Gandhi, Nehrus Tochter, bemerkte in diesem Zusammenhang ironisch, Mr. Nixon sei sehr freigebig, wenn es um indisches Territorium geht.

Rekorde,

Rekorde...

Der Amerikaner Steve Walenda stellte der Zeitung "International Herald Tribune" zufolge in Newport (Bundesstaat Florida) einen Rekord im Gehen über ein in großer Höhe straff gespanntes Seil auf. Er legte 3809 Meter in schnellem Tempo zurück, wobei er eine Rekordzahl von Wendungen, 100, machte.

Zeichnungen: W. Tschakiridis